

Aus Politik und Zeitgeschichte

Beilage zur Wochenzeitung Das Parlament

Hermann Weber

„Weiße Flecken“ in der DDR-Geschichtsschreibung

Kurt Müller

Ein historisches Dokument aus dem Jahre 1956

Brief an den DDR-Ministerpräsidenten Otto Grotewohl

Georgi Verbeeck

Kontinuität und Wandel im DDR-Geschichtsbild

Jan Foitzik

Die Sowjetische Militäradministration
in Deutschland

Organisation und Wirkungsfelder in der SBZ 1945–1949

Wolfgang Zank

Die Gesellschaftspolitik der KPD/SED 1945–1949

B 11/90

9. März 1990

Hermann Weber, Dr. phil., geb. 1928; Professor für Politische Wissenschaft und Zeitgeschichte an der Universität Mannheim, Leiter des Arbeitsbereichs Geschichte und Politik der DDR.

Veröffentlichungen u. a.: Die Wandlung des deutschen Kommunismus, 2 Bde., Frankfurt 1969; Geschichte der DDR, München 1985; Die DDR 1945–1986, München 1988; (Hrsg. mit Martin Broszat) SBZ-Handbuch. Staatliche Verwaltungen, Parteien, gesellschaftliche Organisationen und ihre Führungskräfte 1945–1949, München 1990; zahlreiche Veröffentlichungen zur Theorie, Politik und Geschichte des Kommunismus, des Sozialismus und der Arbeiterbewegung.

Kurt Müller, geb. 1903; 1929 Vorsitzender des Kommunistischen Jugendverbandes Deutschland; 1934 bis 1945 als Widerstandskämpfer in Deutschland inhaftiert; 1948 stellv. Vorsitzender der KPD Westdeutschlands; 1949 MdB; 1950 vom MfS verhaftet; 1955 Rückkehr aus der Haft in der UdSSR, seit 1957 Mitglied der SPD; von 1960 bis Ende 1985 wissenschaftlicher Mitarbeiter der Friedrich-Ebert-Stiftung.

Veröffentlichungen: Über Kalkutta nach Paris. Strategie und Aktivität des Ostblocks in den Entwicklungsländern, Hannover 1962; (zusammen mit Hans Lindemann) Auswärtige Kulturpolitik der DDR. Die kulturelle Abgrenzung der DDR von der Bundesrepublik Deutschland, Bonn-Bad Godesberg 1974.

Georgi Verbeeck, geb. 1961; seit 1985 wissenschaftlicher Mitarbeiter an der Abteilung für Neueste Geschichte der Katholieke Universiteit Leuven (Löwen).

Veröffentlichungen zu Entwicklungen in der DDR-Historiographie und zur komparativen Faschismusforschung.

Jan Foitzik, Dr. phil., geb. 1948; wissenschaftlicher Mitarbeiter im Arbeitsbereich Geschichte und Politik der DDR am Institut für Sozialwissenschaften der Universität Mannheim; Lehrbeauftragter an der Universität Mannheim.

Veröffentlichungen u. a.: (Mitautor) Biographisches Handbuch der deutschsprachigen Emigration nach 1933, München 1980; Zwischen den Fronten. Zur Politik, Organisation und Funktion linker politischer Kleinorganisationen im Widerstand 1933 bis 1939/40 unter besonderer Berücksichtigung des Exils, Bonn-Bad Godesberg 1986.

Wolfgang Zank, Dr. phil., geb. 1952; Universitätslehrer und ZEIT-Korrespondent in Aalborg, Dänemark.

Veröffentlichungen u. a.: Wirtschaft und Arbeit in Ostdeutschland. Probleme des Wiederaufbaus in der Sowjetischen Besatzungszone Deutschlands 1945–1949, München 1987; zahlreiche Artikel zu sozialökonomischen Problemen Skandinaviens und zu historischen Themen.



ISSN 0479-611 X

Herausgegeben von der Bundeszentrale für politische Bildung, Berliner Freiheit 7, 5300 Bonn 1.

Redaktion: Rüdiger Thomas (verantwortlich), Dr. Ludwig Watzal, Dr. Klaus W. Wippermann, Dr. Heinz Ulrich Brinkmann.

Die Vertriebsabteilung der Wochenzeitung DAS PARLAMENT, Fleischstraße 62–65, 5500 Trier, Tel. 06 51/46 04 186, nimmt entgegen

- Nachforderungen der Beilage „Aus Politik und Zeitgeschichte“;
- Abonnementsbestellungen der Wochenzeitung DAS PARLAMENT einschließlich Beilage zum Preis von DM 14,40 vierteljährlich, Jahresvorzugspreis DM 52,80 einschließlich Mehrwertsteuer; Kündigung drei Wochen vor Ablauf des Berechnungszeitraumes;
- Bestellungen von Sammelmappen für die Beilage zum Preis von DM 6,50 zuzüglich Verpackungskosten, Portokosten und Mehrwertsteuer;
- Bestellungen von gebundenen Bänden der Jahrgänge 1985 und 1988 zum Preis von DM 25,- pro Jahrgang (einschl. Mehrwertsteuer) zuzügl. Versandkosten.

Die Veröffentlichungen in der Beilage „Aus Politik und Zeitgeschichte“ stellen keine Meinungsäußerung des Herausgebers dar; sie dienen lediglich der Unterrichtung und Urteilsbildung.

Für Unterrichtszwecke können Kopien in Klassensatzstärke hergestellt werden.

„Weiße Flecken“ in der DDR-Geschichtsschreibung

I. Aufgaben der Geschichtswissenschaft nach der politischen Umwälzung

Die revolutionären Wandlungen in der DDR bringen für die dortige Geschichtswissenschaft einschneidende Veränderungen. Die — erst am 1. Dezember 1989 aus der Verfassung gestrichene — „führende Rolle“ der SED bedeutete ja nicht nur die Beherrschung des gesamten politischen und ökonomischen Systems durch die Hegemonialpartei, sondern zugleich die Unterordnung der Gesellschaftswissenschaften unter die Direktiven der Parteiführung. Für die Historiker in der DDR galt jahrzehntelang das Axiom des früheren Chefideologen der SED, Kurt Hager, „daß sich die Geschichtswissenschaft in der gesamten Arbeit jederzeit von den politischen Erfordernissen des gegenwärtigen Kampfes leiten läßt und daher von den Beschlüssen der Partei ausgehen muß“¹⁾. Konkret hieß dies, ein Geschichtsbild zu schaffen, dessen zentrale Funktion in der ideologischen Legitimierung der Herrschaft der SED lag.

Bis zum Oktober 1989 war daher die Sichtweise der DDR-Geschichtsschreibung von der historischen Forschung in der Bundesrepublik grundsätzlich verschieden, insbesondere im Hinblick auf die Kerngebiete der DDR-Geschichtswissenschaft: die Geschichte des Kommunismus sowie die historische Entwicklung der DDR. In der Bundesrepublik analysierte die historische DDR-Forschung die Geschichte des anderen deutschen Staates kritisch und dem Wissenschaftspluralismus entsprechend in Methoden und Bewertungen differenziert. Demgegenüber behandelte die DDR-Geschichtsschreibung die Entwicklung des eigenen Staates und der „Vorläufer“ im wesentlichen apologetisch. Sie hatte sich an politischen Vorgaben auszurichten. Dies beeinträchtigte natürlich auch den Dialog zwischen der hiesigen DDR-Forschung und der DDR-Geschichtswissenschaft. Zwar wurden vor kurzem in dieser Zeitschrift Ansätze zu einer Diskussion sichtbar²⁾, jedoch beharrten die DDR-Historiker Heinz Heitzer und Gerhard Lozek auf der Grundthese, ein Infragestellen der „führenden Rolle“ der SED müsse „kompromißlos“ zurückgewiesen werden.

¹⁾ Einheit, Sonderheft, September 1962, S. 100. — Noch 1988 schrieb Hager: „Eine entscheidende Aufgabe der Historiker der DDR ist und bleibt die Vertiefung des sozialistischen Geschichtsbewußtseins.“ Einheit, 44 (1989) 7, S. 595.

²⁾ Vgl. Heinz Heitzer/Gerhard Lozek, Kritische Bemerkungen zur bundesdeutschen DDR-Forschung, in: Aus Politik und Zeitgeschichte, B 34/89, S. 18 ff.

denn es biete „kaum Ansatzpunkte für einen produktiven Dialog“³⁾.

Die sogenannte Parteilichkeit der DDR-Geschichtsschreibung bedeutete, daß die SED-Führung von den Historikern erwartete, die politische Linie der Partei in Vergangenheit und Gegenwart zu rechtfertigen. Da die SED angeblich stets nach den „Gesetzmäßigkeiten“ der Geschichte handelte, war diese Sicht den Historikern vorgegeben. Sie hatten verwertbare Fakten zu vermitteln, um entsprechendes Traditionsbewußtsein zu schaffen. Die politisch-ideologische Instrumentalisierung der Geschichtsschreibung erlaubte statt einer Vielfalt von Darstellungen und Interpretationen nur „parteiliche“ Einförmigkeit. Weit verheerender als das ständige Selbstlob des eigenen „Werdens und Wachsens“ war, daß die offizielle Lesart die einzig zulässige blieb, eine abweichende Meinung kaum zu Wort kam und somit der für die Wissenschaft unabdingbare Pluralismus fehlte. Die Parteiführung verlangte von den Historikern, den „Beweis“ für die Kernaussage ihrer Ideologie zu liefern, daß die Kommunisten in der Vergangenheit „immer recht“ hatten, woraus dann abgeleitet wurde, dies gelte sowohl für die Gegenwart als auch für die Zukunft.

Durch die Politisierung befand sich die DDR-Historiographie ständig in der Gefahr, die Geschichte als rückprojizierte Gegenwart zu behandeln, d. h. die aktuelle Politik in die Vergangenheit zu transformieren. Nach jeder politischen Kurskorrektur erwies es sich dann als notwendig, jeweils auch die Geschichte umzuschreiben.

Allerdings wurde schon seit einigen Jahren zunehmend gefordert, neben dieser Parteilichkeit auch historische Faktentreue zu beachten. Die primitiven stalinistischen Fälschungen hatte die DDR-Geschichtsschreibung allmählich im wesentlichen überwunden⁴⁾. Zwar dominierte die Parteilichkeit, doch gab es ein Spannungsverhältnis zwischen dem Anspruch der Partei einerseits und dem wissenschaftlichen Eigeninteresse der Geschichtsforschung andererseits: Auch wenn fast alle Historiker der SED angehörten und deren Disziplin unterworfen waren, bemühten sie sich, tragfähige Ergebnisse vorzulegen und sich Freiräume zu verschaffen. Die Instrumentalisierung der Geschichtswissenschaft

³⁾ Ebd., S. 22 und S. 24.

⁴⁾ Zu den stalinistischen Fälschungen vgl. Hermann Weber, Ulbricht fälscht Geschichte, Köln 1964.

wurde um so schwächer, je weiter sich diese von der Gegenwart entfernte. Daß die DDR-Geschichtswissenschaft auch Erfolge aufzuweisen hat, braucht hier aber nicht besonders erwähnt zu werden. Zeitgeschichte und Geschichte der Arbeiterbewegung, besonders die Darstellungen der DDR-Geschichte selbst, blieben einer verzerrten Parteilichkeit unterworfen. Hier sind auch jene „weißen Flecken“ zu finden, die aufgearbeitet werden müssen.

Die sowjetische Forschung bemüht sich in den letzten Jahren im Rahmen der Reformen Gorbatschows, die als „weiße Flecken“ bezeichneten bisherigen Tabus ihrer Geschichtsschreibung zu überwinden. Hingegen hatte Kurt Hager noch 1988 angeordnet, für die DDR bestehe „kein Grund, eine Suche nach ‚weißen Flecken‘ zu unternehmen“⁵⁾. Indes war eine „Suche“ nach weißen Flecken gar nicht notwendig; jeder, der sich mit der Geschichte beschäftigte, wußte um die Tabus. Doch auch die Historiker wollten keine „Fehlerdiskussion“, waren nur allzu schnell bereit, Hagers These zu übernehmen. Heutige Verweise auf interne Debatten oder Manuskripte „in den Schubladen“ können dies nicht entkräften: Wissenschaft ist immer öffentlich, und publiziert wurde in der DDR bis Oktober 1989 kaum etwas, was als kritische Aufarbeitung „weißer Flecken“ zu bewerten wäre.

Während die Defizite der DDR-Geschichtswissenschaft und die grundlegenden Probleme der „Parteilichkeit“ bis zum Oktober 1989 nur im Westen thematisiert wurden⁶⁾, fanden sie mit dem Umbruch der politischen Verhältnisse in der DDR schlagartig auch dort öffentliches Interesse. Am 6. November 1989, drei Wochen nach der „Wende“ in der SED-Führung, meldete sich das Institut für Marxismus-Leninismus beim ZK der SED zu Wort. Es forderte nun entgegen seiner bisherigen Praxis: „Der Geschichtsforschung darf nicht die Aufgabe gestellt sein, vorgegebene politische Wertungen zu legitimieren.“⁷⁾ Ohne Zögern wird seither der vorher so verpönte Begriff Stalinismus übernommen, Untersuchungen über „die innerparteiliche Entwicklung und die Auswirkungen des Stalinismus auf die deutsche Arbeiterbewegung vor und nach 1945, einschließlich der Verbrechen, denen Deutsche zum Opfer fielen“, werden angemahnt.

Wenige Tage später gab das Präsidium der Historiker-Gesellschaft der DDR eine Erklärung ab. Es verlangte die „schonungslose Klärung der Stalinismus-Problematik in der deutschen Geschichte“. In bisherigen Darstellungen der Geschichte, insbesondere des 20. Jahrhunderts, wurden „große Defizite“ und sogar „konzeptionell falsche Sichten“ registriert. Schließlich forderte die Historiker-Gesellschaft „Offenheit in der Geschichtsforschung und

-diskussion, eine Vielfalt von Standpunkten und Forschungsmethoden“⁸⁾.

Nun nahm eine Reihe führender Historiker Stellung. Sie bestätigten viele der grundsätzlichen Kritikpunkte zur DDR-Geschichtswissenschaft, wie sie bisher nur im Westen geäußert worden waren. Karlheinz Pech forderte, zu prüfen, welchen Einfluß „Personenkult und Machtmißbrauch“ in der DDR hatten⁹⁾. Siegfried Prokop sagte in einem Interview, jeder, der sich mit der Geschichte der DDR „beschäftigt und dazu publiziert hat, wird sich fragen müssen, wo die Schere auch in seinem Kopf funktionierte bzw. wann er sich äußerer Bevormundung beugte“¹⁰⁾. Walter Wimmer stellte sich der brisanten Frage: „Wie steht es mit dem Stalinismus in der Geschichte der KPD?“, aber er verwies statt einer Antwort auf „viele, was bisher in den Schubladen liegt“¹¹⁾.

Die DDR-Historiker Jürgen John, Wolfgang Küttler und Walter Schmidt treten gemeinsam für „eine Erneuerung des Geschichtsverständnisses in der DDR“ ein¹²⁾. Sie konstatieren, daß sich die „professionelle Geschichtswissenschaft“ vorsichtig zurückhielte, was einen „großen Tempoverlust und enormen Nachholbedarf“ bedeute. Sie bestätigten, daß es ein Geschichtsbild gebe, das „weitgehend geschönt, von Problemen, Widersprüchen und Konflikten gereinigt und häufig geradezu ritualisiert worden war“. Es sei üblich gewesen, „das Ergebnis vorzugeben, und dann die Prozesse und Fakten zurechtzufügen, damit das gewünschte Ergebnis zustande kommt. Unerwünschtes wird weggelassen . . .“ Schließlich: „Wir müssen uns von äußeren Bevormundungen wie von innerer Zensur freimachen . . . Das Geschichtsverständnis der demokratisch organisierten sozialistischen Gesellschaft bedarf der Pluralität von Meinungen, Standpunkten, weltanschaulichen Positionen und Forschungsmethoden.“

Walter Schmidt hatte schon im August 1989 einige Modifizierungen angekündigt und sogar eine „stärkere Differenzierung des marxistisch-leninistischen Geschichtsbildes“ gefordert. Er nannte dafür allerdings zwei Gründe, die heute wohl nicht mehr zutreffen: „Einmal, um offensiv mit unseren eigenen konzeptionellen Vorstellungen in die internationale marxistische Diskussion um das Erbe der Arbeiterbewegung und des Sozialismus einzugreifen.“ Dies war als Distanz zu sowjetischen Historikern zu deuten. Zum anderen wollte er die Differenzierung, „um die wachsenden geistigen Bedürfnisse unserer sozialistischen Gesellschaft befriedigen zu können“¹³⁾. Vor allem wird Schmidt seine These vom

⁵⁾ Neues Deutschland vom 10. Juni 1988.

⁶⁾ Vgl. zum Forschungsstand Hermann Weber, Die DDR 1945 bis 1986, München 1988, S. 105 ff.

⁷⁾ Die Erklärung wurde von Presseagenturen verbreitet, erschien aber nicht im Neuen Deutschland.

⁸⁾ Neues Deutschland vom 14. November 1989.

⁹⁾ Vgl. Der Morgen vom 18./19. November 1989 und Junge Welt vom 11./12. November 1989.

¹⁰⁾ Neues Deutschland vom 18./19. November 1989.

¹¹⁾ Neues Deutschland vom 25./26. November 1989.

¹²⁾ Einheit, 44 (1989) 12, S. 1146 ff.

¹³⁾ Einheit, 44 (1989) 8, S. 764.

August 1989 wohl kaum mehr aufrechterhalten, daß „der Gegner“ den Sozialismus „diskreditieren“ wolle und es gelte, die „ideologische Diversion zu nichte“ zu machen.

Der Potsdamer Historiker Kurt Finker schrieb im Dezember 1989: „Hauptinhalt der Kritik und Selbstkritik auf dem Gebiet der Geschichtswissenschaft in unserem Lande ist wohl die Tatsache, daß sie dazu dienen mußte, aktuelle Politik zu rechtfertigen . . . Die seit Jahrzehnten angeordnete Aussperrung der ‚weißen Flecken‘ — an die sich, auch das sei gesagt, nicht alle Historiker gehalten haben — hat nun ein verstärktes, ja zur Zeit fast ausschließliches Interesse für diese Fragen provoziert. So sind jetzt vor allem die Stalinschen Verbrechen, die Auswirkungen des Stalinismus auf die internationale Arbeiterbewegung, u. a. auch auf die Kommunistische Partei Deutschlands, in den Blickpunkt öffentlicher Aufmerksamkeit geraten. Zu lange wurde darüber geschwiegen, wurden westliche Publikationen hierzu mit Entrüstung als imperialistische, antikommunistische Propaganda zurückgewiesen.“¹⁴⁾

II. Stalinistische Säuberungen

Aufzuarbeiten ist generell das Problem des Stalinismus. Dabei stehen die Stalinschen Säuberungen, bisher von der DDR-Geschichtsschreibung weitgehend tabuisiert, zunächst im Mittelpunkt. Einsichtig verweist Rolf Richter auf diese Thematik: „Jüngste Entwicklungen hoben schmerzhaft ins Bewußtsein, was jahrelang in der Geschichtsschreibung der DDR verdrängt, verschwiegen oder nur codiert angesprochen worden ist: daß über Antifaschismus und über deutsche Arbeiterbewegung nicht ausreichend und nicht redlich geforscht und gesprochen werden kann, ohne die Stalinismus-Problematik in der deutschen Geschichte schonungslos zu klären.“¹⁸⁾

Als besonders wichtig nennt er die Aufarbeitung der „Lebensschicksale der deutschen Antifaschisten, die Opfer der Verbrechen Stalins wurden“. Jetzt wird eingestanden, daß die angeblich bereits vollzogene Rehabilitierung dieser Opfer noch weitgehend aussteht. So berichtet Walter Wimmer: „Als dringendste Frage empfinden viele — in Briefen wird sie immer wieder aufgeworfen — die nach

Rolf Badstübner konstatierte „eine Krise unserer Geschichtsschreibung“, vor allem sei die „Geschichtsschreibung über die Geschichte der DDR und der SED bei allen erbrachten Leistungen im einzelnen, insgesamt den Anforderungen und Erfordernissen nicht gerecht geworden“¹⁵⁾. Jürgen Kuczynski, der Nestor der DDR-Gesellschaftswissenschaften, verwies auf die „vielen weißen Flecken“ der bisherigen DDR-Geschichtsschreibung, sprach von der notwendigen Aufarbeitung des Stalinismus und riet, sowohl differenzierter vorzugehen als auch von „linken bürgerlichen Historikern“ zu lernen¹⁶⁾.

Die politische Erneuerung wird also rasch zu einer Neubesinnung innerhalb der Geschichtswissenschaft der DDR führen. Wer die nun in der DDR selbst geübte Kritik seit Jahrzehnten vorbrachte¹⁷⁾, kann die Veränderungen mit Genugtuung zur Kenntnis nehmen. Die jetzt in vielen Punkten übereinstimmende Vorstellung, daß endlich „weiße Flecken“ aufzuarbeiten sind, drängt zu der Frage, um welche Bereiche es hierbei in erster Linie geht.

den Opfern der Stalin-Jeshow-Berijaschen Verbrechen und nach ihrer Rehabilitierung“. Er bestätigt, daß die „Nennung der Namen vieler der Verfolgten in unserer Literatur nicht das Bedürfnis nach Rehabilitierung erfüllen kann“¹⁹⁾.

Was die KPD-Opfer der Stalinschen Säuberungen und ihre Rehabilitierung angeht, so ist dieses Thema schon vor einiger Zeit, aber zunächst nur in der Sowjetunion und im Westen, aufgegriffen worden. In der DDR nimmt man sich der „weißen Flecken“ erst jetzt, unter diesem massiven Druck, an. Nach den offiziellen Rehabilitierungen der Stalin-Opfer durch die Gorbatschow-Führung erging im Oktober 1987 ein internationaler Aufruf: „Für die Rehabilitierung der Opfer der Moskauer Prozesse“, den Wissenschaftler und Politiker in zahlreichen Ländern unterstützten. Nachdem der Oberste Gerichtshof der UdSSR am 4. Februar 1988 das Urteil gegen 20 (von 21) Angeklagte des dritten Moskauer Schauprozesses von 1938 (Bucharin u. a.) „wegen Nichtbestehens einer Straftat“ aufgehoben hatte, wandten sich im April 1988 deutsche Unterzeichner an den Botschafter der UdSSR in Bonn, um ihm den Appell zur Rehabilitierung aller Opfer der Moskauer Prozesse zu überreichen. In dem von Jakob Moneta, Hermann Weber, Peter von Oertzen, Lew Kopelew und Winfried Wolf unterschriebenen Brief hieß es u. a., daß auch deutsche Kommunisten, die vor Hitler in die UdSSR geflüchtet waren, Opfer der Stalinschen Säuberun-

¹⁴⁾ Neues Deutschland vom 16./17. Dezember 1989.

¹⁵⁾ National-Zeitung vom 2./3. Dezember 1989.

¹⁶⁾ Tribüne vom 17. November 1989.

¹⁷⁾ Vgl. etwa Hermann Weber, *Demokratischer Kommunismus?*, Hannover 1969, S. 198 ff.; ders., *Kommunismus in Deutschland 1918 bis 1945*, Darmstadt 1983; *Kommunistische Bewegung und realsozialistischer Staat. Beiträge zum deutschen und internationalen Kommunismus von Hermann Weber*, *Ausgew.*, hrsg. und eingel. von Werner Müller, Köln 1988, S. 339 ff.

¹⁸⁾ *Einheit*, 44 (1989) 12, S. 1145.

¹⁹⁾ Neues Deutschland vom 25./26. November 1989.

gen geworden sind. Konkret sind 13 KPD-Führer und die Schauspielerin Carola Neher genannt. Dies war der Ausgangspunkt zahlreicher Diskussionen über die Stalin-Opfer.

Nach der Übergabe des Appells in der sowjetischen Botschaft am 29. April 1988 wurde während einer anschließenden Pressekonferenz nochmals speziell auf das Schicksal deutscher Kommunisten in den Stalinschen Säuberungen aufmerksam gemacht. Dies löste eine Debatte aus, die von der Entwicklung in der Sowjetunion forciert wurde. Dort rehabilitierte das Oberste Gericht im Juni 1988 sowohl die Angeklagten des Schauprozesses von 1936 (Sinowjew, Kamenew u. a.) als auch des Prozesses von 1937 (Radek, Pjatakow u. a.). Im Juli 1988 wurden Bucharin, Rykow und andere Angeklagte der Schauprozesse sogar wieder „posthum in die Partei“ aufgenommen.

Doch die SED blieb bemüht, das Ausmaß der Verfolgungen zu verharmlosen. Sie erwähnte in ihren „Thesen“ zum 70. Gründungstag der KPD (im Juni 1988 veröffentlicht) nur die Namen von zehn KPD-Führern, die Opfer der Stalinschen Säuberungen geworden sind. Zugleich hatte die SED aber behauptet, die deutschen Stalin-Opfer seien alle längst rehabilitiert. Diese Geschichtslegenden forderten Widerspruch heraus. Daher ist im März 1989 eine Dokumentation erschienen, die die Säuberungen beschrieb und die Haltung der SED dazu kritisierte. In diesem Band „Weiße Flecken“²⁰⁾ werden 242 ermordete oder verschollene deutsche Kommunisten in Kurzbiographien vorgestellt, ebenso 25 in der UdSSR verhaftete Deutsche, die überlebten. Hier wird erstmals der katastrophale Umfang der Säuberungen unter emigrierten deutschen Kommunisten thematisiert. Die Dokumentation belegt, wie tragisch sich die Stalinschen Repressalien auf die in die Sowjetunion emigrierten führenden deutschen Kommunisten auswirkten: Über 60 Prozent von ihnen wurden Opfer der Säuberung. Von den 43 Mitgliedern bzw. Kandidaten des Politbüros der KPD in der Weimarer Republik wurden fünf unter Hitler, aber sieben unter Stalin ermordet. Besonders schlimm war nach dem Hitler-Stalin-Pakt die Auslieferung hunderter deutscher Kommunisten an die Gestapo, viele von ihnen gerieten in deutsche KZ, wo etliche ermordet wurden.

Die Veröffentlichung veranlaßte zwar auch die Historiker der DDR zu Debatten über das Thema, aber sie haben darüber nichts publiziert. Daraufhin wurde ein Aufruf in Umlauf gebracht, den 80 namhafte Historiker und Sozialwissenschaftler der Bundesrepublik Deutschland sowie Politiker der SPD, der GRÜNEN, aber auch der DKP unterschrieben haben. Es hieß dort u. a.: „Der Umfang der stalinistischen Verbrechen gegen diese Menschen ist

noch immer nicht genau zu bestimmen, wengleich vor kurzem die bisher vollständigste Liste der Opfer – rund 350 Namen – vorgelegt werden konnte. Vor dem Hintergrund der mittlerweile erfolgten Rehabilitierung von Opfern der Moskauer Prozesse in der UdSSR und vor dem Hintergrund der in der Bundesrepublik und Berlin (West) geführten Diskussion über die deutschen Opfer des Stalinismus sowie der Weigerung der SED-Führung, sich dieser unbewältigten Vergangenheit ernsthaft zu stellen, ist ein neuer Appell notwendig.“²¹⁾

Auf einer Pressekonferenz am 26. September 1989 in Frankfurt/Main berichteten der aus der DDR vertriebene Schriftsteller Jürgen Fuchs, Peter Schütt (ehemals DKP-Parteivorstand), Willy Boepple (bis 1949 KPD-Vorsitzender Baden), Sergej Slutsch („Memorial“ Moskau), Jakob Moneta und Hermann Weber über den Stand der Diskussion²²⁾.

Doch erst seit November 1989 wird in der DDR das für die SED brisante Thema aufgegriffen. Anfang Dezember nannte Walter Wimmer eine größere Anzahl von KPD-Opfern der Stalinschen Säuberungen, die „unter falschen Anschuldigungen verhaftet“ worden waren²³⁾. Von den meisten der dort aufgeführten Personen (nämlich von 39), waren bereits Kurzbiographien in den „Weißen Flecken“ abgedruckt. Darüber hinaus erwähnte Wimmer noch 10 weitere bisher ungenannte Opfer.

Auch in den Regionalzeitungen der DDR melden sich Historiker zu Wort, die den Stalinismus und die Säuberungen ansprechen. So hat Jürgen Herrmann aus Halle aus den erschreckenden zustimmenden Resolutionen des ZK der KPD anlässlich der Schauprozesse von 1936 bis 1938 zitiert. Er schreibt dazu: „Deutsche Kommunisten und Antifaschisten, die in das sowjetische Exil gingen, um von da aus den schweren Kampf des Antifaschismus zu führen, kamen dort ums Leben und wurden zusätzlich von der eigenen Parteiführung verurteilt.“²⁴⁾

Auf der gleichen Zeitungseite findet sich ein Kasten: „Fakten zur Geschichte“. Dort wird aus den „Weißen Flecken in der Geschichte“ zitiert: „Ein Blick auf das Schicksal“ des Führungskorps „läßt erschrecken: Von den 504 Funktionären des Zeitraumes 1924 bis 1929 wurden 86 Opfer Hitlers und 43 Stalins. Von den 376 Funktionären des Zeitraumes 1929 bis 1935 ließ Hitler 102 und Stalin 27 ermorden.“ Doch wurde die Quelle noch nicht genannt. Inzwischen hat aber die „Freiheit“ als erste DDR-Zeitung eine umfangliche und positive Besprechung des Bandes durch Jan Emendörfer gebracht²⁵⁾, und der neue „Sachbuchverlag Links-

²⁰⁾ Hermann Weber, „Weiße Flecken“ in der Geschichte. Die KPD-Opfer der Stalinschen Säuberungen und ihre Rehabilitierung. Frankfurt a. M. 1989.

²¹⁾ Der Aufruf mit den Unterschriften ist abgedruckt in: Deutschland Archiv, 22 (1989) 11, S. 1361 f.

²²⁾ Vgl. Das Parlament vom 10. November 1989.

²³⁾ Neues Deutschland vom 2./3. Dezember 1989.

²⁴⁾ Freiheit vom 5. Januar 1990.

²⁵⁾ Freiheit vom 26. Januar 1990.

druck“ hat die „Weißen Flecken“ bereits als eines der ersten Bücher aus der Bundesrepublik in sein Frühjahrsprogramm aufgenommen.

Da die DDR-Historiker beabsichtigen, jetzt selbst eine Veröffentlichung der Opfer der Säuberung vorzulegen, werden wohl noch weitere Stalin-Opfer der Vergessenheit entrissen werden. Die Idee, in der „Gedenkstätte der Sozialisten“ in Berlin-Friedrichsfelde „die zur Zeit der Stalinschen Willkürherrschaft ermordeten deutschen Kommunisten mit einer Gedenktafel zu ehren“, findet auch bei Heinz Voßke, dem Leiter des Archivs des Instituts für Marxismus-Leninismus, Unterstützung²⁶⁾. Anlässlich eines Sonderkonzerts und einer Ausstellung für die Opfer des Stalinismus im Schauspielhaus in Ost-Berlin am 5. Dezember 1989 verlangte der DDR-Autor Christoph Hein die „Ausrottung des real existierenden Stalinismus in der DDR“. Eine lange Liste der Opfer stalinistischer Willkür in der DDR wurde verlesen. Stalins 110. Geburtstag am 21. Dezember 1989 nahmen Schauspieler zum Anlaß, um in einer Veranstaltung an die Opfer des Stalinismus (u. a. Carola Neher und Alfred Rebe) zu erinnern²⁷⁾.

Die Säuberungen waren so vielfältig, daß die Forschung die verschiedensten Bereiche berücksichtigen muß. Beispielsweise gehörte Max Emendörfer, der Vizepräsident des Nationalkomitees „Freies Deutschland“ (NKFD) in Moskau, zu den Stalin-Opfern. Vor 1933 in der KPD aktiv, in der NS-Zeit verhaftet, lief er als Soldat im Januar 1942 zur Roten Armee über. Sein Name „Soldat Max Emendörfer“ stand unter den Aufrufen des NKFD. Doch

III. Säuberungen in der DDR

Für die DDR-Historiker gab es bis zum Oktober 1989 ein strenges Tabu: stalinistische Repressionen gegen die DDR-Bevölkerung sowie Säuberungen innerhalb der SED selbst. Dieses Thema gehörte zu den von der DDR-Geschichtsschreibung nie erwähnten „weißen Flecken“, es wurde bisher nur in der Bundesrepublik aufgegriffen. Um von den stalinistischen Säuberungen abzulenken, hat man in der DDR immer betont, es habe dort schließlich niemals Schauprozeße gegeben. Selbst ein eher kritischer Schriftsteller wie Stephan Hermlin ließ sich zu der Behauptung hinreißen, die DDR habe sich

1945 wurde er im Haus des ZK der KPD in Berlin verhaftet und blieb bis 1956 in der UdSSR inhaftiert. Darüber durfte er in seinem 1972 in Ost-Berlin erschienenen Buch „Rückkehr an die Front“ mit keinem Wort berichten²⁸⁾. Erst jetzt erklärte sich der Leiter des Parteiarchivs der SED bereit, die dort vorhandenen Quellen für die Forschung zur Verfügung zu stellen. Schon vorher hatten die Mitglieder des Zentralinstituts für Geschichte ein „Archivgesetz“ gefordert, damit „alle Quellen 30 Jahre nach ihrer Entstehung den Historikern des In- und Auslandes zur Verfügung stehen“²⁹⁾.

Inzwischen erschien eine stark erweiterte Neuauflage des Bandes „Weiße Flecken in der Geschichte“³⁰⁾. Darin konnte die Diskussion bis Dezember 1989 registriert und die Liste der Opfer erweitert werden.

Doch festzustellen bleibt, daß auch diese Liste von nun fast 500 KPD-Opfern Stalins noch immer unvollständig ist. So wurde in Sofia vor kurzem mitgeteilt, daß von 3 000 bulgarischen kommunistischen Emigranten mehr als 1 000 Opfer der Säuberung wurden, wovon 600 ums Leben kamen. Da es mehr deutsche politische Flüchtlinge in der UdSSR gab, dürfte auch die Zahl der Opfer höher sein. Inzwischen ist aus dem Komintern-Archiv in Moskau umfangreiches Material in das Archiv des Instituts für Marxismus-Leninismus in Ost-Berlin gekommen, so daß eine baldige gründliche Untersuchung dieses Komplexes aussichtsreich erscheint. Was die Rehabilitierung der Opfer Stalins angeht, so hat Günter Möschner „Fakten und offene Fragen“ aufgeführt³¹⁾.

als einziger Staat unter allen Volksdemokratien „den Anweisungen Berijas widersetzt“, und der „mutige Mann“ Ulbricht habe Berija nicht nur „Köpfe“ verweigert, sondern zu ihm sogar gesagt: „Fahren Sie nach Hause.“³²⁾ Nun war und ist aber auch in der DDR bekannt, daß Berija damals der nach Stalin mächtigste Mann im kommunistischen Machtbereich war und Ulbricht einer der devotesten Vasallen Stalins — mehr braucht zu Hermlins Geschichtsklitterung eigentlich nicht gesagt zu werden.

Die SED bereitete schon nach dem Rajk-Prozeß in Ungarn 1949 selbst einen Schauprozeß vor. Dies belegt jetzt ein Brief, mit dem sich der ehemalige 2. Vorsitzende und Bundestagsabgeordnete der KPD, Kurt Müller, am 31. Mai 1956 an den damaligen DDR-Ministerpräsidenten Otto Grotewohl wandte. Kurt Müller schildert die schlimmen Praktiken des Ministeriums für Staatssicherheit und seines späteren Leiters, Erich Mielke. Dieses auf-

²⁶⁾ Vgl. Neues Deutschland vom 2./3. Dezember 1989.

²⁷⁾ Vgl. Neues Deutschland vom 6. Dezember und vom 23./24. Dezember 1989.

²⁸⁾ Vgl. Max Emendörfer, Rückkehr an die Front. Erlebnisse eines deutschen Antifaschisten, Berlin (Ost) 1972.

²⁹⁾ Der Morgen vom 9./10. Dezember 1989; Berliner Zeitung vom 3. Januar 1990.

³⁰⁾ Hermann Weber, „Weiße Flecken“ in der Geschichte. Die KPD-Opfer der Stalinschen Säuberungen und ihre Rehabilitierung, Erw. Neuaufl., Frankfurt a. M. 1990.

³¹⁾ Vgl. Neues Deutschland vom 11. Dezember 1989.

³²⁾ Der Spiegel, Nr. 6 vom 6. Februar 1989, S. 77.

schlußreiche Dokument, das hier erstmals veröffentlicht wird, ist auch für die DDR-Geschichtswissenschaft von großer Bedeutung und kann helfen, weiße Flecken zu eliminieren.

Auch die Verfolgungen von Sozialdemokraten sind bisher in der DDR nicht aufgearbeitet. In einem Aufruf des Kurt-Schumacher-Kreises wird konstatiert, daß durch Maßregelungen der stalinistischen SED 20 000 ehemalige Sozialdemokraten ihren Arbeitsplatz verloren, 100 000 in den Westen flüchten mußten und etwa 5 000 Sozialdemokraten von ostdeutschen oder sowjetischen Gerichten verurteilt wurden (wovon 400 in der Haft verstarben). Mit Recht hat daher das Präsidium der SPD im März 1989 von der DDR gefordert, sie solle sich zu dem Unrecht bekennen, das nach dem Krieg in der SBZ an Sozialdemokraten begangen wurde. Den Vorwurf des „Sozialdemokratismus“ hätten viele Menschen mit dem Verlust der Freiheit bezahlen müssen, dieses Unrecht sei als solches zu bezeichnen³³⁾.

Allein schon diese Hinweise zeigen, daß die SED durchaus zu stalinistischen Repressalien gegriffen hat. Genauso hat sie die Säuberungen in ihren eigenen Reihen im stalinistischen Stil durchgeführt. Bereits zu Beginn des Konfliktes zwischen Stalin und Tito stellte sich die SED auf die Seite Stalins. Innerhalb weniger Monate sollte damals die SED zur „Partei neuen Typus“ umgewandelt werden. Die sich steigernde Hetze gegen Jugoslawien verband die SED sofort mit einer Parteisäuberung. Am 29. Juli 1948 faßte ihr Parteivorstand den Beschluß über die „Säuberung der Partei von feindlichen und entarteten Elementen“. Inzwischen wird hinsichtlich der Folgen der Stalinisierung der SED 1948/49 bestätigt: „Andere Meinungen bzw. Auffassungen wurden als Sozialdemokratismus, Trotzismus, Titoismus und Objektivismus verteufelt und als parteifeindlich abgestempelt. Die Anschuldigung, damit im Auftrag des Imperialismus zu handeln, bildete einen Vorwand für politische Maßregelungen oder strafrechtliche Verfolgungen, Massenhafter Ausschluß von Parteimitgliedern, Disziplinierungen sowie Verlust sozialdemokratischer und anderer Traditionen der Arbeiterbewegung zugunsten der kommunistischen Dominante waren die Folge.“³⁴⁾

Der III. Parteitag der SED im Juli 1950 forderte, der „Kampf gegen Spione und Agenten“, vor allem gegen die „Tito-Clique“, das Ostbüro der SPD sowie gegen Trotzisten müsse verstärkt werden. Auch die „Überreste des Sozialdemokratismus in der SED“ wollte die Führung beseitigen. Die Parteimitglieder wurden aufgerufen, „die revolutionäre Wachsamkeit in ihren Reihen in jeder Weise zu erhöhen und die bürgerlich-nationalistischen Elemente und alle sonstigen Feinde der Arbeiter-

klasse und Agenten des Imperialismus, unter welcher Flagge sie auch segeln mögen, zu entlarven und auszumerzen.“³⁵⁾ Auch der Jargon der SED entsprach dem Originalton der Stalinschen Säuberungen 1936 bis 1938.

Bei der Parteiüberprüfung 1950/51 wurden 150 000 Mitglieder aus der SED ausgeschlossen, gleichzeitig begannen auch die ersten größeren Säuberungen innerhalb der Führungsspitze. Paul Merker, seit den zwanziger Jahren führender Kommunist und Mitglied des ersten Politbüros der SED, wurde auf dem III. Parteitag nicht wiedergewählt. Im August 1950 beschloß das ZK der SED, ihn gemeinsam mit Leo Bauer, Willi Kreikemeyer, Lex Ende und anderen Altkommunisten auszustoßen. Sie wurden der Verbindung mit dem angeblichen US-Agenten Noel H. Field bezichtigt, dessen Person bei den Beschuldigungen im Budapester Schauprozess 1949 eine zentrale Rolle gespielt hatte (diese Anklagen wurden dort später aber offiziell als Fälschungen enthüllt).

Die fünfziger Jahre standen im Zeichen stalinistischer Säuberungen der SED. Diese betrafen den Ausschluß und die Verfolgung von Mitgliedern, insbesondere aber von Funktionären, sowie die Auswechslung innerhalb der Führungsspitze. Von den 80 Mitgliedern des ersten Parteivorstands 1946, also der SED-Gründer, verloren über ein Viertel, nämlich 22 Personen, in der Folgezeit ihre Funktionen. Acht dieser Personen wurden in der DDR sogar inhaftiert (Max Fechner, Max Fank, Willy Jesse, Paul Merker, Kurt Müller, Fritz Sperling, Paul Szillat und Stanislaus Trabalski). Der Spitzenführung, dem Zentralsekretariat der SED, gehörten 1946 14 Personen an, von denen schon wenige Jahre danach durch Säuberungen sieben ausscheiden mußten (Anton Ackermann, Franz Dahlem, Max Fechner, Erich Gniffke, August Karsten, Paul Merker und Elli Schmidt — davon wurden Fechner und Merker inhaftiert, Gniffke ist geflohen). Da auch Käthe Kern, Helmut Lehmann und Otto Meier als ehemalige Sozialdemokraten ihre leitenden Positionen einbüßten, blieben im Führungskern lediglich Otto Grotewohl, Hermann Matern, Wilhelm Pieck und Walter Ulbricht übrig.

Das erste Politbüro von 1949 zählte neun Personen; von ihnen wurden Fechner und Merker später verhaftet, Dahlem und Ackermann gemäßregelt, Lehmann und Carl Steinhoff verloren rasch jeglichen Einfluß. Vom gleichzeitig gebildeten fünfköpfigen „Kleinen Sekretariat“ des Politbüros wurden später Franz Dahlem und Fred Oelßner als „Parteifeinde“ entfernt, Edith Baumann und Paul Wessel degradiert, als einziger behielt Walter Ulbricht seine Macht. Für das nächste Politbüro von 1950 mit neun Mitgliedern und sechs Kandidaten (zu denen auch Honecker gehörte) ergibt sich folgendes Bild: die

³³⁾ Vgl. Vorwärts vom 18. März 1989.

³⁴⁾ Neues Deutschland vom 3./4. Februar 1990.

³⁵⁾ Protokoll des III. Parteitages der SED, 20. — 24. 7. 1950, Bd. 2, Berlin (Ost) 1951, S. 250 f.

Mitglieder Franz Dahlem, Fred Oelßner, Wilhelm Zaissner sowie die Kandidaten Anton Ackermann, Rudolf Herrstadt, Hans Jendretzky und Elli Schmidt – also fast die Hälfte – wurden später „gesäubert“. Zwar sind die meisten nach 1956 „rehabilitiert“ worden, doch erhielten alle diese Ulbricht-Gegner ihre vorherigen Positionen nie mehr zurück, sie blieben jahrelang für die DDR-Geschichtsschreibung „Unpersonen“.

Es gab sie eben auch in der DDR, die lange so vehement abgeleugneten stalinistischen Repressalien. Erinnert sei an die Prozesse gegen Harich, Janka u. a. Wie die stalinistischen Schauprozesse von 1949 in Bulgarien gegen Kostoff, in Ungarn gegen Rajk und 1952 in der ČSR gegen Slansky, so sollte auch in der DDR ein Schauprozess gegen führende Kommunisten stattfinden. Über den geplanten Schauprozess gegen Kurt Müller und Leo Bauer, gegen Paul Merker und Franz Dahlem hatte „Der Spiegel“ bereits im Januar 1957 berichtet. Solche Planungen gehen auch aus der bisher unterschlagenen Niederschrift von Franz Dahlem hervor. Diese jetzt erstmals veröffentlichte Aussage beweist: Dahlem wurde im Frühjahr 1953 intern bereits der Zusammenarbeit mit dem amerikanischen und französischen Geheimdienst und „sogar der Verbindung mit der Gestapo bezichtigt“³⁶⁾. Die Durchführung des Schauprozesses verhinderte keineswegs die SED-Führung unter Ulbricht, sondern der Tod Stalins und die darauffolgenden Veränderungen in der UdSSR.

Auf diese stalinistischen Säuberungen der SED geht nun endlich ein DDR-Historiker ein. Mitte Dezember 1989 stellte Günter Möschner fest, die „damalige Führung der SED verdächtigte Anfang der fünfziger Jahre fast alle aus westlicher Emigration bzw. Kriegsgefangenschaft nach 1945 zurückgekehrten Genossen. Sie durften keine höheren Funktionen ausüben.“³⁷⁾ Für dieses Kapitel müßte es ebenso ein eigenes Forschungsprogramm geben wie für die Erforschung der Säuberungen in der SED, von denen Möschner jetzt partiell zu berichten weiß: „Derartige ‚verräterische Verbindungen‘ wurden in den Beschlüssen des ZK der SED bzw. der im Herbst 1948 gebildeten Zentralen Parteikontrollkommission (ZPKK) am 24. August 1950 und am 20. Dezember 1952 ‚aufgedeckt‘. Einen weiteren, ähnlichen Beschluß faßte das ZK noch am 14. Mai 1953. Dieser, bereits nach Stalins Tod (6. Mai [richtig: 6. März, H. W.] 1953) gefaßt, konnte glücklicherweise nicht mehr voll wirksam werden.“

³⁶⁾ Der Spiegel, Nr. 5 vom Februar 1957, S. 30 ff. Beiträge zur Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung, 32 (1990), I, S. 22; Hinweise auf den geplanten Schauprozess bei Hermann Weber, Die SED und der Stalinismus, in: Die DDR im vierzigsten Jahr. XXII. Tagung zum Stand der DDR-Forschung, Köln 1989, S. 10 f.

³⁷⁾ Neues Deutschland vom 16./17. Dezember 1989.

Zu den am schwersten Beschuldigten gehörten verdienstvolle Funktionäre der KPD, die sich nach 1945 mit ganzer Kraft und ehrlichen Herzens an der antifaschistisch-demokratischen Umwälzung beteiligt und mit das Fundament der DDR gelegt hatten: Paul Merker (bis Mitte 1950 Mitglied des Parteivorstandes der SED und seines Politbüros), Lex Ende (vormals Chefredakteur des Neuen Deutschland), Bruno Goldhammer (zuvor leitender Mitarbeiter des Amtes für Information beim Ministerrat der DDR), Willi Kreikemeyer (nach 1945 Generaldirektor der Deutschen Reichsbahn), Leo Bauer (zuletzt Chefredakteur beim Deutschlandsender). Die genannten wurden aus der Partei ausgeschlossen. Sie gerieten in die Zuständigkeit der sowjetischen Sicherheitsorgane bzw. Militärtribunale. Aus der Partei ausgeschlossen und zum Teil weiteren Repressalien ausgesetzt wurden auch Walter Beling, Erich Besser, Bruno Böttge, Erhard Günther, Gertrud und Wieland Herzfelde sowie Margarete Merker. Franz Dahlem schloß man aus dem Zentralkomitee sowie dem Politbüro aus, er erhielt zudem eine strenge Rüge.“

Möschner spricht von den später „mehr oder minder halbherzig rehabilitierten Genossen“ und zeigt, wie viele weiße Flecken hierbei aufzuarbeiten sind. Die Erwähnung Leo Bauers, den ein sowjetisches Gericht ursprünglich zum Tode verurteilt hatte, ist als späte Korrektur zu begrüßen³⁸⁾. Auch Möschner bestätigt nun: „Für manche kam die Rehabilitierung zu spät, namentlich für Lex Ende und Willi Kreikemeyer, die nicht mehr am Leben waren.“ Gerade das Beispiel Kreikemeyers läßt erkennen, wieviele weiße Flecken bei der Erforschung der Säuberungen zu beseitigen wären, obwohl z. B. Otto Reinhold im Juni 1989 noch behauptete: „Wir berücksichtigen dabei auch, daß es in der DDR keine Prozesse wie in anderen sozialistischen Ländern gab, kein einziger ist auf diese Weise ums Leben gekommen, wir müssen keine Leiche aus dem Keller holen.“³⁹⁾ Dies war die übliche Verschleierungsmethode. Denn Willi Kreikemeyer kam in einem Gefängnis des Staatssicherheitsdienstes ums Leben, und bis heute wird darüber nicht berichtet.

Der Altkommunist Kreikemeyer (seit 1922 hauptamtlicher Funktionär der KPD)⁴⁰⁾ kehrte 1946 aus westlicher Emigration nach Berlin zurück und trat schließlich als Generaldirektor an die Spitze der Deutschen Reichsbahn. Er wurde am 25. August 1950 verhaftet und ist seither verschwunden. Seine Frau ging zurück nach Frankreich, wo ihr 1955 Kreikemeyers „Rehabilitierung“ mitgeteilt wurde.

³⁸⁾ Vgl. die Biographie Leo Bauers: P. Brandt/J. Schumacher/G. Schwarzrock/K. Sühl, Karriere eines Außenseiters, Berlin-Bonn 1983.

³⁹⁾ UZ vom 26. Juni 1989.

⁴⁰⁾ Vgl. die Biographie in Hermann Weber: Die Wandlung des deutschen Kommunismus, Bd. 2, Frankfurt a. M. 1969, S. 195 ff.

1957 erhielt sie ein Schreiben, in dem es hieß, ihr Mann sei am 31. August 1950 in Berlin verstorben, doch „eine Eintragung in das Sterberegister ist seinerzeit verabsäumt worden“. Leo Bauer hatte allerdings berichtet, daß er noch Monate nach der Verhaftung Kreikemeyer gegenübergestellt worden sei. Deshalb protestierte Frau Kreikemeyer gegen die „Feststellung“ der Todeszeit, sie verlangte statt dessen ein ärztliches Attest mit Angabe der Todesursache sowie des Ortes, an dem ihr Mann begraben sei. Darauf bekam sie niemals eine Antwort. In einem Gespräch des Neuen Deutschland mit Veteranen heißt es nun, Kreikemeyer sei „in den Tod getrieben“ worden⁴¹). Noch immer ist unklar, was damals tatsächlich passiert ist. Ein solches Schicksal verschwiegen zu haben, ist für die DDR-Geschichtsschreibung ein gravierendes Versäumnis, auch hierüber müssen Nachforschungen beginnen.

Es stellt sich auch die Frage, wie die DDR-Historiker künftig jene beurteilen, die bereits früh wegen der Stalinisierung der SED geflohen sind, etwa Erich Gniffke, Wolfgang Leonhard oder Alfred Kantorowicz. Am 5. Januar 1990 hat das Oberste Gericht der DDR das Urteil vom Jahre 1957 gegen Walter Janka und seine Mitangeklagten „aufgehoben und sie von jeder Schuld freigesprochen“⁴²). Die damals Mitangeklagten werden jetzt genannt: Gustav Just, Heinz Zöger und Richard Wolf. (Heinz Zöger konnte — ebenso wie der im Harich-

Prozeß verurteilte Manfred Hertwig — nach Verbüßung der Strafe in den Westen flüchten.) Auch hier stellt sich der DDR-Geschichtsforschung die Aufgabe, diese Prozesse und ihre Folgen zu untersuchen.

Die Repressionen und Säuberungen betrafen aber nicht nur Spitzenpolitiker und Funktionäre, sondern waren eine Massenerscheinung. Schon bilden sich in der DDR Initiativgruppen, die den „Ungechtigkeiten nachgehen, die Menschen in unserem Lande wegen ihres politischen Engagements widerfahren sind“⁴³). Hier erwächst der etablierten Geschichtsforschung eine heilsame Konkurrenz, Geschichte kritisch aufzuarbeiten. Vor allem aber sind die Säuberungen in Zusammenhang mit der Stalinisierung der SBZ/DDR Ende der vierziger Jahre zu stellen. Daher verdient ein Rückblick auf die Umwandlung der staatlichen Institutionen, Transformation der Parteien und Organisationen bis zur DDR-Gründung besonderes Augenmerk. Hierbei kann die DDR-Geschichtsschreibung auch auf das gerade im Westen erschienene umfassende „SBZ-Handbuch“ zurückgreifen⁴⁴). Gerade die Frühphase in der SBZ mit der Änderung der politischen Generallinie vom „deutschen Weg zum Sozialismus“ zur Übertragung des stalinistischen Modells oder die Wandlung der SED zur „Partei neuen Typus“ hat die DDR-Geschichtsschreibung bisher weitgehend apologetisch und beschönigend dargestellt. Hier bedarf es seriöser Forschungen.

IV. Probleme des Stalinismus

Der Begriff „Stalinismus“ war in der DDR bis vor wenigen Monaten ein Tabu. Seit die Politiker, von Krenz bis Gysi, wie selbstverständlich vom Stalinismus sprechen, tun dies auch die Historiker. John/Küttler/Schmidt verlangen „schonungslose Klärung der Stalinismus-Problematik, speziell in der deutschen Geschichte“⁴⁵). Fast alle DDR-Historiker erheben jetzt diese Forderung, aber bisher fehlen klare Aussagen und Definitionen. So existieren z. B. für Siegfried Prokop „drei verschiedene Begriffserklärungen“, nämlich die Troztkis, eine „antikommunistische“ und eine „marxistische“. Damit trägt er eher zur Begriffsverwirrung bei, urteilt er doch sofort, der „antikommunistische“ Stalinismus-Begriff werde „im Sinne der Totalitarismus-Doktrin“ eingesetzt. Dabei beinhaltet „Stalinismus“ gerade eine Differenzierung des Kommunismus-Begriffs. Indem der Leninismus vom Stalinismus abge-

grenzt wird, wird die Anwendbarkeit einer einheitlichen Totalitarismus-Doktrin gerade in Frage gestellt. Erst später ging Prokop auch auf den Terror des Stalinismus ein, den er als „volksfeindlich, menschenfeindlich und gegen den Sozialismus gerichtet“ bezeichnete. Günter Rosenfeld beschrieb den Umfang des Terrors. Er hat in der DDR erstmals einen Überblick über die Stalinschen Säuberungen gegeben. In seinem Beitrag in „Geschichtsunterricht und Staatsbürgerkunde“ spricht er auch davon, daß „nachweislich“ mehr als 240 deutsche Kommunisten ermordet wurden⁴⁶).

Auch eine Kritik des Stalinismus durch die Historiker Horst Lehfeld und Pawel Dohm kann nicht befriedigen, wenn die Autoren schreiben: „Der Stalinismus als politisches System drückt u. E. eine spezifische Form des Etatismus aus. Er entstand und wirkte als Modell einer beschleunigten Entwicklung des Sozialismus unter Bedingungen des absoluten Vorherrschens der extensiv erweiterten Reproduktion und dem damit verbundenen niedrigen Niveau der Produktionskräfte.“ Mit Recht verwies Dieter Segert auf die Vielfältigkeit des Stali-

⁴¹) Neues Deutschland vom 16./17. Dezember 1989.

⁴²) Neues Deutschland vom 6./7. Januar 1990.

⁴³) Berliner Zeitung vom 19. Dezember 1989.

⁴⁴) Vgl. Martin Broszat/Hermann Weber (Hrsg.), SBZ-Handbuch. Staatliche Verwaltungen, Parteien, gesellschaftliche Organisationen und ihre Führungskräfte in der Sowjetischen Besatzungszone Deutschlands 1945—1949, München 1990.

⁴⁵) Einheit, 44 (1989) 12, S. 1148.

⁴⁶) Für Dich, (1989) 48, S. 28 f. und (1990) 4, S. 6 f.; Geschichtsunterricht und Staatsbürgerkunde, 32 (1990) 1, S. 45 ff.

nismus, der „tausend Gesichter“ hatte. Aber noch fehlt, wie an anderer Stelle gesagt wurde, ein „wissenschaftlich begründetes Konzept zur Erklärung des Stalinismus“⁴⁷⁾. In der UdSSR gibt es bereits zahlreiche Versuche, den Stalinismus zu definieren, doch müssen die DDR-Historiker diese offenbar erst noch zur Kenntnis nehmen. Vor allem bedeutet die jetzt verbreitete Interpretation des Stalinismus als „administrativ-bürokratischer Sozialismus“ eine Beschönigung und Verharmlosung dieser Willkürherrschaft. In neueren sowjetischen Untersuchungen findet sich sowohl die Definition des Stalinismus als eines „Systems des bürokratischen Absolutismus“ als auch seine moralische Verurteilung als „widerwärtige, verlogene, bestialische und volksfeindliche Erscheinung“⁴⁸⁾.

Beim Versuch einer Analyse des Stalinismus als einer historischen Etappe der kommunistischen Bewegung ist vor allem zu unterscheiden zwischen dem Stalinismus im engeren oder speziellen Sinne – dies wären Willkürherrschaft und Personenkult – und einer weiteren grundsätzlicheren Einschätzung des Stalinismus als gesellschaftspolitisches System. In diesem allgemeinen Sinne ist der Stalinismus als die Herrschaft der Apparate, der hierarchisch organisierten Bürokratie zu bezeichnen. Der Kern des gesellschaftspolitischen Systems des Stalinismus ist die kommunistische Einpartei-herrschaft: Bei völliger Ausschaltung der innerparteilichen Demokratie liegt die gesellschaftliche und politische Entscheidungsgewalt allein in den Händen der hierarchisch strukturierten Parteispitze. Die Kommunistische Partei ist Hegemonialpartei, d. h. sie verfügt über das Machtmonopol, dem das gesamte politische System untergeordnet ist. Nach der Machterringung wurde die Sicherung ihrer Hegemonie – mit stetig wachsendem Führungsanspruch – zum entscheidenden Ziel. Sie duldet keine Teilung der Macht und erst recht nicht ihre legale Ablösung. Sie ließ keine pluralistischen Tendenzen zu, nicht einmal innerparteiliche Demokratie. Als Führungsorgan bestimmte sie über das gesamte öffentliche Leben (und versuchte sogar, das persönliche Leben der Bürger zu dirigieren). Die kommunistische Hegemonialpartei übte also eine allumfassende, diktatorische Herrschaft mit Absolutheitsanspruch aus.

Insbesondere seit den Säuberungen in den dreißiger Jahren haben sich die beiden drastischen Merkmale des Stalinismus im engeren, speziellen Sinne her-

ausgebildet. Erstens die Willkürherrschaft, gekennzeichnet durch völlige Rechtsunsicherheit: Die despotische Gewalt der Führung war in der Realität weder durch Gesetze noch durch Institutionen beschränkt oder von unten kontrollierbar. Die Macht der Geheimpolizei – auch über die Partei – und blutige „Säuberungen“ waren die wesentlichen Herrschaftsmittel der zentralistisch organisierten Führung. Zweitens gehörte zur absoluten Macht Stalins ein nicht zu überbietender Kult um seine Person; dieser Stalin-Kult wurde von einer dogmatisierten Ideologie, dem Marxismus-Leninismus, getragen.

Der Stalinismus im allgemeinen wie im speziellen Sinne wurde nach 1945 auf die osteuropäischen Länder und somit auch auf die SBZ – die ein abhängiges Besatzungsgebiet war – bzw. auf die DDR übertragen. Erst nach Stalins Tod und insbesondere seit dem XX. Parteitag der KPdSU 1956 versuchten die kommunistischen Parteien schrittweise und mehr oder weniger intensiv, durch eine „Entstalinisierung“ sowohl den Personenkult als auch die Willkürherrschaft, also den speziellen Stalinismus, zu überwinden.

Weitgehend unangetastet blieb indes die Grundlage des Terrorregimes, die Machtkonzentration bei der Hegemonialpartei. Die entscheidenden Merkmale des Stalinismus als gesellschaftspolitisches System (das nicht einfach als „Kommunismus“ bezeichnet werden kann, weil diese Formen erst unter Stalin entwickelt wurden) bestanden weiter: der ideologische Anspruch, die Partei habe „immer recht“; das Organisationsprinzip des hierarchischen demokratischen Zentralismus; das Auslese- und Kontrollsystem der „Nomenklatur“ in der Kaderpolitik; das Erziehungs-, Informations- und Organisationsmonopol von Partei und Staat. Trotz erkennbarer Ansätze zur Modernisierung einzelner Bereiche blieb das gesellschaftspolitische System des Stalinismus (oder des Neo-Stalinismus) auf diese Weise auch in der SED erhalten.

Die Frage, was Stalinismus eigentlich ist, müßte endlich auch die DDR-Geschichtsforschung eingehend behandeln. Es fehlen klare Definitionen und vor allem die Beschreibung und Einschätzung konkreter Strukturen. Auch dabei stehen die Historiker noch am Anfang, bedarf es „neuen Denkens“, um zunächst einmal die bisher in der UdSSR und im Westen geführten Debatten aufzuarbeiten⁴⁹⁾.

⁴⁷⁾ Neues Deutschland vom 23./24. Dezember 1989; Berliner Zeitung vom 18. Januar 1990.

⁴⁸⁾ Original: Lew Gudakow u. a., Bürokratismus und Bürokratie, in: Kommunist, (1988) 12, deutsch: Auf der Suche nach einem neuen Antlitz des Sozialismus, Moskau 1989, S. 41. Sowjetische Autoren verweisen auch auf den Stalinismus als „ideologisch-psychologischen Komplex“, Stalins „Alleinherrschaft“ mit der „Nomenklaturschicht“ als „fester Stütze“ oder die „Allmacht des Apparats“. Vgl. Juri Afanasjew (Hrsg.), Es gibt keine Alternative zu Perestroika: Glasnost, Demokratie, Sozialismus, Nördlingen 1988, S. 654 und S. 727; Das Phänomen Stalin, Moskau 1988, S. 51.

⁴⁹⁾ Zur neueren Literatur vgl. z. B. Predrag Vranicki, Marxismus und Sozialismus, Frankfurt a. M. 1985, S. 129 ff.; Gernot Erler/Walter Süß (Hrsg.), Stalinismus. Probleme der Sowjetgesellschaft zwischen Kollektivierung und Weltkrieg, Frankfurt a. M. 1982; Horst-Dieter Beyerstedt, Marxistische Kritik an der Sowjetunion in der Stalin-Ära (1924–1953), Frankfurt a. M. 1987; Heiko Haumann, Stalinismus und Entstalinisierung, in: Dietrich Goldschmidt u. a. (Hrsg.), Frieden mit der Sowjetunion – eine unerledigte Aufgabe, Gütersloh 1989, S. 135 ff.; Werner Hofmann, Stalinismus und Antikommunismus, Frankfurt a. M. 1967, S. 13; vgl. auch Kommunistische Bewegung (Anm. 17), S. 67 ff.

V. Geschichte des deutschen Kommunismus

Die DDR-Geschichtsschreibung hat sich seit längerer Zeit intensiv mit der Geschichte der kommunistischen Bewegung, insbesondere der KPD, beschäftigt. Sie ist mitverantwortlich für die bisherigen Legenden und „weißen Flecken“ auf diesem Gebiet. Noch im Mai 1989 wandte sich Hanna Wolf im Neuen Deutschland gegen sowjetische Historiker, die die Politik der Komintern unter Stalin kritisch dargestellt hatten. Daß diese stalinistische Haltung, für die Hanna Wolf nur ein Beispiel ist, schon damals den meisten DDR-Historikern mißfiel, wird aber erst jetzt offen ausgesprochen.

Das Problem der Stalinisierung der KPD wie auch ihrer Politik gegenüber der Sozialdemokratie muß jetzt neu thematisiert werden. Die um die Jahreswende 1918/19 gegründete KPD⁵⁰⁾ hatte durch die Ermordung ihrer bedeutendsten Führer Rosa Luxemburg und Karl Liebknecht (Januar 1919) schon früh ihre Eigenständigkeit eingebüßt. Die KPD wurde 1920 zu einer Massenpartei der linksradikalen deutschen Arbeiter, als Sektion der Kommunistischen Internationale blieb sie an der bolschewistischen Oktoberrevolution orientiert, und schon bald erblickten die deutschen Kommunisten in der UdSSR ihr politisches Vorbild und das Modell ihrer Zukunftserwartungen. Von 1924 bis 1929 geriet die KPD wie alle kommunistischen Parteien in die Mühlen der Stalinisierung. Vor allem kam es zur völligen Abhängigkeit der KPD von der Komintern und der Sowjetunion Stalins. Die Partei wurde zur Hilfspolizei der UdSSR, und sie übernahm auch die Stalinschen Organisationsstrukturen. Die Stalinisierung der KPD bedeutete die Abschaffung der innerparteilichen Demokratie und die Entstehung einer straff disziplinierten und zentralisierten Organisation, in der die Führung mit Hilfe des hierarchisch aufgebauten Parteiapparats (d. h. der hauptamtlichen Parteifunktionäre) die Politik bestimmte.

Mit der Weltwirtschaftskrise verstärkte sich der Zulauf zur KPD (1928: 130 000 Mitglieder und 3,2 Millionen Wähler, Ende 1932: 252 000 Mitglieder und 6 Millionen Wähler). Bis 1933 hat die KPD mit ihren verwirrenden Faschismus-Theorien (dabei wurden alle Nichtkommunisten als Faschisten bezeichnet) und ihrem Hauptangriff gegen die Sozialdemokraten (die als „Sozialfaschisten“ diffamiert wurden) eine ultralinke Politik betrieben. Sie hat damit den Faschismus Hitlers indirekt und ungewollt in seinem Aufstieg begünstigt. 1935 übte die Partei zwar Selbstkritik, schwächte diese aber im Laufe der Zeit wieder ab. Die verfehlte ultralinke Politik von 1929 bis 1933 und die bitteren Erfahrungen unter der Hitlerdiktatur, deren Gewaltherrschaft Tausenden von Kommunisten das Leben ko-

stete, wirkten als „Faschismus-Trauma“ 1945 nach.

Diese Grundzüge der Entwicklung der KPD hatte die DDR-Geschichtsschreibung weitgehend verschleiert, statt dessen wurde die Partei unter Thälmanns Führung zur einzig wirklichen antifaschistischen Kampforganisation hochstilisiert. Obwohl in den letzten Jahren auch Darstellungen unter kritischen Aspekten veröffentlicht wurden und DDR-Historiker die bis in die sechziger Jahre üblichen primitiven stalinistischen Fälschungen weitgehend aufgegeben haben, blieb die Grundtendenz einer Heroisierung der KPD-Geschichte im wesentlichen bestehen.

Auch in diesem Bereich werden jetzt kritische Fragen formuliert. Heinz Karl bekennt „selbstkritisch“, durch „ein unzulängliches, oberflächliches Herangehen“ an den Stalinismus in der KPD hätten die DDR-Historiker bisher „weniger zu einer Aufhellung als vielmehr eher zu einer Verdrängung der Probleme beigetragen“⁵¹⁾. Dieser späten Einsicht ist kaum zu widersprechen. Karl nennt als Anfänge der Stalinisierung der KPD die Zeit 1924/25 unter der ultralinken Führung von Ruth Fischer. Die eigentliche Stalinisierung der KPD setzte indes vor allem ab 1925 ein, und sie ist eng mit der Person Thälmanns und der Säuberung der Partei von allen Opponenten und Stalin-Gegnern (Linke, Rechte, „Versöhnler“) verbunden⁵²⁾.

Für die Rehabilitierung der aus der KPD ausgeschlossenen „rechten“ Kommunisten sowie der „Versöhnler“ tritt Joachim Petzold ein, auch wenn dies „natürlich das Bild der von Ernst Thälmann geführten KPD trüben“ wird⁵³⁾. Zutreffend ist seine Feststellung — durch Dokumente im Westen längst belegt⁵⁴⁾ —, daß die KPD „immer wieder den Hauptstoß gegen die als Sozialfaschisten diffamierten Sozialdemokraten richtete und sogar noch zu einer Zeit, da der Hitlerfaschismus seine Hand nach der politischen Macht in Deutschland ausstreckte, die Sozialdemokratie als die soziale Hauptstütze der Bourgeoisie bezeichnete“.

Diese Bestätigung der von DDR-Historikern bisher stets als „antikommunistische“ Behauptungen verleugneten Tatsachen ist ein erfreuliches Beispiel für ihr Umdenken. Kurt Finker vertieft diese Sicht, indem er schreibt, daß „der wachsende stalinistische Einfluß, vor allem über die Komintern, auch die KPD immer mehr dogmatisch erstarren ließ, größere Erfolge im Kampf gegen die Reaktion verhinderte und die rechtzeitige Schaffung eines brei-

⁵¹⁾ Horizont, 22 (1989) 12, S. 29.

⁵²⁾ Vgl. H. Weber (Anm. 40), Bd. 1.

⁵³⁾ Einheit, 44 (1989) 12, S. 1153.

⁵⁴⁾ Vgl. Die Generallinie. Rundschreiben des ZK der KPD 1929–1933, eingel. von Hermann Weber, Düsseldorf 1981.

⁵⁰⁾ Zum Forschungsstand vgl. Hermann Weber, Kommunismus in Deutschland 1918–1945, Darmstadt 1983.

ten antifaschistischen Bündnisses erschwerte⁵⁵). Finkers jetzige Ausführungen gewinnen deshalb an Glaubwürdigkeit, weil er es war, der schon auf einer Konferenz im Mai 1989 (damals zum Entsetzen mancher seiner Kollegen) darauf hinwies, daß der Antikommunismus der SPD auch durch die ultralinke Politik der KPD hervorgerufen worden sei⁵⁶).

Rolf Richter verweist darauf, daß bei der Erforschung der Geschichte der KPD ein „von falschem Kontinuitätsdenken geprägtes Bild vom Weg der Partei“ bis „in die jüngste Gegenwart“ hinein dominierte⁵⁷). Sehr viel deutlicher wurde Fritz Klein, der einige Historiker des Instituts für Marxismus-Leninismus wegen ihrer bisherigen Einschätzung zur Geschichte der KPD und SPD angriff: „Diese nutzten bislang ihre faktische Monopolstellung auf

jenen Gebieten, um dogmatische, stalinistische Positionen durchzusetzen, wodurch die Entwicklung der marxistischen Geschichtsschreibung der DDR nachhaltig behindert wurde.“⁵⁸) Nun hat ein „Institut für Geschichte der Arbeiterbewegung“ die „Rechtsnachfolge“ des Instituts für Marxismus-Leninismus angetreten⁵⁹). Doch soll dies keine „einfache Umbenennung“ sein; zu den Vorsätzen gehört, daß es künftig „keine Tabuthemen“ mehr geben solle. Da das neue Institut weitgehend mit dem alten Personalbestand tätig ist, bleibt abzuwarten, wie groß die Lernfähigkeit der Mitarbeiter sein wird. Immerhin lassen die neuesten Äußerungen zur KPD-Geschichte erwarten, daß die Stalinisierung der Partei in der DDR-Geschichtswissenschaft zu einem ernsthaft untersuchten Forschungsfeld wird.

VI. Die Geschichte der DDR

Die entscheidenden „weißen Flecken“ befinden sich in den Darstellungen von DDR-Historikern zur Geschichte ihres eigenen Staates. Für diesen Bereich gilt erst recht, was Heinz Karl über die KPD-Geschichte sagte: Hier gibt es weniger eine „Aufhellung“ als vielmehr eine „Verdrängung“ der Probleme. Auf die brisanten Fragen nach Stalinismus und Säuberungen in der DDR wurde bereits verwiesen. Im folgenden soll in aller Kürze auf einige weitere Themenbereiche und die bisher gegensätzliche Einschätzung zwischen Historikern der DDR und der Bundesrepublik aufmerksam gemacht werden.

In der Frage der Periodisierung der DDR-Geschichte bestand im Hinblick auf einschneidende Zäsuren Übereinstimmung. Das gilt für die Gründung der DDR 1949, für den Bau der Berliner Mauer 1961 oder die Ablösung Ulbrichts und den VIII. Parteitag der SED 1971. Allerdings kam es bei der Charakterisierung der jeweiligen Periode und vor allem der Interpretation der Bestimmungsfaktoren zu erheblichen Meinungsverschiedenheiten zwischen den Historikern in Ost und West: Während für die DDR-Historiker die Kontinuität auf dem Wege zum „realen Sozialismus“ überwiegt, werden in der Bundesrepublik auch die Brüche der Entwicklung thematisiert, wobei die Erringung und Sicherung der Macht der SED als wichtige Faktoren hervorgehoben werden.

Noch deutlicher sind die Differenzen zwischen der westlichen DDR-Forschung und der Geschichtsschreibung der DDR bei der Bewertung herausragender Daten und Ereignisse der DDR-Geschichte.

Das gilt beispielsweise für die Gründung der SED im April 1946. Für die DDR-Historiker war der Zusammenschluß von KPD und SPD zur SED in der Sowjetischen Besatzungszone bisher „ein historischer Sieg des Marxismus-Leninismus, die bedeutendste Errungenschaft in der Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung seit der Verkündung des Kommunistischen Manifests durch Marx und Engels und seit der Gründung der KPD“⁶⁰). Sie behaupteten, KPD und SPD hätten sich freiwillig zur SED zusammengeschlossen. Nach dieser Lesart war die große Mehrheit der Sozialdemokraten für die SED-Gründung und hatte sich gegen eine kleine Minderheit „rechter“ Einheitsfeinde durchgesetzt, die von Kurt Schumacher aus dem Westen beeinflußt wurde. Demgegenüber vertritt die westliche Forschung die These, daß die Sozialdemokraten der SBZ in erster Linie unter Zwang und Druck (insbesondere von seiten der sowjetischen Besatzungsmacht) der „Einheitspartei“ zustimmten. Dabei kann auf West-Berlin verwiesen werden, weil dort die einzige freie Urabstimmung unter Sozialdemokraten stattfand, deren große Mehrheit die „Vereinigung“ ablehnte.

Bis in jüngste Untersuchungen blieben diese gegensätzlichen Grundpositionen unverändert. Allerdings belegen Lokalstudien aus der DDR, daß der Kreis der sozialdemokratischen Funktionäre, der gegen den Zusammenschluß mit den Kommunisten auftrat, erheblich größer war als bisher zugegeben. Nunmehr verlangt auch Rolf Badstübner, die Rolle der sowjetischen Militäradministration zu prüfen. „Es geht auch aus der Sicht der Stalinismusproblematik um eine differenzierte Betrachtung der Position von Einheitsgegnern.“⁶¹) Geklärt werden muß

⁵⁵) Neues Deutschland vom 16./17. Dezember 1989.

⁵⁶) Vgl. Deutschland Archiv, 22 (1989) 7, S. 800.

⁵⁷) Neues Deutschland vom 30./31. Dezember 1989.

⁵⁸) Neues Deutschland vom 6./7. Januar 1990.

⁵⁹) Neues Deutschland vom 6./7. Januar 1990.

⁶⁰) Heinz Heitzer, DDR. Geschichtlicher Überblick, Berlin (Ost) 1989³, S. 48.

⁶¹) National-Zeitung vom 2./3. Dezember 1989.

auch die Rolle der Zugeständnisse, die die KPD-Spitze den Sozialdemokraten machte: Die neue Partei sollte einen „deutschen, demokratischen Weg“ (in Abgrenzung zur Sowjetunion) gehen, alle Funktionen sollten paritätisch zwischen Kommunisten und Sozialdemokraten aufgeteilt werden, und die Parteistruktur sollte demokratisch sein. Während in der westlichen Forschung neuerdings die entgegengesetzten Positionen der SPD-Führer Schumacher und Grotewohl zur Frage der Vereinigung kontrovers diskutiert werden⁶²), muß die DDR-Forschung die gesamte Problematik noch aufarbeiten.

Das gilt erst recht für ein anderes einschneidendes Ereignis der DDR-Geschichte. In der DDR-Historiographie war bei der Bewertung des Arbeiteraufstandes vom 17. Juni 1953 zwar von „Unzufriedenheit und Mißstimmung von Werktätigen“ die Rede, doch blieb sie bei der Einschätzung, der 17. Juni 1953 sei grundsätzlich als ein „gegenrevolutionärer Putschversuch“ mit „operativer Anleitung“ vom Westen zu charakterisieren. Bemerkenswert ist allerdings, daß Rolf Badstübner schon im Juni 1989 darauf verwies, man könne den 17. Juni 1953 „eben nicht auf den Nenner konterrevolutionärer Putsch bringen“. Allerdings hielt er es damals noch für falsch, von einem „Volksaufstand“ zu reden⁶³). Sicherlich dürfte darüber in Kürze intensiv diskutiert werden, denn in der DDR besteht ein Bedürfnis und die Notwendigkeit, die Darstellung des 17. Juni 1953 neu aufzuarbeiten.

Ähnlich sieht es bei anderen historischen Hypothesen der SED und der DDR aus, die möglichst rasch abzutragen sind. Das betrifft den Bau der Mauer 1961. Hier wird die DDR-Historiographie sowohl die Situation, die Politik Ulbrichts, als auch die Motive und die Folgen der Abriegelung neu darzustellen haben, nicht zuletzt anhand des vorhandenen Archivmaterials. Vielleicht kann sie dabei neue Einsichten vermitteln. Wie überhaupt der bessere Zugang zu den Quellen differenziertere Einschätzungen erwarten läßt.

Themenbereiche wie die Rolle und Struktur der Sowjetischen Militäradministration in Deutschland konnten bisher im Westen nur bei schwierigster Quellenlage untersucht werden, trotzdem liegen – etwa im „SBZ-Handbuch“⁶⁴) – fundierte Forschungsergebnisse vor. Das ist in vielen anderen Bereichen ähnlich. Beispielsweise wurden im „SBZ-Handbuch“ auch die Transformation der Parteien und Massenorganisationen sowie die An-

fänge der Blockpolitik dokumentiert⁶⁵), während vergleichbare Arbeiten in der DDR bisher noch fehlen.

Zwar hat sich die DDR-Geschichtswissenschaft in zahlreichen Studien mit der Entnazifizierung in der Sowjetischen Besatzungszone beschäftigt, aber dabei überhaupt nicht angesprochen, daß diese dort zugleich instrumentalisiert wurde, um die kommunistische Vorherrschaft auszubauen. Daß die sowjetische Besatzungsmacht – und später die DDR-Gerichte – Kriegsverbrechen und NS-Untaten ahndeten, bedarf keiner besonderen Begründung. Die sowjetische Militärregierung – wie anschließend die DDR – verfolgte aber unter dem Deckmantel der Entnazifizierung ebenso Sozialdemokraten und andere demokratische Kräfte, um jede tatsächliche oder potentielle Opposition auszuschalten. Auch dies ist ein bisher von der DDR-Historiographie nicht aufgearbeitetes Geschichtskapitel.

Weitere Forschungsfelder, die von DDR-Historikern bearbeitet werden sollten, können hier nur noch pauschal erwähnt werden. Der politische und militärische Anteil der DDR an der Niederschlagung des demokratischen Kommunismus in der CSSR 1968 muß unvoreingenommen untersucht werden. Vor allem gilt es, die innere Struktur der SED – Befehlsgewalt, Herrschaftsmechanismen –, ihr Nomenklatursystem und die Auswirkungen des „demokratischen Zentralismus“ auf das gesellschaftliche System der DDR darzustellen.

Schließlich bleibt zu erwähnen, daß die DDR-Geschichtsschreibung noch andere Defizite aufweist: Es fehlt an einer Wirtschafts- und Sozialgeschichte, die Alltagsgeschichte wurde ausgespart, Gesellschaftsgeschichte gibt es nicht einmal in Ansätzen. Nicht nur die bisherige Parteigeschichte der SED, auch die „offiziellen“ Darstellungen der Organisationen (FDGB, FDJ, DFD) sind unhaltbar, auch hier fehlen informative und kritische Darstellungen in der DDR. Ein Blick auf den Forschungsstand⁶⁶) zeigt erhebliche Lücken, „weiße Flecken“, die es zu tilgen gilt. Ansätze sind bereits erkennbar. Ein „II. Kolloquium zur Neubefragung der DDR-Geschichte“ im Januar 1990 verwies auf die Weichenstellungen des Jahres 1948. Nunmehr bestätigte selbst Heinz Heitzer, daß es 1948 zur „Verflechtung zwischen Partei- und Staatsapparat“ kam⁶⁷). In einem Interview bekannte Günter Benser, jetzt Direktor des „Instituts für Geschichte der Arbeiterbewegung“, daß „das Machtmonopol der SED der Kern des Problems“ ist, was auch er „lange Zeit in dieser Konsequenz nicht wahrhaben“ wollte⁶⁸).

⁶²) Vgl. die Beiträge von Lucio Caracciolo und Klaus Sühl in Dietrich Staritz/Hermann Weber (Hrsg.), Einheitsfront – Einheitspartei, Köln 1989, S. 76 ff.

⁶³) Frankfurter Rundschau vom 10. Juni 1989.

⁶⁴) Vgl. Jan Foitzik, Die SMAD, in: SBZ-Handbuch (Anm. 44), S. 7 ff.

⁶⁵) Vgl. Siegfried Suckut, Blockpolitik in der SBZ/DDR 1945–1949. Die Sitzungs-Protokolle des zentralen Einheitsfront-Ausschusses, Köln 1986.

⁶⁶) Vgl. H. Weber (Anm. 6), S. 105 ff.

⁶⁷) Neues Deutschland vom 27./28. Januar 1990.

⁶⁸) Berliner Zeitung vom 13./14. Januar 1990.

Und schließlich wollen nun die „Heimatforscher, Ortschronisten, Betriebs- und Kirchenhistoriker“ die Regionalgeschichte „völlig neu und anders befragen“ und die „Erblast“ des Stalinismus überwinden⁶⁹⁾.

Selbst die Militärgeschichtlichen Instituts der DDR sind jetzt zu einer „kritischen Bestandsaufnahme“ bereit. Sie erklären: „Nie wieder darf es ein von einer Partei verordnetes, auf eine einzige Denkrichtung festgelegtes Geschichtsbild geben.“⁷⁰⁾ Bei alledem ist aber auch bezeichnend, daß das Historiker-Organ „Zeitschrift für Geschichtswissenschaft“ auch in seinem

ersten Heft 1990 dort keine selbstkritische Stellungnahme veröffentlicht⁷¹⁾. DDR-Historiker beklagen sich: „Es ist unerträglich, daß die offiziellen Vertretungen der Geschichtswissenschaft der DDR bislang — jedenfalls öffentlich — schweigen.“⁷²⁾ So richtig diese Kritik ist, bleibt doch zu fragen, ob die einzelnen DDR-Historiker ihre eigene Rolle auch selbstkritisch reflektieren. Es ist immer noch die Ausnahme, wenn der Leipziger Historiker Helmut Bräuer schon am 7. November 1989 „Über die Verantwortung des Historikers“ schrieb, es sei „nach dem Anteil an Versäumnissen, Unterlassungen und Halbherzigkeiten in der Arbeit der Historiker zu fragen“⁷³⁾.

VII. Große Aufgaben der DDR-Geschichtswissenschaft

Die DDR-Geschichtswissenschaft ist personell sehr gut ausgestattet. Selbst wenn im Rahmen von Sparmaßnahmen Einschränkungen (wohl vor allem in den SED-eigenen Instituten) zu erwarten sind, bleibt eine beachtliche Kapazität. Entscheidend wird indes sein, daß mit Wegfall der Vorherrschaft der SED das bisherige Monopol einer vorgegebenen historischen Sichtweise und insbesondere die parteiliche Instrumentalisierung der Geschichtswissenschaft in der DDR aufgehoben werden.

Das Monopol einer als „marxistisch-leninistisch“ definierten Geschichtsschreibung, ihr absoluter Wahrheitsanspruch, ist nicht länger aufrechtzuerhalten. Es muß und wird sich ein Pluralismus der Methoden wie der Wertungen durchsetzen. An die Stelle von Vereinfachung, Rechtfertigung und Geschlossenheit als Prinzipien der Forschung sollte ein differenzierteres Geschichtsbild treten. Diese Sicht wird heute offensichtlich von vielen DDR-Historikern geteilt.

Die Aufarbeitung des Stalinismus stellt sich für die Zeitgeschichte als eine überfällige Aufgabe. DDR-Historiker rücken mit Recht die jüngste Geschichte in den Mittelpunkt ihrer Arbeit, und sie müssen dabei bisherige Fehldeutungen sowie die „weißen Flecken“ überwinden. Das Schulbuch im Fach Geschichte für die zehnte Klasse wurde kürzlich zurückgezogen und als „nicht mehr relevant“ erklärt, weil dort „Sachverhalte gefälscht oder ganz weggelassen wurden“. Das ist eine Mahnung und ein Zeichen, endlich mit parteilicher Schönfärberei und Lüge aufzuhören.

Die derzeitigen Diskussionen der DDR-Historiker lassen erkennen, daß diese sich — wenn auch oft ohne Selbstkritik — von ihrer Vergangenheit lösen wollen. Dies eröffnet neue Perspektiven für Dialog und Kooperation.

⁶⁹⁾ Neues Deutschland vom 13./14. Januar 1990.

⁷⁰⁾ Militärgeschichte, 29 (1990) 1, S. 3.

⁷¹⁾ Zeitschrift für Geschichtswissenschaft, 38 (1990) 1. Dies bleibt auch dann unverständlich, wenn als Redaktionsschluß der 5. Oktober 1989 angegeben wird; immerhin wurde die Zeitschrift erst Ende Januar 1990 ausgeliefert.

⁷²⁾ Geschichtsunterricht, (Anm. 46), S. 23.

⁷³⁾ Sächsische Heimatblätter, 35 (1989), 6, S. 241.

Ein historisches Dokument aus dem Jahre 1956

Brief an den DDR-Ministerpräsidenten Otto Grotewohl

Vorbemerkung von Hermann Weber:

Mit dem Umbruch in der DDR im Oktober 1989 ist die Diskussion über die stalinistische Vergangenheit dort rasch in Gang gekommen. Besondere Aufmerksamkeit galt den Machenschaften des Ministeriums für Staatssicherheit (MfS). Diese DDR-Geheimpolizei wurde aufgelöst, der jahrelange Chef des MfS, Erich Mielke, sogar am 8. Dezember 1989 verhaftet.

Die Vorwürfe in den DDR-Medien gegen Mielke galten dem aufwendigen Lebensstil. Neues Deutschland schrieb über Mielke: „Vater und Sohn im Jagdschloß“, „3 000 ha Wald für handverlesene Gäste“ usw.¹⁾ Entsprechend hat bisher die Untersuchungskommission gegen Amtsmissbrauch und Korruption²⁾ vor allem auf diese Tatbestände abgehoben. Auch die Festnahme Mielkes (wie die anderer ehemaliger SED-Spitzenfunktionäre) erfolgte, weil sie „durch Amtsmissbrauch und Korruption die Volkswirtschaft der DDR schwer geschädigt und sich persönlich bereichert“ haben³⁾.

Was jedoch bisher kaum thematisiert und durch diese Vorwürfe überdeckt wird, sind die Rolle des MfS und Mielkes direkte Beteiligung bei der Vorbereitung politischer Prozesse in der DDR, insbesondere bei den Säuberungen Anfang der fünfziger Jahre. Auch die jüngsten Sitzungen des Untersuchungsausschusses der Volkskammer befaßten sich mehr mit Korruption und weniger mit den politischen Vergehen. Das MfS und seine Aktivitäten wurden nicht behandelt⁴⁾. Erst am 15. Januar 1990 wurden die Ermittlungen gegen Mielke (und gegen Honecker) auf Hochverrat und verfassungsfeindlichen Zusammenschluß ausgedehnt⁵⁾.

Wie notwendig aber gerade die Aufarbeitung der politischen Verbrechen ist, zeigt der folgende Brief. Kurt Müller hat ihn am 31. Mai 1956 an den damaligen Vorsitzenden des DDR-Ministerrates, Otto Grotewohl, geschrieben. Dieses hier erstmals veröffentlichte Dokument kann sowohl Licht in das Dunkel der Praktiken des MfS bringen, als auch die

Rolle von Erich Mielke seit jener Zeit beleuchten.

Dieser Brief Kurt Müllers ist in erster Linie als ein historisches Dokument zu bewerten. Kurt Müller, geb. 1903, war schon in der Weimarer Republik ein führender deutscher Kommunist. Er wurde Mitte 1929 Vorsitzender des Kommunistischen Jugendverbandes Deutschlands. Das XI. Plenum des Exekutivkomitees der Kommunistischen Internationale wählte ihn 1931 in Abwesenheit als Kandidat in sein Präsidium, um ihn zur Jugendarbeit einzusetzen. Er wurde als Anhänger von Heinz Neumann — der als Opfer Stalins 1937 erschossen und erst jetzt offiziell rehabilitiert wurde — Ende 1932 abgesetzt und war 1933/1934 nach Gorki verbannt. 1934 kehrte Müller nach Deutschland zurück und leitete die illegale Arbeit der KPD in Südwestdeutschland. Im gleichen Jahr von der Gestapo verhaftet, saß er sechs Jahre im Zuchthaus Kassel und mußte dann bis 1945 ins KZ Sachsenhausen. Nach 11 Jahren Haft für die KPD wurde er 1945 Parteivorsitzender in Niedersachsen und im April 1948 stellvertretender Vorsitzender der KPD in Westdeutschland, 1949 zog er für diese Partei in den 1. Deutschen Bundestag ein.

Von der SED nach Ost-Berlin bestellt, wurde er dort am 22. März 1950 vom MfS verhaftet. Damit war Kurt Müller der erste führende Kommunist, den das MfS festnahm. Im August 1950 folgten weitere wie Leo Bauer, Willy Kreikemeyer u. a. Mielke persönlich ließ nichts unversucht, um von Kurt Müller für einen geplanten Schauprozeß (ähnlich dem Prozeß gegen Rajk in Ungarn) „Geständnisse“ zu erpressen.

Über seine widerrechtliche Inhaftierung, die unglaublichen Anschuldigungen und infamen Verhörmethoden berichtet Kurt Müller im folgenden Dokument. Das sowjetische Komitee für Staatssicherheit (KGB) hatte ihn — entsprechend den damaligen stalinistischen Methoden durch Fernurteil — zu 25 Jahren Haft verurteilt. 1955 war er aus der Haft in der UdSSR in die Bundesrepublik Deutschland entlassen worden. Nach Chruschtschows Enthüllungen auf dem XX. Parteitag der KPdSU im Februar 1956 und den zögerlichen Anfängen einer „Entstalinisierung“ auf der 3. Parteikonferenz der SED im März 1956 schrieb Kurt Müller dann den ausführlichen Brief an den DDR-Regierungschef.

1) Neues Deutschland vom 6. Dezember 1989.

2) Vgl. Neues Deutschland vom 2./3. und vom 5. Dezember 1989.

3) Neues Deutschland vom 9./10. Dezember 1989.

4) Vgl. Neues Deutschland vom 5. Januar 1990.

5) Vgl. Frankfurter Rundschau vom 16. Januar 1990.

Anhand der bis 1968 geltenden Verfassung von 1949 und der seinerzeitigen Strafgesetze wies Kurt Müller die Verbrechen des MfS und speziell Mielkes detailliert nach. Er forderte ein Ermittlungsverfahren und die Inhaftierung der dafür Schuldigen sowie die öffentliche Feststellung, daß die Anschuldigungen gegen ihn auf Grund ungesetzlicher, strafbarer Handlungen fabriziert worden waren.

Kurt Müllers faktische Verschleppung hatte nach 1950 mehrfach den Deutschen Bundestag beschäftigt. So wurde sein Brief an Grotewohl auch von Herbert Wehner — damals Vorsitzender des Ausschusses für Gesamtdeutsche und Berliner Fragen des Bundestages — am 9. Juni 1956 per Einschreiben nach Ost-Berlin abgeschickt. Nachdem er keine Antwort erhalten hatte, schrieb Kurt Müller nochmals am 7. August 1956 an Grotewohl (wiederum per Einschreiben):

„Herr Ministerpräsident!

Mit Schreiben vom 31. Mai 1956 wandte ich mich an Sie in der Angelegenheit meiner verfassungswidrigen und ungesetzlichen Verhaftung. Auf dieses Schreiben, das an alle Mitglieder der Regierung gerichtet war, erhielt ich bis heute keine Antwort. Ich muß Sie deshalb nochmals ersuchen, mir mitzuteilen, was Sie in dieser Sache unternommen haben und bis wann ich mit der Klärung dieser Angelegenheit rechnen kann.

31. Mai 1956.

An die Regierung
der Deutschen Demokratischen Republik
z. Hd. des Herrn Ministerpräsidenten
Otto Grotewohl, Berlin

Herr Ministerpräsident!

Wie ich der Zeitung „Neues Deutschland“ entnehme, haben Sie auf der 3. Parteikonferenz der SED im März 1956 in Berlin gegen Willkürakte, Rechtsbrüche und ungesetzliche Handlungen von Funktionären des Staatsapparates der DDR Stellung genommen¹⁾. Ihren Worten ist zu entnehmen, daß Ihre Regierung gegen jeden Bruch der Verfassung, der Gesetze und Rechtsnormen den entschiedenen Kampf führen will. Diese Ihre Stellungnahme gegen Ungesetzlichkeiten und Rechtsunsicherheit veranlaßt mich, Ihnen meinen Fall eines eklatanten Justizverbrechens, begangen von Staats-

¹⁾ Vgl. die Rede Grotewohls, in: Protokoll der Verhandlungen der 3. Parteikonferenz der SED, Bd. 2, Berlin (Ost) 1956, S. 641 ff., insbesondere S. 674 ff.

Ich betone nochmals, daß, falls Sie das Ihnen nun seit Monaten vorliegende Material nicht für ausreichend betrachten, ich noch weitere Unterlagen zur Verfügung stellen werde.“

Daraufhin bekam er im September eine lapidare Mitteilung mit Stempel, aber ohne Anrede und mit unleserlicher Unterschrift vom 21. 9. 1956: „Ihre Schreiben vom 31. Mai 1956 und vom 7. August 1956 sind zum Anlaß von Nachprüfungen gemacht worden. Ihnen ist diese Tatsache bekannt. Da die eingeleiteten Maßnahmen noch nicht abgeschlossen sind, kann Ihnen heute eine Antwort noch nicht erteilt werden. Büro des Präsidiums des Ministerrats.“

In den folgenden nun fast 35 Jahren hat Kurt Müller in seiner Angelegenheit aus der DDR nichts mehr gehört. Kein Wunder, denn der Beschuldigte, der damalige Staatssekretär Mielke, rückte 1957 zum Minister für Staatssicherheit auf, wurde 1971 Kandidat, 1976 sogar Mitglied des Politbüros der SED und übte beide Funktionen bis November 1989 aus. Diese Machtfülle Mielkes war die Personifizierung der stalinistischen Strukturen der DDR. Inzwischen hat sich dort die Situation radikal gewandelt, und so erscheint eine Veröffentlichung dieses wichtigen Dokuments sinnvoll. Es ist hier unverändert wiedergegeben; wo unbedingt notwendig, sind von mir einige erläuternde Fußnoten angefügt worden.

funktionären des Ministeriums für Staatssicherheit der DDR, vorzutragen und Sie zu ersuchen, Ihren Ankündigungen entsprechend gegen die Schuldigen nach den Gesetzen vorzugehen.

Bereits in meinem Schreiben an den Generalstaatsanwalt der UdSSR, R. A. Rudenko, vom 6. März 1955 legte ich dar, daß meine Verhaftung am 22. März 1950 in Berlin, sowie die gegen mich durchgeführte „Untersuchung“ durch die Organe der Staatssicherheit der UdSSR und DDR und meine Verurteilung auf administrativem Wege unter Bruch jeglichen elementaren Rechts und unter gröblichster und bewußter Mißachtung der Verfassungen der UdSSR und DDR erfolgten.

Ich schrieb dem Herrn Generalstaatsanwalt der UdSSR, daß die Anklage gegen mich fabriziert wurde, daß zu meiner Belastung von Staatsfunktionären der DDR und UdSSR Dokumente und Aussagen gefälscht und verfälscht wurden, daß Amtspersonen der Staatssicherheitsorgane Zeugen erpreßt und zu falschen Aussagen verleitet haben und

auch bei den „Vernehmungen“ andere verbrecherische Mittel und Methoden des psychologischen und physischen Druckes angewandt — Handlungen, die nach den Gesetzen der UdSSR wie auch der DDR unter schwerer Strafe stehen.

Ich bewies dem Herrn Generalstaatsanwalt der UdSSR in dem oben genannten Schreiben, daß ich mich in keiner Weise gegen Gesetze der UdSSR und DDR vergangen habe, meine Verhaftung daher einen Willkürakt darstellt.

Der Herr Generalstaatsanwalt der UdSSR hat diese meine obigen Behauptungen zu Recht befunden und mich daraufhin aus der Haft nach Deutschland entlassen.

Hätten meine Behauptungen in dem Schreiben an den Herrn Generalstaatsanwalt der UdSSR auch nur im geringsten nicht den Tatsachen entsprochen, so wäre meine Freilassung ohne Zweifel nicht erfolgt, sondern hätte ich mich vor einem Gericht der UdSSR wegen falscher Beschuldigung von Staatsorganen zu verantworten gehabt. Wie Sie wissen und wie die Erfahrung beweist, wird eine falsche Anschuldigung von Staatsorganen in der Sowjet-Union schwer bestraft.

Während meiner dreijährigen „Vernehmungen“ in Berlin wurde mir des öfteren gesagt, daß die Anleitung zu meiner Verhaftung und zu dem „Verfahren“ gegen mich von Berija und Abakumow gegeben worden sei.

Berija und Abakumow sind abgeurteilt²⁾. Wenn diese Aburteilung von Berija und Abakumow als eine Verurteilung ihrer verbrecherischen, menschenunwürdigen Methoden bewertet werden soll, entsteht die Frage: Werden die Komplizen von Berija und Abakumow, die sich heute noch in führenden Stellungen des Ministeriums für Staatssicherheit der DDR befinden, zur Verantwortung gezogen?

Der Hauptakteur meiner provokatorischen Verhaftung war der damalige Staatssekretär im Ministerium für Staatssicherheit der DDR Erich Mielke, der unter enger Anleitung des MGB-Generals für Deutschland, Kobulow³⁾, arbeitete und meine „Sache“ unter der Bezeichnung „Verschlußsache Mielke“ führte.

Das gegen mich auf ungesetzliche Art fabrizierte Material umfaßt mehr als 1 000 Schreibmaschinen-

²⁾ Der ehemalige Chef der sowjetischen Geheimpolizei Lawrenti Berija (1899—1953) wurde im Dezember 1953 hingerichtet, sein langjähriger Mitarbeiter (Minister für Staatssicherheit 1946 bis 1951) Viktor Abakumow nach einem Prozeß im Dezember 1954.

³⁾ Bogdan Kobulow wurde im Dezember 1953 zusammen mit Berija hingerichtet, seine Kurzbiographie in: Martin Broszat/Hermann Weber (Hrsg.), SBZ-Handbuch, München 1990, S. 950.

seiten. Es ist mir natürlich unmöglich, in diesem Schreiben auf alle Einzelheiten der in diesen mehr als 1 000 Seiten zusammengetragenen Erpressungen, Fälschungen und sonstigen Fabrikationen einzugehen. Ich muß mich auf einige Hauptpunkte beschränken:

I. Schon bei einer der ersten „Vernehmungen“, die Mielke persönlich gegen mich durchführte, erklärte er mir, daß er in höherem Moskauer Auftrage und mit Billigung der SED-Führung handle. Er brüstete sich, daß er ein alter Tschekist und Schüler Berijas sei, früher in der Ljubjanka gearbeitet habe und ich nicht der erste sei, den er fertig machen würde. Ja, er sprach sogar in seiner sadistischen Art davon, daß er schon mehrere liquidiert habe und dabei gewesen sei, wie Knorin, Bela Kun, Piatnizki u. a. ⁴⁾ erledigt wurden. Mielke ergötzte sich daran, bei seinen „Verhören“ mir alle möglichen verabscheuungswürdigen Methoden der Liquidierung von Menschen zu erläutern, um mich dadurch gefügig zu machen. Er sprach sehr offen über seine menschenunwürdige Praxis, weil er sich in der Vorstellungswelt der Mielkes bewegte, daß derjenige, der sich erst einmal in ihren Klauen befindet, niemals mehr das Licht der Öffentlichkeit erblicken wird. Das ganze Niveau war dabei nur mit dem des Berliner Ringvereins „Immertreu“ vergleichbar.

II. Allein schon meine Verhaftung am 22. März 1950 in Berlin, die unter Leitung von Mielke und dem Polizeioberrat Erich Scholz, unter aktiver Mitwirkung von Richard Stahlmann⁵⁾ erfolgte, stellt einen groben Verfassungsbruch, ein Verbrechen gegen die Artikel 4, 134 und 136 der Verfassung der DDR dar.

Trotz all meiner direkt an Mielke gerichteten Forderungen wurde ich weder „am Tage nach dem Ergreifen dem Richter vorgeführt“, noch wurde eine richterliche Bestätigung meiner Verhaftung eingeholt, noch eine „Entscheidung des Richters über die Zulässigkeit der Haft“ herbeigeführt, noch wurde mir der Grund meiner Verhaftung durch Mielke als „Untersuchungsrichter“, geschweige denn — wie das die Verfassung vorschreibt — durch einen Richter eröffnet.

⁴⁾ W. Knorin (1890—1939), Bela Kun (1886—1938) und Ossip Pjatnizki (1882—1939) waren Kominternführer und wurden später Opfer der stalinistischen Säuberungen. Ihre Biographien in: Branko Lazitch/Milorad Drachkovitch: Biographical Dictionary of the Comintern, Neuaufll., Stanford/Cal. 1986. Zum Todesdatum von Bela Kun: Neues Deutschland vom 25./26. November 1989.

⁵⁾ Richard Stahlmann (1891—1974, richtiger Name: Arthur Illner) war nach 1945 im ZK der SED für Verbindungen zur KPD im Westen verantwortlich, er wurde 1952 Oberst im MfS, zur Biographie vgl. SBZ-Handbuch (Anm. 3), S. 1034.

Das allein ist schon glatter Verfassungsbruch, und meine Verhaftung damit eine ungesetzliche, d. h. eine vorsätzliche Freiheitsberaubung — ein Verbrechen nach §§ 239 und 341 des StGB der DDR⁶⁾.

§ 239 des StGB der DDR besagt:

„(1) Wer vorsätzlich und widerrechtlich einen Menschen einsperrt oder auf andere Weise des Gebrauches der persönlichen Freiheit beraubt, wird mit Gefängnis oder mit Geldstrafe bestraft.

(2) Wenn die Freiheitsentziehung über eine Woche gedauert hat, oder wenn eine schwere Körperverletzung des der Freiheit Beraubten durch die Freiheitsentziehung oder die ihm während derselben widerfahrene Behandlung verursacht worden ist, so ist auf Zuchthaus bis zu 10 Jahren zu erkennen.“

In Artikel 134 der Verfassung der DDR heißt es: „Kein Bürger darf seinen gesetzlichen Richtern entzogen werden.“ Gegen diesen klaren Verfassungsgrundsatz hat Mielke nicht nur durch seine obigen Handlungen verstoßen sondern darüber hinaus bewußten und wissentlichen Verfassungsbruch begangen, indem er mich persönlich entgegen Artikel 10 der Verfassung in der Nacht des 23./24. August 1950 den Organen des sowjetischen MGB⁷⁾ übergab.

Dadurch bewirkte Mielke, daß ich dem gesetzlichen Richter vorenthalten und mir durch administrative Verfügung — also durch ein Ausnahmegesetz besonderer Art — 25 Jahre Gefängnis ohne Anrechnung der Untersuchungshaft zudiktiert wurden. Das, obwohl Artikel 134 der Verfassung der DDR besagt: „Ausnahmegesetze sind unstatthaft“.

Als ich Mielke bei den „Verhören“ darauf hinwies, daß nach der Verfassung auf Wunsch des Verhafteten einer von ihm benannten Person innerhalb von 24 Stunden der Grund der Verhaftung mitzuteilen ist, verweigerte er eine solche Mitteilung mit den Worten „Hier bestimmen wir!“

Nachdem ich Mielke mitteilte, daß ich Abgeordneter des Deutschen Bundestages sei und unter dem Schutz parlamentarischer Immunität stände, antwortete er wörtlich „Das interessiert uns hier nicht. Ich bin erst dann zufrieden, wenn ich den ganzen Bonner Laden hier bei mir sitzen habe, und kann erst dann wieder ruhig schlafen, wenn ich Sie fertig gemacht habe!“

⁶⁾ Alle Hinweise auf das Strafgesetzbuch und die Verfassung beziehen sich auf die 1956 gültigen Paragraphen. Vgl. dazu Siegfried Mampel, Die Verfassung der Sowjetischen Besatzungszone Deutschlands, Frankfurt-Berlin 1966; Die DDR-Verfassungen. Eingel. und bearb. von Herwig Roggemann, Berlin 1976; Wolfgang Schuller, Geschichte und Struktur des politischen Strafrechts der DDR bis 1968, Ebelsbach 1980.

⁷⁾ MGB war ab 1946 die Abkürzung des sowjetischen Ministeriums für Staatssicherheit (Ministerstvo gosudarstvennoj bezopasnosti).

Weil meine Verhaftung entgegen jeglichen Rechts und Gesetz erfolgte, schrieb ich am 1. Mai 1950 eine Beschwerde an die leitenden Staatsfunktionäre der DDR und auch an Sie, Herr Ministerpräsident. Dieses Schreiben übergab ich Mielke persönlich zur Weiterleitung. Mielke antwortete daraufhin, „über Sie bestimmen wir hier, und ich denke nicht daran, Ihnen Schrieb weiterzuleiten. Hier bei uns kommen Sie sowieso nicht mehr raus, oder kennen Sie etwa jemanden, der bei uns wieder rausgekommen ist? Stellen Sie sich darauf ein und machen Sie die gewünschten Aussagen, dann können Sie Ihre Lage verbessern.“

III. Was waren nun die „gewünschten Aussagen“? Das offenbarte sich bereits bei meiner zweiten „Vernehmung“ durch Mielke. Mielke erklärte mir bei dieser „Vernehmung“ ganz offen: „Sie sind doch ein politischer Mensch und müssen begreifen, daß wir in Deutschland einen großen Prozeß zur Erziehung der Partei und der Massen brauchen. In diesem Prozeß werden Sie der Hauptangeklagte sein.“ Er fügte hinzu, „Wir brauchen einen Prozeß wie den Rajk-Prozeß in Budapest“ und erklärte mir, daß dieser Prozeß, zu dem dann Betriebsdelegationen eingeladen werden sollen, unbedingt in acht bis neun Monaten steigen müsse.

Als ich Mielke auf seine dauernden Forderungen nach Aussagen sagte, daß ich unschuldig sei und nicht wisse, was ich aussagen solle, antwortete er: „Ich verbiete Ihnen das Wort unschuldig hier noch einmal zu gebrauchen. Sie wissen nicht, was Sie aussagen sollen? Ich habe Ihnen doch das Protokoll des Rajk-Prozesses übergeben lassen. Da wissen Sie doch, was Sie auszusagen haben.“ Diese Forderung, eine dem Rajk-Protokoll entsprechende Aussage zu machen, um den Rajk-Prozeß in Berlin zu kopieren, wurde dann im Laufe der „Vernehmungen“ von Mielke und anderen ständig wiederholt. Dabei wurden die mannigfaltigsten Methoden des physischen und psychologischen Druckes angewandt.

Der Plan eines Berliner Rajk-Prozesses war von Mielke und seinen Hintermännern von langer Hand vorbereitet! Mielke hat mir zu diesem Zweck, „damit ich wisse, was ich aussagen soll“, tatsächlich das „Protokoll“ dieses großen Budapester Justizverbrechens überreichen lassen. Kurze Zeit vor meiner Verhaftung wurde mir dieses Protokoll, wie sich jetzt ergab, im Auftrage von Mielke von dem Mitarbeiter des ZK der SED Erich Glückauf überreicht⁸⁾. Und zwar eine ungarische Ausgabe in deutscher Sprache (Verlag Stephaneum, Budapest). Dieses Exemplar des Protokolls liegt als Be-

⁸⁾ Erich Glückauf (1903—1977) arbeitete seit 1950 im ZK der SED und war ab 1951 Leiter der Westabteilung.

weismaterial vor. In Deutschland war es noch nicht einmal erschienen⁹⁾.

Dadurch wird bewiesen, daß Mielke und seine Hintermänner ihren Provokationsplan systematisch vorbereitet hatten, daß sie, da sie nicht die geringsten Belastungsmaterialien gegen mich hatten, sich die Aufgabe stellten, von mir eine Aussage zu erpressen nach „Materialien“, die mit mir überhaupt nichts zu tun haben — nach Materialien, die inzwischen offiziell als Fälschungen und Provokation anerkannt wurden.

Allein schon diese Handlung Mielkes, der Überreichung eines Protokolls einer anderen „Sache“, zu dem Zweck, um von einem Verhafteten eine in diesem Sinne gehaltene Aussage zu erlangen, stellt nach allen Strafgesetzbüchern ein schweres Verbrechen im Amt dar — wobei die Frage, ob Mielke mir persönlich das Provokations-Protokoll des Rajk-Prozesses überreicht hat oder dazu Helfershelfer benutzte, ob er es kurz vor der Verhaftung oder während der Haft überreichen ließ, unerheblich ist. Der Zweck ist entscheidend und der Zweck stellt ein Verbrechen dar.

Wenn es auch zu keinem solchen Prozeß in Berlin wie den Rajk-Prozeß — auf Grund besonderer Umstände — kam, so besagt das nicht, daß keine tief greifenden Korrekturen zur Sicherstellung von Gesetz und Recht durchzuführen sind.

IV. Für ihren provokatorischen Plan, der Durchführung eines Schauprozesses in Berlin, wollten Mielke, Erich Scholz und andere mich zu einem Terroristen machen. Ich sollte Terrorakte gegen Stalin vorbereitet haben. Ein Jahr lang hat man das behauptet. Plötzlich aber kam man auf eine neue Version. Mein sowjetischer „Untersuchungsoffizier“ erklärte mir nach diesem Jahr, „Stalin darf nicht mehr genannt werden, Sie haben Terrorakte gegen Woroschilow und Molotow vorbereitet.“

Diese terroristische Tätigkeit sollte ich nach der Behauptung von Mielke im Jahre 1934 in Gorki ausgeübt haben. In zahlreichen „Vernehmungen“ wiederholte Mielke immer wieder eintönig und stur: „Nennen Sie Ihre trotzkistischen Freunde aus Gorki.“ Als ich Mielke antwortete, daß ich keinen Trotzkisten aus Gorki kenne, sagte er „Ich hatte doch einen meiner Mitarbeiter zu Ihnen nach Frankfurt a. M. geschickt, der hat Ihnen doch Trotzkisten aus Gorki genannt.“

⁹⁾ Das offizielle Protokoll des Rajk-Prozesses (Laszlo Rajk und Komplizen vor dem Volksgericht) veröffentlichte dann — mit einer Einleitung Kurt Hagers vom 29. Oktober 1949 — der Ostberliner Dietz Verlag Ende 1949, es wurde 1950 ausgeliefert. Müller aber erhielt im Oktober 1949 ein Exemplar ohne das Vorwort von Kurt Hager. Es scheint, daß dieses Mielke-Exemplar zur Vorbereitung eines deutschen Schauprozesses extra angefertigt wurde.

Tatsächlich war ein gewisser Götz Berger¹⁰⁾ vor meiner Verhaftung bei mir in Frankfurt a. M., im Büro des Parteivorstandes der KPD. Berger war mir damals als Mitarbeiter des ZK der SED bekannt. Daß er Mitarbeiter des Ministeriums für Staatssicherheit ist, erfuhr ich erst jetzt aus dem Munde von Mielke. Damals bei seinem Besuch in Frankfurt a. M. hat mir Berger tatsächlich Namen einiger Russen genannt, die — wie er sagte — in Berlin seien, aus Gorki stammen würden und mich kennen würden. Ich kannte aber keinen der von Berger genannten Namen und legte dieser Fragestellung keinerlei Bedeutung bei.

Aber diese Tatsache, daß Berger vor meiner Verhaftung von Mielke zu mir geschickt wurde, um mir Namen einzugeben, die dann für eine falsche Aussage Verwendung finden sollten, beweist nur erneut das Verbrecherische der Handlungen Mielkes.

Außerdem beweist dies den ganzen Unfug der gegen mich erhobenen Beschuldigung des Terrors. Selbst der dümmste Polizist wird doch, wenn er nur in etwa von der Richtigkeit der Anschuldigung gegen einen Menschen überzeugt ist, nicht seinen Mitarbeiter zu diesem schicken, um ihn nach angeblichen Komplizen zu fragen und ihn damit zu warnen. Noch dazu bei so einer Sache wie Terror!

Um mich dann des Terrors zu beschuldigen, haben Mielke und seine Mittäter eine Reihe von Protokollen gefälscht und verfälscht.

Es handelt sich zunächst um ein „Protokoll einer Aussage“ eines gewissen Fedotow. Fedotow selbst ist mir völlig unbekannt. Ich hatte noch nicht einmal, vordem Mielke ihn nannte, seinen Namen gehört. Fedotow soll im Jahre 1936 verhaftet worden sein¹¹⁾. Jetzt nach 14 Jahren tauchte plötzlich ein „Vernehmungsprotokoll“ Fedotows bei meinen „Verhören“ auf. Beim Lesen dieses „Protokoll des Fedotow“ wird sofort offensichtlich, daß man in dieses „Protokoll“ meinen Namen hinein fabriziert hatte, denn die einfachsten Daten passen nicht zusammen.

In diesem Protokoll der „Vernehmung Fedotows“ heißt es fast wörtlich:

„Frage: Welche Beziehungen hatten Sie zu dem Trotzkisten Kurt Müller?“

¹⁰⁾ Götz Berger (1905—?) war nach 1946 Hauptreferent im Zentralsekretariat der SED (Justiz), später Richter und in den sechziger Jahren Rechtsanwalt in Ost-Berlin.

¹¹⁾ Im offiziellen „Prozeßbericht über die Strafsache des trotzkistisch-sinowjewistischen terroristischen Zentrums“ (Moskau 1936) hieß es: „reiste Olberg nach Gorki, setzte sich mit den Trotzkisten Jelin und Fedotow in Verbindung“ (S. 91). „In Gorki erfuhr Olberg von Fedotow, daß schon vor seiner Ankunft terroristische Kampftruppe organisiert worden waren“ (S. 92). Weiter wird Fedotow nicht erwähnt. — Inzwischen ist mit der Rehabilitierung der Opfer dieses Prozesses im Juni 1988 das ganze damalige Verfahren offiziell als Lügegebilde enthüllt.

Antwort Fedotows: Anfang des Jahres 1934 kam Kurt Müller im Auftrage von Trotzki zu mir, um mir neue Instruktionen zu geben.

Frage: Welche Instruktionen überbrachte Ihnen Kurt Müller im Auftrage von Trotzki?

Antwort Fedotows: Kurt Müller berichtete, daß Trotzki und er der Meinung seien, daß die Zeit des ideologischen Kampfes vorbei ist, daß man zu physischen Methoden der Vernichtung der Führung der KPdSU und der Sowjetregierung übergehen und zu diesem Zweck Terrorgruppen organisieren müsse. Müller erteilte mir diesen Auftrag.

Frage: Was antworteten Sie dem Müller?

Antwort Fedotows: Ich sagte ihm, ich habe hier in Gorki genügend Leute zur Verfügung und werde sofort daran gehen, diese zu Terrorgruppen zu formieren.“

Alsdann „berichtet“ Fedotow in diesem „Protokoll“, daß Woroschilow und Molotow umgelegt werden sollten und zählt einige Dutzend Namen von Leuten auf, die er nach diesem „Auftrag“ zu Terrorgruppen formiert habe.

Diesem „Protokoll Fedotows“ schließen sich in den „Anklagematerialien“ gegen mich eine Anzahl anderer „Aussagen“ der von Fedotow genannten Mitglieder dieser Terrorgruppen an. In diesen „Protokollen“ sagen etwa 35 bis 40 mir völlig unbekannte Menschen eintönig aus, daß Fedotow sie für die Terrorarbeit angeworben habe, und in einigen wird gesagt, daß Fedotow ihnen erzählt habe, daß der Auftrag zur Bildung von Terrorgruppen direkt von Trotzki gegeben worden sei und Kurt Müller ihm diesen Auftrag überbracht habe.

In monatelangen Nachtverhören hatte Mielke immer und immer wieder behauptet, ich hätte Trotzki im April 1934 in Kopenhagen getroffen. Das hinderte jedoch den Mielke und seine Gehilfen nicht, später zu einer anderen Version überzugehen. Jetzt, im Jahre 1951, wurde mir plötzlich eine andere Variante vorgehalten. Eine neue gefälschte Aussage! Das „Protokoll der Aussage“ eines gewissen Olberg¹²⁾. Ebenfalls ein Name, der mir bis zu diesem Zeitpunkt völlig unbekannt war.

Nach diesem neuen Fabrikat, einer „Aussage Olbergs vom Jahre 1936“, war dieser Olberg im Jahre 1935 in Paris und traf hier Sedow, den Sohn Trotzki. Daß mir auch Sedow völlig unbekannt war, spielte dabei keine Rolle. In dieser „Protokollarischen Aussage“ Olbergs heißt es dann:

„Im Jahre 1935 traf ich in Paris Sedow, den Sohn Trotzki, Sedow hatte mich bestellt und erzählte mir, daß im Jahre 1934 Kurt Müller, den er schon

von Berlin her kenne, und mit dem er schon lange Jahre enge trotzkistische Beziehungen habe, bei ihm gewesen sei. Kurt Müller kam, nach den Worten Sedows, direkt aus Gorki von Fedotow und habe über die Lage in Gorki und über die Organisation von Terrorgruppen in Gorki berichtet. Fedotow hätte aber in der Unterweisung von Terrorgruppen nicht die nötige Erfahrung.“ Deshalb — so heißt es in diesem „Dokument“ weiter — hätte Sedow den Olberg beauftragt, „sofort nach Gorki zu reisen, um dort die Terrorgruppen zu aktivieren“. Dann schildert dieses „Protokoll“, wie Olberg mit einem falschen Paß durch Ausnutzung des Intourist nach Gorki reiste, dort Fedotow traf und ihm natürlich sofort als erstes die Geschichte meines „Zusammentreffens mit Sedow im Jahre 1934“ berichtete.

Mielkes Gehilfe, Erich Scholz, versuchte dann noch, dieses Märchen weiter auszubauen, indem er in den nächtlichen „Verhören“ sich bemühte, Alexander Abusch und Albert Norden¹³⁾, die sich in den Jahren 1934/35 in Paris aufhielten, in diese terroristische Arbeit einzugliedern.

Offensichtlich ist, daß die einzelnen Zeitbestimmungen für diese Protokollfälschungen meinem Lebenslauf entnommen wurden, der sich bei der Kader-Abteilung des ZK der SED befand. Mielke hat mir selbst gesagt, daß er im Besitze meines Lebenslaufes aus der Kader-Abteilung sei.

Zu dieser Terrorgeschichte muß ich folgendes bemerken: Alle diese „Protokolle“ tragen die Daten des Jahres 1936. Wären sie echt, so hätten sie seit 14 Jahren einer solchen Organisation wie dem MGB zur Verfügung gestanden — wären sie echt, so hätte mich das MGB schon 1945 verhaftet, denn diesem MGB war seit 1945 bekannt, daß ich mich seit dieser Zeit oftmals in seinem Eingriffsbereich befand. Es hat aber nichts unternommen, um einen so gefährlichen „Terroristen“, der die führenden Männer der Sowjet-Union angeblich umlegen wollte, unschädlich zu machen. Warum wohl? Weil vor meiner Verhaftung derartige Protokolle noch nicht existierten. Dieses schwer belastende Material taucht ausgerechnet in dem Moment auf, in welchem Mielke und seine Hintermänner den Plan der Durchführung eines großen Prozesses nach dem Beispiel des Rajk-Prozesses vorbereiten.

Wären diese „Protokolle“ echt, so bleibt auch unerklärlich, warum die MGB-Organen nichts unternommen haben, um auch nur im geringsten die Parteilührung der SED zu warnen und zu verhindern, daß ich all die führenden Funktionen in der westdeutschen KPD ausübte, die ich seit 1945 inne hatte. Ich

¹²⁾ Zu Olberg vgl. Hermann Weber, „Weiße Flecken“ in der Geschichte. Die KPD-Opfer der Stalinschen Säuberungen und ihre Rehabilitation, erw. Neuaufl., Frankfurt/M. 1990, S. 25 ff. und S. 87.

¹³⁾ Alexander Abusch (1902–1982) und Albert Norden (1904–1982) waren führende KPD- und spätere SED-Funktionäre, zu ihren Biographien vgl. Hermann Weber, Die Wandlung des Deutschen Kommunismus, Bd. 2, Frankfurt/M. 1969, S. 58f. und S. 236f.

wurde doch gerade umgekehrt für sämtliche Funktionen in Westdeutschland von Mitgliedern des Pol-Büro der SED vorgeschlagen — diese haben mich also in alle Funktionen „eingeschleust“!

Herr Mielke will doch nicht etwa erfahrenen Menschen weismachen, daß das MGB derartig mit Blindheit geschlagen ist, bei Vorliegen derartig schwer belastender Materialien 14 Jahre zu warten, wo doch die Gefahr bestand, daß ich doch sicherlich von der Verhaftung von Fedotow, Olberg und anderer hätte erfahren und dann den Einwirkungsbereich des MGB hätte meiden können. Gerade weil derartige Materialien vor meiner Verhaftung nicht vorlagen, konnte es doch Mielke wagen, seinen Berger zu mir zu schicken, um mich für einen Prozeß reif zu machen.

All das beweist, daß alle diese „Protokolle“ erst für meine Verhaftung und sogar erst nach meiner Verhaftung für den vorgesehenen Berliner Rajk-Prozeß angefertigt wurden. Außerdem beweist ja der Budapester Rajk-Prozeß von 1949 selbst — der dem Mielke als Muster diente — zur Genüge, wie Protokolle und Dokumente gefälscht und Anklagematerialien fabriziert wurden. Diese Tatsachen wird doch wohl heute niemand mehr zu bestreiten wagen.

Wenn diese Fälschung von Protokollen und Fabrikation von Anklagematerialien durch Mielke und Co kein Verbrechen sind und nicht als strafbare Handlung zu werten sind, dann steht die Frage, was man als solche bezeichnen soll.

V. Wie im Budapester Prozeß, Rajk, so sollte ich in dem vorgesehenen Berliner Prozeß als Agent ausländischer Nachrichtendienste fungieren.

Zunächst sollte ich von Tito Spionageaufträge erhalten und zu diesem Zwecke Tito in Bled besucht haben. Als man damit aber nicht weiterkam, suchte man mir andere Spionageverbindung anzudrehen. Jetzt war ich mit einem Male „Agent“ des englischen und amerikanischen Geheimdienstes. Mein Spionagechef soll der englische Captain Hochfelder aus Hannover gewesen sein. Hochfelder ist mir tatsächlich bekannt. Ich habe ihn einmal im Jahre 1947 in seinem Büro gesehen. Damals, im September 1947, suchte ich Hochfelder in seinem Büro in Hannover zusammen mit Jungmann auf, um gegen irgendein Verbot zu protestieren. Das Ganze dauerte fünf bis zehn Minuten. Aus diesen fünf bis zehn Minuten wurde in den Händen Mielkes und Co eine große Spionagetätigkeit.

So hätte ich im September 1947 Hochfelder ersucht, mich zu unterstützen, um Max Reimann als Parteivorsitzenden der KPD abzusetzen und hätte mit Hochfelder einen entsprechenden Plan ausgearbeitet. Tatsache ist aber, daß Reimann erst im April 1948 Parteivorsitzender der KPD wurde. Also ich wollte nach dieser Version, gemeinsam mit Hoch-

felder, Reimann bereits 7 Monate, bevor überhaupt daran gedacht wurde, Reimann zum Parteivorsitzenden zu machen, beseitigen. Hochfelder oder ich müssen eben — nach den Materialien der Staatssicherheit — Hellscher gewesen sein!

Dann hätte mir — ebenfalls nach den Materialien der Staatssicherheit — Hochfelder im Jahre 1948/49 die Anweisung gegeben, die Resolutionen des Informbüros über Jugoslawien und Tito in der Parteipresse nicht zu veröffentlichen und in der Partei nicht zu verbreiten, weil es sich bei diesen Materialien um Fälschungen und Provokationen handele. Was andere erst im Jahre 1955/56 erkannt haben, hat das MGB bereits im Jahre 1950 dem Hochfelder in den Mund gelegt. Es mußte es ja auch wissen!

Von 16 KPD-Zeitungen hätten dann auf meine Anweisung nur 2 Zeitungen im Jahre 1949 die Resolution „Die KP Jugoslawiens in der Gewalt von Mördern und Spionen“ veröffentlicht. Ich nehme an, daß auch diese beiden Redakteure diese Veröffentlichung heute bedauern. Wenn Mielke zum Denken fähig wäre, so hätte er begreifen müssen, daß diese Resolution von einer so großen Zahl von Redakteuren nicht abgedruckt wurde, weil diese die Lügen über Tito nicht glaubten.

Schließlich wurde ich in den „Materialien der Anklage“ sogar zum Chef Hochfelders befördert. Danach soll ich Hochfelder die Anweisung erteilt haben, Reimann verhaften und zu langjährigem Zuchthaus verurteilen zu lassen. Hochfelder hätte dann nach dieser Anweisung von mir mit General Robertson gesprochen. Daraufhin sei dann Reimann verhaftet worden.

Reimann war damals Anfang 1949 tatsächlich acht Wochen mit Unterbrechung von den Engländern verhaftet. Warum nur acht Wochen, frug mich der sowjetische „Untersuchungsrichter“? Und die Antwort war nach den „Anklagematerialien“ auch gleich zur Stelle. Dort ist zu lesen, daß mein „teuflicher Plan, Reimann für Jahrzehnte ins Zuchthaus zu bringen, durch den Massenprotest und Massendruck vereitelt wurde.“

Es lohnt sich nicht, alle diese Märchen zu kommentieren. Den Kommentar dazu gab später der sowjetische Chef des MGB in Hohenschönhausen (1951), der mir sagte: „Daß der zweite Vorsitzende der KPD mit einem gewöhnlichen englischen Captain — später nannte er ihn sogar ironisch „Gefreiter Hochfelder“ — zusammen gearbeitet hat, ist nicht glaubwürdig. Sie müssen aussagen — fügte er hinzu — daß Hochfelder sich den Dienstgrad Captain nur zur Tarnung zugelegt hat. In Wirklichkeit ist er Oberst. Bei der deutschen Abwehr — ergänzte er — war das auch so, daß man sich geringere Dienstgrade zur Tarnung zulegte.“

Als ich nicht bereit war, Hochfelder zum Obersten avancieren zu lassen, kam aus der Provokations- und Sudelküche des Mielke eine neue Spionage-Version. Eine kleine „Dokumenten-Sammlung“! Diese Mielke-Produkte muß ich etwas ausführlicher wiedergeben:

„Dokument“ Nr. 1. Ein Protokoll des Ministeriums des Mielke, des Ministeriums für Staatssicherheit. Bei diesem Ministerium in Potsdam — so heißt es in diesem „Protokoll“ — hat sich im Jahre 1950 ein Mann namens K. gemeldet, der sich als der persönliche Kurier des Bundestagsabgeordneten der SPD, Willy Brandt, auswies. K. bot — so geht es weiter — dem Ministerium für Staatssicherheit in Potsdam ein wichtiges Dokument, das er in der Berliner Wohnung des Abg. Willy Brandt entwendet habe, zum Kauf an. Selbstverständlich hat Mielke dieses „Dokument“ sofort „gekauft“. Und das ist: „Dokument“ Nr. 2. Das „gekaufte Dokument“ ist ein „Schreiben des Redakteurs und SPD-Mitglieders Franz Tausch¹⁴⁾ an den SPD-Bundestagsabgeordneten Willy Brandt“, geschrieben auf einem Briefbogen des SPD-Parteivorstandes.

Dieses „gekaufte Dokument“ lautet in etwa:

Berlin, den 22. Juli 1948

„Lieber Willy!

Ich muß Dir eine freudige Nachricht übermitteln. Am 17. Juli 1948, als ich in Hannover war, ist uns ein großer Erfolg gelungen. In der Wohnung des Dir bekannten Majors des Political Intelligence Service, Pope, in Benthe bei Hannover, hatten wir an diesem Tage eine Zusammenkunft mit dem 2. Vorsitzenden und Bundestagsabgeordneten der KPD Kurt Müller. Müller wurde von dem Chauffeur des Majors Pope in dessen Volkswagen nachmittags am Ernst-August-Platz in Hannover abgeholt und nach Benthe gebracht. An der Zusammenkunft nahmen außer Pope, Mr. Dieck . . . (dann folgen drei weitere Namen englischer Offiziere) und auch ich teil. Ich trug die Uniform eines englischen Majors und wurde als Major . . . (folgt ein englischer Name) dem Müller vorgestellt.

Pope machte Müller den Vorschlag der Zusammenarbeit mit uns, und nach kurzem Zögern erklärte sich Müller bereit, uns alle laufenden Materialien und Anweisungen von Karlshorst und der SED-Führung zu liefern.

5 000 DM, die Pope Müller anbot, nahm er bereitwilligst an, und er machte sogar von sich aus den Vorschlag, daß im Falle seiner Verhinderung oder Unabkömmlichkeit Heta Fischer als seine Stellvertreterin zur Übermittlung aller Materialien fungieren solle.

¹⁴⁾ Franz Tausch-Treml gehörte ab Juni 1957 für die SPD in der 2. Wahlperiode dem Bundestag an.

Dieser Vorschlag wurde von Pope akzeptiert. Wir waren über diesen Erfolg sehr erfreut.

Ich muß Dir auch mitteilen, daß im Parteivorstand der SPD in Hannover über diese gelungene Anwerbung von Müller große Freude herrscht.

Ich hoffe, daß auch Du diesen großen Erfolg begrüßt und unsere Freude teilst. Besuche mich bitte am kommenden Sonntag in meiner Wohnung in der Rheinstraße.

Mit sozialistischem Gruß!
Dein Franz Tausch“

Zu dem Inhalt dieses „Dokumentes“ muß ich folgendes bemerken:

a) Ein Major Pope ist mir tatsächlich bekannt. Pope war von 1946 bis etwa April 48 bei der politischen Abteilung des Britischen Landeskommissars in Niedersachsen tätig. Ihm unterstand die Zulassung und Kontrolle aller politischen Parteien. Mit ihm hatten die leitenden Funktionäre aller politischen Parteien und die Regierungsmitglieder Niedersachsens zu tun. Herr Dr. Dr. Gereke¹⁵⁾ kennt ihn also genau so, wenn nicht sogar besser als ich. Herr Pope hat auch in seiner damaligen Funktion im Jahre 1946 die Kundgebung von Wilhelm Pieck und Otto Grotewohl in Braunschweig besucht, und am Tage nach der Kundgebung haben Pieck, Grotewohl und Stahlmann bei Herrn Pope gefrühstückt.

b) Das letzte Mal sah ich Herrn Pope im September 1947 anlässlich einer Zusammenkunft von fünf Vertretern des Landesvorstandes der KPD mit Vertretern der politischen Abteilung des Britischen Landeskommissars. Diese Zusammenkunft fand in Benthe bei Hannover in Popes Wohnung statt. Solche Zusammenkünfte waren damals mit Vertretern aller Parteien üblich, wie das auch der Besuch von Pieck und Grotewohl bei Pope beweist. Wenn man jeden Vertreter der KPD, der unter den damaligen Bedingungen nach der Kapitulation mit Vertretern der Militärregierung zusammenkam und nach geltenden Gesetzen und Verordnungen zusammenkommen mußte, der Spionage verdächtigen wollte, würden wohl kaum noch Funktionäre der KPD übrig bleiben, die nicht unter Verdacht gerieten. Dann würde wohl das eintreten, was mein sowjetischer „Untersuchungs“-Offizier im Jahre 1952 einmal prophezeite: „Wenn erst einmal die Einheit Deutschlands geschaffen ist, werden wir uns alle, die mit den Engländern und Amerikanern Beziehungen hatten, hierher holen.“ Und er erklärte diese Notwendigkeit mit dem Hinweis auf Erfahrungen in Thüringen nach dem Abzug der Amerikaner.

¹⁵⁾ Günther Gereke (1893—1970), 1948—1950 stellvertretender Ministerpräsident in Niedersachsen (CDU), wechselte 1952 in die DDR über. Vgl. SBZ-Handbuch (Anm. 3), S. 908.

c) An der oben genannten Zusammenkunft in Benthe im September 1947 nahm auch ein Vertrauensmann des Herrn Mielke, ein gewisser Kurt Baumgarte¹⁶⁾, teil. Dieser Baumgarte schrieb über diese Zusammenkunft einen Bericht. Diesen Bericht des Baumgarte hielt mir Mielke beim „Verhör“, lange bereits bevor der oben genannte gefälschte „Brief von Franz Tausch“ aufs Tapet kam, vor. Es ist ganz offensichtlich, daß der Ort Benthe, die Namen Pope, Dieck und andere, diesem Bericht des Baumgarte zur Anfertigung des „Tausch-Briefes“ entnommen wurden.

d) Der englische Geheimdienst ist eine Organisation mit einer hundertjährigen Tradition und mit großer Erfahrung. Einen zweiten Vorsitzenden der KPD anzuwerben wäre doch wohl für diesen Geheimdienst keine alltägliche Angelegenheit. Einen solchen „Agenten“ würde man wie ein rohes Ei hüten. Wie aber stellt sich der kleine Moritz Mielke nach seinem „Dokument“ eine solche Anwerbung vor?

Da waren erst einmal gleich fünf englische Offiziere anwesend — sicherlich damit die Anwerbung recht bekannt wird. Dann war Herr Tausch anwesend, in englische Uniform verkleidet und unter falschem Namen vorgestellt. Warum der sich verkleiden mußte, ist ganz unerklärlich, wo ich ihn doch schon seit 1946 kannte. Sicherlich wollte der englische Nachrichtendienst bei mir für die Werbung Mißtrauen erzeugen — anders kann man wohl diese Idee Mielkes, die Verkleidung von Tausch, nicht deuten. Weiterhin mußte natürlich sofort der Parteivorstand der SPD „von dem Erfolg“ informiert werden. Und Franz Tausch mußte sofort, und dazu noch ausgerechnet aus Berlin, an Brandt in Berlin einen Brief schreiben, damit er Herrn Mielke in die Hände fällt. So leichtsinnig geht der englische Nachrichtendienst bei der Anwerbung eines wertvollen Agenten vor. Allein schon wegen dieser Dummheit, der Unterschätzung des englischen Geheimdienstes, mußte Mielke bestraft werden.

e) Zu allem Überfluß muß ich aber noch bemerken, daß ich am 17. Juli 1948, dem Tage, an dem ich — nach Mielkes Materialien — für den englischen Nachrichtendienst „angeworben“ wurde, überhaupt nicht in Benthe, auch nicht in Hannover war. An diesem Tage war ich vielmehr in Berlin. Mir ist allerdings nicht bekannt, ob damals die Fernsichttechnik so weit entwickelt war, daß man mich bei der Anwerbung als englischen Agenten in Benthe im Bildschirm hatte. Aber mit dem Fortschritt der Technik ergeben sich hier für die Phantasie des Herrn Mielke noch allerhand Möglichkeiten.

Dann soll ich noch von einem gewissen Herrn Wahrhaftig für den amerikanischen Nachrichten-

dienst angeworben worden sein. Diese Sache klingt so unwahrhaftig, daß es sich nicht lohnt, darauf hier einzugehen, denn ich habe niemals einen Herrn Wahrhaftig kennengelernt.

Als der Mielke mit all diesen Fälschungen nicht die von ihm gewünschten Resultate erzielen konnte und die Aussichten für die Konstruierung eines Berliner Rajk-Prozesses schwanden, schaltete sich, Herr Ministerpräsident, ein Ihnen direkt unterstehendes Amt, das „Amt für Informationen beim Ministerpräsidenten der DDR“ in die Provokation ein. Am 28. Juli 1950 veröffentlichte dieses Amt in der Zeitung „Neues Deutschland“ eine Mitteilung folgenden Inhalts:

„In Westdeutschland wird der provokatorische Versuch unternommen, die Verhaftung des Agenten Kurt Müller in der DDR zu einer Verleumdungskampagne gegen den 1. Vorsitzenden der KPD, Max Reimann, auszunutzen.“

Aus diesem Anlaß stellt das Amt für Informationen fest: Kurt Müller kam wie üblich zu einer Besprechung in das Gebiet der Deutschen Demokratischen Republik. Die Zeit seines Hierseins nutzte er zu verbrecherischen Handlungen im Dienst fremder Mächte aus. Darum wurde er von den Organen des Ministeriums für Staatssicherheit verhaftet.“

Diese amtliche Meldung Ihres Amtes für Informationen ist eine bewußte Falschmeldung, vom juristischen Gesichtspunkt eine strafbare Einmischung in ein laufendes Verfahren und als wissentlich falsche Aussage eines Staatsorganes zu werten.

Bei aller Skrupellosigkeit haben noch nicht einmal Herr Mielke oder seine Hintermänner während der dreijährigen „Untersuchung“ versucht, mir vorzuwerfen, daß ich die Zeit meiner „Anwesenheit in der DDR zu verbrecherischen Handlungen im Dienste fremder Mächte nutzte“. Warum wohl nicht? Weil ich überhaupt keine Besprechung in Berlin hatte, weil ich seit dem Moment des Antritts meiner Reise von Hannover an bis nach Berlin am 22. März 1950 nur noch mit Mitarbeitern des Ministeriums für Staatssicherheit in Berührung kam; von diesen bis zu meiner Verhaftung am selben Tage ständig überwacht wurde, also seit Grenzübertritt schon jeder Handlungsfreiheit beraubt war.

Alle diese Verfälschungen und Fälschungen von Dokumenten und Protokollen über Terror und Spionage zu dem Zwecke, um damit einen willkürlich Verhafteten zu beschuldigen und ihm einen Prozeß zu machen, stellen ein sehr schweres Verbrechen dar. Werden diese Verbrechen bewußt und überlegt und noch dazu von Amtspersonen — wie in diesem Falle — begangen, so sind sie nach der einschlägigen Rechtsauffassung besonders hart zu bestrafen.

¹⁶⁾ Kurt Baumgarte, KPD-Funktionär in Niedersachsen, seit 1971 Mitglied der Zentralen Schiedskommission der DKP.

VI. Ich blieb auch nicht davon verschont, während der „Vernehmung“ ein „Agent der Gestapo“ zu werden. Schon Anfang des Jahres 1950 wurde mir, um mich zum „Gestapo-Agenten“ zu machen, ein „Dokument“ vorgelegt. Es handelte sich um einen Bericht eines Karl Wloch aus Berlin¹⁷⁾. Im Jahre 1946 (!) soll dieser Wloch dem Zentralsekretariat der SED den „letzten Wunsch“ des 1945 im KZ umgekommenen Fritz Bischof¹⁸⁾ überreicht haben. Nach diesem Schriftstück des Wloch, das also seit 1946 im Safe des Zentralsekretariats der SED geschmort hat und das jetzt ausgerechnet nach meiner Verhaftung 1950 hervorgeholt wurde, soll Bischof im Jahre 1935 dem Wloch den Auftrag erteilt haben, falls er nicht mehr lebend aus der Gefangenschaft käme, der Partei mitzuteilen, daß ich ein „Agent der Gestapo“ sei, daß ich mich im Jahre 1934 vor Gericht von den Prinzipien der KPD losgesagt und die Sowjet-Union und die KPdSU verleumdete hätte.

Bischof ist mir selbstverständlich bekannt. Ich bin mit ihm zusammen am 23. September 1934 von der Gestapo verhaftet worden; war mit ihm im Zuchthaus Kassel-Wehlheiden und später bis zum Januar 1945 im K. Z. Sachsenhausen zusammen. Wloch war auch bis 1935 im Zuchthaus Kassel-Wehlheiden, und zwar als Kapo. Während im Allgemeinen alle politischen Gefangenen in Einzelhaft saßen, konnte sich Wloch im ganzen Zuchthaus frei bewegen. 1938 wurde Wloch zu Hitlers Geburtstag aus dem K. Z. Sachsenhausen entlassen.

Zu diesem „letzten Wunsch Bischofs“ hat der Wloch dann im Jahre 1951 beim MGB eine protokollarische Aussage gemacht, in welcher er aus sagte, daß Bischof ihm seinen „letzten Wunsch“ beim Baden im Jahre 1935 im Zuchthaus Kassel-Wehlheiden übertragen habe, und daß Bischof im Jahre 1942 von Kassel-Wehlheiden in das Lager Esterwegen überführt worden sei.

Was ist dazu zu sagen?

a) Ebenso wie die Terrorgeschichte, die 14 Jahre im Panzerschrank des MGB ruht hat und auch nach 1945 bis zu dem Moment, wo der Plan eines Berliner Rajk-Prozesses geboren wurde, ruhte, hat also dieser „letzte Wunsch Bischofs“ seit 1946 im Safe

¹⁷⁾ Karl Wloch (1905–1982) war nach der Entlassung aus dem KZ im Strafbataillon 999, ab 1948 Redakteur in Polen (Betreuer deutscher Kriegsgefangener), danach Generalsekretär der Deutsch-polnischen Gesellschaft für Frieden und gute Nachbarschaft, ab 1958 Chefredakteur der „Volks wacht“ in Gera.

¹⁸⁾ Fritz Bischof (1900–1945) KPD-Funktionär in Hamburg, 1933 Leitung der illegalen KPD in Hessen; im September 1934 zusammen mit Kurt Müller verhaftet, zu 8 Jahren Zuchthaus verurteilt, saß er im Zuchthaus Kassel, dann KZ Sachsenhausen und Neuengamme; am 3. Mai 1945 in der Lübecker Bucht bei einer Schiffsversenkung umgekommen.

des ZK der SED gelegen. Allein schon eine eigenartige Duplizität!

Obwohl der Wloch bereits im Jahre 1946 sein „belastendes Material“ der SED-Führung übergeben haben will, wurden mir nach 1946 von der SED-Führung viele führende Funktionen anvertraut. Auch eigenartig! Erst als man einen Prozeß vorbereiten will, wird diese Konserve aufgemacht, photokopiert und zu den Akten zu meiner Belastung gelegt. Alles das erscheint schon unglaublich. Insbesondere wenn man das Zustandekommen der anderen „Dokumente der Anklage“ berücksichtigt, taucht schon die Frage auf, ob nicht der „letzte Wunsch“ Bischofs erst 1950 das Licht der Welt erblickte?

b) Nun gibt es aber noch einen anderen Hinweis, der beweist, daß der „letzte Wunsch Bischofs“ von Wloch erst für den Prozeß gegen mich angefertigt wurde.

Wloch behauptet in seiner protokollarischen Aussage, daß Bischof im Jahre 1942 von Kassel-Wehlheiden in das Lager Esterwegen überführt worden sei. Diese Verlegung Bischofs nach Esterwegen ist eine bewußte Fälschung von Wloch, die von ihm gemacht wurde, um die Entlarvung seines gefälschten Dokumentes zu verhüten.

Bischof war niemals in Esterwegen. Er war vielmehr von Oktober 1942 bis Januar 1945 mit mir zusammen im Lager Sachsenhausen. Hier traf ich mich täglich mit ihm. Bischof wußte, daß ich in Sachsenhausen dem illegalen Lagerkomitee angehörte, er kannte meine illegale Tätigkeit im Lager.

Nun überlege man, dem Wloch, den Bischof im Jahre 1935 nur fünf Minuten im Bad sprach, überträgt er seine „Warnungen“. In Sachsenhausen aber, in einer Zeit von mehr als zwei Jahren, trifft er sich fast täglich mit mir, dem „Gestapo-Agenten“, bespricht mit mir illegale Fragen, weiß, daß ich mich mit zahlreichen anderen illegal Tätigen treffe, und warnt keinen einzigen Menschen. Herr Mielke war doch nicht imstande, auch nur einen einzigen Zeugen für den „letzten Wunsch“ Bischofs aus dieser Sachsenhausener Zeit von mehr als zwei Jahren beizubringen, er hatte nur seinen „5 Minuten-Zeugen“ Wloch.

Ich zweifle natürlich nicht daran, daß, wenn Mielke gewußt hätte, daß ich in Sachsenhausen mehr als zwei Jahre mit Bischof zusammen war, er auch für die Sachsenhausener Zeit einige Wlochs beschafft hätte. Mielke hat mir ja selbst einmal wörtlich erklärt: „Wenn Sie keine Aussagen machen, lassen

wir uns die Sache etwas kosten und werden Zeugen beschaffen, die Ihnen alles beweisen.“¹⁹⁾

Es ist natürlich absolut möglich, daß man das „Dokument Wloch“ im Jahre 1950 in der Kader-Abteilung des ZK der SED „gefunden“ hat. Warum auch nicht? Mielke hatte ja die Möglichkeit, Materialien aus der Kader-Abteilung zu entnehmen. Warum sollte er auch nicht die Möglichkeit haben, welche einzuschleusen? Er brachte es ja fertig, mir das Protokoll des Rajk-Prozesses als Muster für eine Aussage zuzustellen und durch Berger Namen von Trotzlisten für ein Geständnis einzugeben. Warum sollte er nicht mit einer solchen Kleinigkeit wie der, der Bereicherung der Akten der Kader-Abteilung mit dem „letzten Wunsch“ Bischofs fertig werden, zumal ja Bischof tot war. Und Tote können nicht mehr sprechen.

VII. In dreijähriger „Untersuchung“ wurde ich beschuldigt, die sogenannten „Kaderbriefe“²⁰⁾ herausgegeben und in diesen Artikel gegen Reimann geschrieben zu haben. Besonders der obenerwähnte Erich Scholz war bemüht, ein solches Geständnis zu erpressen.

Die „Kaderbriefe“ sind wirklich in der Zeit von Juli 1948 bis März 1950 in Hamburg erschienen und wurden KPD-Funktionären per Post zugestellt. In diesen „Kaderbriefen“ sind tatsächlich diffamierende Artikel und Notizen über Reimann erschienen. So wurde z. B. in einer Nummer der „Kaderbriefe“ im Hinblick auf Reimann gesagt: „Wir haben von einem Führer genug, wir brauchen keinen zweiten.“ In einer anderen Nummer wurde der sittliche Lebenswandel Reimanns besprochen.

Wer sind nun aber die Herausgeber der „Kaderbriefe“?

Diese „Kaderbriefe“ wurden von den Leitern des Informationsdienstes der SED — einer Einrichtung, die von Dahlem im Jahre 1948 geschaffen

¹⁹⁾ So versuchten Mielke und seine Leute sogar, berüchtigte SS-Schergen als Zeugen für einen Schauprozeß gegen Kurt Müller zu erpressen. Als im Bonner KZ-Prozeß im November 1958 ein Zeuge aus Ost-Berlin-Karlshorst den ehemaligen SS-Rapportführer des KZ Sachsenhausen Gustav Sorge (Spitzname: der „eiserne Gustav“) des Mordes beschuldigte, erwiderte der „Eiserne“: „Sie haben mich 1951 in Workuta durch das NKWD als Kronzeugen gegen den ehemaligen Bonner Bundestagsabgeordneten Müller aus Hannover haben wollen, der nach ihrer Meinung als Häftling in Sachsenhausen Spitzeldienste geleistet haben soll.“ (Süddeutsche Zeitung vom 17. November 1958).

²⁰⁾ Die „Kaderbriefe“ wurden an KPD-Funktionäre verschickt und zwar offensichtlich von SED-Stellen in provokatorischer Absicht: Wer sie nicht umgehend bei der KPD-Kaderabteilung abließerte, galt als unzuverlässiger „Abwechler“ oder gar „Parteifeind“.

wurde — von Bruno Haid²¹⁾, Walter Vesper²²⁾ und Willi Grünert²³⁾ herausgegeben.

Die Beweise dafür sind zahlreich. Ich hatte dafür schon kurze Zeit vor meiner Verhaftung einige schwerwiegende Beweismomente. Aber die „Untersuchung“ hat den endgültigen und ausschlaggebenden Beweis für diese Feststellung erbracht.

Nachdem mich die „Untersuchungs“richter jahrelang beschuldigten, daß ich der Herausgeber der „Kaderbriefe“ sei, mußten mir Ende des Jahres 1952 endlich die „Kaderbriefe“ einmal vorgelegt werden. Das tat dann mein sowjetischer „Untersuchungs“richter Boris. Ich erwartete natürlich die Originale der „Kaderbriefe“, aber ich bekam keine Originale zu sehen. Es waren Photokopien. Aber eigenartigerweise keine Photokopien von den Originalen, sondern Photokopien von Schreibmaschinenseiten, die auch in Schreibmaschinenschrift mit „Kaderbriefe“ überschrieben waren. Diese photokopierten Schreibmaschinenseiten waren aber auch nicht die Abschriften von den Originalen der „Kaderbriefe“.

Diese Photokopien habe ich sehr gründlich Seite für Seite gelesen und dann auf der Rückseite jedes Exemplars handschriftlich vermerkt, daß ich es gelesen habe. Das tat ich, selbst unter den erbärmlichen Verhältnissen der Haft, sehr gerne, denn was stellte sich heraus?

Die mir als „Kaderbriefe“ vorgelegten Photokopien deckten sich zwar inhaltlich mit den echten „Kaderbriefen“, sie waren ihnen ähnlich. Die in den mir vorgelegten Photokopien veröffentlichten Artikel behandelten dieselben Themen wie die in den in Hamburg erschienenen hektographierten „Kaderbriefen“, aber die einzelnen Artikel in den Photokopien waren viel umfangreicher, länger und aus-

²¹⁾ Bruno Haid (geb. 1912). Vor 1933 KPD, nach 1945 in der Justizverwaltung der SBZ/DDR tätig; 1950 Leiter der ZK-Abteilung „Abwehr“, 1951 im Westbüro des ZK der SED; 1955–1958 stellvertretender Generalstaatsanwalt der DDR, 1958 Funktionsenthebung (Schirdewan-Anhänger), danach arbeitete er im Buchwesen. — Jetzt wurde bekannt (vgl. Neues Deutschland vom 11. Dezember 1989), daß Bruno Haid im März 1956 in eine Kommission zur Rehabilitation berufen wurde, der unter anderem Ulbricht und der Vorsitzende der Zentralen Parteikontrollkommission der SED, Hermann Matern, angehörten und die Mielke „zur Mitarbeit heranzog“. Die für die Säuberungen Verantwortlichen sollten über die Rehabilitation ihrer Opfer entscheiden — eine absurde Politik.

²²⁾ Walter Vesper (1897–1978). Vor 1933 KPD-Sekretär in Düsseldorf; 1947 bis 1949 MdL der KPD in Nordrhein-Westfalen, 1949 bis 1952 Bundestagsabgeordneter; 1952 Übersiedlung in die DDR, Leiter der Westabteilung der Nationalen Front, 1959 bis 1965 DDR-Botschafter in Budapest und Prag.

²³⁾ Willi Grünert (1901–?). Vor 1933 KPD, 1933 Emigration, 1940 Internierung, dann in Deutschland zu 10 Jahren Zuchthaus verurteilt, bis 1945 Zuchthaus Waldheim; 1945 bis 1951 stellvertretender Vorsitzender KPD Wasserkante (Hamburg) und Mitarbeiter im Parteivorstand, dann Übersiedlung in die DDR, Funktionen im FDGB.

führlicher als die in den Originalen (vergleiche besonders Nr. 8 der mir vorgelegten Photokopien – bei den „Anklageakten“ Nr. 1060 Ozo/Berlin MGB – mit derselben Nummer der in Hamburg erschienenen hektographierten „Kaderbriefe“!). Außerdem sind in den mir vorgelegten Photokopien eine Reihe von Notizen in einer früheren Nummer veröffentlicht als in den echten „Kaderbriefen“.

Was ergibt sich daraus? Mir wurden nicht die Original-„Kaderbriefe“ vorgelegt, sondern die Entwürfe resp. die Manuskripte zu den „Kaderbriefen“.

Es war also ganz logisch, daß ich, nachdem ich die mir vorgelegten Photokopien gründlich gelesen und auf der Rückseite abgezeichnet hatte, an meinen „Untersuchungs“richter die Frage richtete: „Woher haben Sie denn diese „Kaderbriefe?“ Der „Untersuchungs“richter Boris antwortete: „Von Bruno Haid vom ZK der SED.“

Also von Bruno Haid wurden die Entwürfe resp. Manuskripte der „Kaderbriefe“ für die „Untersuchung“ geliefert! Haid, Grünert oder Vesper werden doch nun nicht etwa behaupten wollen, daß sie ständig in den Besitz der Manuskripte der „Kaderbriefe“ und dazu noch der Manuskripte aller Nummern gelangten und die Herausgeber nicht kennen.

Wenn man diesen Regiefehler, von anderen Beweisen garnicht zu sprechen, betrachtet, so ergibt sich völlig klar, wer die Herausgeber der „Kaderbriefe“ waren: nämlich Haid in Zusammenarbeit mit Vesper und Grünert.

Mit den Mitgliedern und Funktionären der KPD wurde also hier ein hinterhältiges, niederträchtiges und provokatorisches Spiel getrieben.

Ich habe meinem sowjetischen „Untersuchungs“richter Boris im Beisein eines Polizeioberrats des SSD an Hand einer Anzahl von Beweisen und Indizien bewiesen, daß Haid, Grünert und Vesper die Herausgeber der „Kaderbriefe“ waren. Er hörte sich meine Beweisführung ruhig an (sonst ging es bei den „Vernehmungen“ nicht so ruhig zu), machte sich Notizen und antwortete: „Wir werden Ihnen nicht erlauben, ehrliche und der Partei treu ergebene Genossen hier zu beschuldigen.“ Daraufhin brach er die „Vernehmung“ ab.

Es vergingen einige Wochen, und plötzlich legte mir derselbe „Untersuchungs“richter Boris die Frage vor: „Was können Sie mir über die Spionagetätigkeit von Bruno Haid, Willi Grünert und Walter Vesper für den amerikanischen und englischen Nachrichtendienst sagen?“ Als ich darauf dem „Untersucher“ antwortete: „Nichts, Sie haben mir doch vor kurzer Zeit selbst gesagt, daß Haid, Grünert und Vesper ehrliche und der Partei treu ergebene Menschen seien“, antwortete er ganz ge-

lassen: „Ja, damals stand die Sache noch nicht, jetzt haben wir die Aufgabe, diesen Apparat zu liquidieren, und da müssen Sie uns helfen und Aussagen machen. Wenn Sie keine Aussagen machen, beweisen Sie nur erneut, daß Sie unser Feind sind.“

Also weil enthüllt wurde, daß Haid, Grünert und Vesper die Herausgeber der „Kaderbriefe“ waren, mußte dieser „Apparat“ nunmehr liquidiert und sollten seine Mitarbeiter zu anglo-amerikanischen Agenten gestempelt werden, um sie als Mitwisser verhaften zu können.

Dieser Fall klingt so unwahrscheinlich und ist mit einfachem Menschenverstand kaum zu erfassen, aber er steht nicht als einzelner Fall da! Diese von grenzenloser Gemeinheit zeugende Haltung zeigte sich auch in anderen Fällen.

Um nur einen weiteren Fall kurz zu skizzieren:

Der damalige Vorsitzende der Zentralen-Partei-Kontroll-Kommission der KPD, Otto Niebergall²⁴), hielt es für nötig, eine wissentlich falsche Aussage freiwillig beim MGB gegen mich zu machen. Aber diese Aussage war so plump erfunden, daß sogar die gerissenen Provokateure damit nichts anfangen konnten. Niebergall sagte aus, ich hätte einen gewissen Herbert Müller²⁵) im Jahre 1945 in eine führende Funktion in der KPD in Ludwigshafen eingebaut, um die KPD zu zersetzen. Außerdem hätte er mich im Jahre 1949 bei einem konspirativen Gespräch mit einem Trotzlisten im Parteibüro der KPD überrascht. Es soll sich um ein Gespräch mit einem gewissen Banasch gehandelt haben, der nach Aussage des Niebergall während des Krieges aus der KPD ausgeschlossen worden sein soll.

Daß ich 1945 irgendeinen Menschen in der französischen Zone in Ludwigshafen in Funktion gebracht haben soll, paßt überhaupt nicht in das Konzept der „Untersuchung“. Und daß ich mit einem „alten Trotzlisten“ ein konspiratives Gespräch ausgerechnet unter den Augen der Zentralen-Partei-Kontroll-Kommission im Parteibüro durchgeführt hätte, erschien selbst dem „Untersucher“ als zu dumm. Mein „Untersuchungs“richter bemerkte: „Der ist Vorsitzender der Zentralen-Partei-Kontroll-Kommission? Unglaublich!“ Und er schaltete um: „Sie wissen doch, daß ehemalige Westemigranten keine führende Funktion in der Partei ausüben dürfen. Niebergall war in der französischen Emigration – machen Sie eine Aussage über Niebergalls

²⁴) Otto Niebergall (1904–1977). 1945/46 Vorsitzender der KPD in der französischen Besatzungszone; 1949 bis 1953 MdB, Vorsitzender der KPD-Partei-Kontrollkommission; ging nach dem Verbot der KPD 1956 in die DDR.

²⁵) Herbert Müller (geb. 1900). Vor 1933 für die KPD Parteisekretär und MdL Bayern, Emigration nach Frankreich; 1945 Vorsitzender der KPD Pfalz, dann Rheinland-Pfalz, MdL, Fraktionsführer im Landtag; 1949 Übertritt zur SPD, für die er bis heute aktiv ist.

Tätigkeit für den amerikanischen Nachrichtendienst!“

VIII. Auch die bei der „Untersuchung“ angewandten Methoden des physischen und psychologischen Druckes und der Erpressung stellen nach allen Strafgesetzbüchern der Welt strafbare Handlungen dar. Über die verbrecherischen Methoden könnte man ein ganzes Buch schreiben. Ich kann mich auch hier nur auf einige wenige Beispiele beschränken:

„Glauben Sie an ein Fortleben nach dem Tode? So etwas gibt es bei uns“ (Mielke). „Andere haben auch die gewünschten Aussagen gemacht, nicht alle sind erschossen worden. Die Aussagen gemacht haben, leben heute noch und nicht schlecht und arbeiten“ (Mielke). „Wir wollen Sie ja garnicht bestrafen, nach dem Prozeß holen wir Sie wieder zu uns zurück, und dann können Sie ruhig und gesichert leben, wir besorgen Ihnen dann eine Villa, oder wenn Sie wollen, richten wir für Sie eine Werkstatt ein. Sie sind nicht der erste, für den wir das machen, denken Sie an Ramsin²⁶⁾, der hat sogar eine hohe Prämie bekommen, der hat aber auch Aussagen gemacht“ (der Chef der sowjetischen „Untersuchung“ in Berlin-Hohenschönhausen). „Es gibt für Sie nur zwei Möglichkeiten, entweder Aussagen machen und dann später wieder frei arbeiten, oder keine Aussagen machen und ins Gras beißen“ (Mielke). „Was, Sie haben mit niemand gegen die Partei und Sowjet-Union zusammengearbeitet? Kennen Sie denn nicht die parteifeindlichen Gruppen und keine Emigranten aus den kapitalistischen Ländern in der KPD?“ (der MGB-General für Deutschland). Und der Chef der sowjetischen „Untersuchung“ am selben Tage direkt anschließend: „Sie müssen diese parteifeindlichen Gruppen mit sich verbinden und über die Leute Aussagen machen, dann holen wir diese einzeln hierher und machen eine Gegenüberstellung, und wenn dann noch einer leugnet, sagen Sie, Du Hundesohn, Du warst dort und dort dabei. In zwanzig Minuten wird der dann die Wahrheit sagen“²⁷⁾.

Alle diese Drohungen, Versprechungen, Eingebungsversuche und Provokationen waren ständig mit physischem Druck und mit Quälereien verbunden.

Mielke hat seine „Verhöre“ in der Zeit von Ende März bis Mitte August 1950 stets nur nachts durchgeführt. Sie begannen täglich immer um 22 Uhr abends und endeten zwischen 4 und 6 Uhr mor-

gens. Dabei mußte ich bei allen „Verhören“ während der ganzen fünf Monate immer die ganze Nacht über stehen. Tagsüber aber durfte ich nach 6 Uhr morgens nicht mehr schlafen.

Außerdem gab es ganze Perioden von Tag- und Nacht-„Verhören“. Diese Perioden dauerten 8 und 10 Tage, in denen man überhaupt nicht schlafen durfte. Das „Verhör“ war dann von morgens um 11 Uhr bis nachmittags um 1/25 Uhr und abends von 22 Uhr bis morgens um 6 Uhr.

Fünf Monate lang wurde ich im Gefängnis Berlin-Hohenschönhausen in einer Wasserzelle gehalten. Das war eine Zelle ohne Fenster und ohne jedes Möbel, auf deren Fußboden immer etwa 2 Zentimeter Wasser stand.

Dann war ich in einer Zelle, etwas größer als eine Telefonzelle, eingesperrt.

Ein anderes Sinnbild des humanen Strafvollzuges, von dem Mielke mit Hinweis auf die Verfassung ironisch sprach, war eine Zelle in der Größe von 1,80 : 1,80 m, ohne Fenster, mit je einer Pritsche rechts und links von 80 cm Breite, so daß in der Mitte ein schmales Handtuch als „Gang“ blieb. An der Decke dieser Zelle war ein überstark saugender Ventilator angebracht, der Tag und Nacht ununterbrochen lief. Dieses Inquisitionsverlies des zwanzigsten Jahrhunderts ist die Zelle Nr. 60 in Berlin-Hohenschönhausen, in der ich längere Zeit gehalten wurde, und die auch nach der Übergabe dieses Gefängnisses an die deutsche Staatssicherheit bestehen blieb.

Von dem Kohlenkeller des ehemaligen Krankenhauses in Berlin-Karlshorst, der Untersuchungsgefängnis genannt wurde, will ich hier nicht sprechen.

Es gab aber auch „Vernehmungen“ mit „Zuckerbrot“. Ende Mai 1951, nachdem ich wieder einmal bereits 10 Tage lang Tag und Nacht bis morgens 6 Uhr vernommen worden war, wurde ich eines Abends aus der genannten Zelle Nr. 60 im Gefängnis in Berlin-Hohenschönhausen zur „Vernehmung“ vorgeführt. Ich habe diese „Vernehmung besonderer Art“ bereits in meinem oben genannten Schreiben vom 6. März 1955 dem Generalstaatsanwalt der UdSSR ausführlich geschildert, will mich deshalb hier kurz fassen.

Diese „Vernehmung“ im Gefängnis Berlin-Hohenschönhausen begann abends um 10 Uhr. Als ich das Vernehmungszimmer betrat, war außer meinem sowjetischen „Untersucher“ auch der Chef der sowjetischen „Untersuchung“ anwesend. Er bat mich in vertraulichem Ton, am Tisch Platz zu nehmen. Dann wurde die Tür abgeschlossen und auf den Schreibtisch eine Tischdecke gelegt. Mein „Untersucher“ betätigte sich als Oberkellner, indem er Schnaps, Schokolade, Eier, Butter, Wurst auftrug. Der Chef füllte die Gläser, erhob sein Glas auf mein Wohl und bemerkte, „wir müssen zusammenarbei-

²⁶⁾ Leonid Ramsin (1887–1948), Professor der TH Moskau, war Hauptangeklagter in einem frühen Moskauer Schauprozeß im Dezember 1930 gegen die sogenannte „Industriepartei“. Er wurde zum Tode verurteilt, die Strafe dann in 10 Jahre Haft umgewandelt. Zwei Jahre nach dem Urteil und nach öffentlicher „Selbstkritik“ amnestiert, erhielt er später sogar einen Orden.

²⁷⁾ Die Geisteshaltung der Vernehmer bei den Versuchen der Gehirnwäsche für den geplanten Schauprozeß zeigte auch der Ausspruch: „Bei uns hätte Dimitroff ausgesagt, daß er den Reichstagsbrand veranlaßt habe.“

ten“. Dann beugte er sich zu mir und sagte: „Hör mal, morgen mußt Du eine Aussage über die Spionagetätigkeit von Franz Dahlem machen²⁸⁾. Überleg Dir das bis morgen früh, denn heute schreiben wir nicht, beim Schnaps machen wir keine Vernehmungen“. Mein „Untersucher“ ergänzte: „Sie müssen über Dahlem eine solche Aussage machen, daß er morgen abend hier bei uns sitzt. Warum sollen Sie alleine den Kopf hinhalten? Dahlem hat Sie ja auch belastet“. Dann wieder sagte er: „Sie wissen doch, daß Dahlem schon in der Zeit vor 1933 Mitglied des Pol-Büro der KPD war. Dieses alte Mitglied des Pol-Büro wird nach der Besetzung Frankreichs von der Gestapo ergriffen, ohne daß die Gestapo ihm einen Prozeß macht. Andere einfache Funktionäre wurden von der Gestapo ermordet — aber das Mitglied des Pol-Büro, Dahlem, wird von der Gestapo geschont. Dahlem blieb am Leben. Womit hat sich Dahlem sein Leben bei der Gestapo erkauft — das müssen Sie auch aussagen.“

Ich weiß nicht, welcher Kodex eine derartige „Untersuchungsordnung“ erlaubt. Mir scheint, daß nach der modernen fortschrittlichen Gesetzgebung eine solche Praxis als Verbrechen gewertet wird.

IX. Ich habe hier nur einige wenige Hauptpunkte strafbarer verbrecherischer Handlungen von Personen in Staatsämtern dargelegt. Ich könnte noch viel mehr darüber sagen. Ich glaube aber, daß diese Beispiele drastisch genug sind und genügen.

Betonen muß ich jedoch noch, daß auch alle im Zusammenhang mit meiner Verhaftung von Mielke und seinen Hinter- und Vordermännern veröffentlichten Beschuldigungen gegen mich restlos unwahr sind und bewußte und überlegte Fälschungen darstellen.

Aus dem Dargelegten ergibt sich:

a) Meine Verhaftung am 22. März 1950 in Berlin und die gegen mich durchgeführten Maßnahmen der „Untersuchung“, wie der Strafvollstreckung, stellen Verbrechen dar. Dieser Verbrechen haben sich Funktionäre des Staatsapparates und andere schuldig gemacht. Es handelt sich um das Verbrechen des schweren Verfassungsbruches, des wissentlichen und bewußten Bruches der Artikel 4; 134; 136 und 10 der Verfassung der DDR und um Verbrechen nach folgenden Paragraphen des Strafgesetzbuches der DDR: § 336 (Rechtsbeugung); §§ 239 (Freiheitsberaubung) und 341 (Freiheitsberaubung im Amt) in Verbindung mit § 234 (Menschenraub); § 344 (gesetzwidrige und unberechtigte Strafverfolgung); § 106 (Hinderung Abgeordneter); § 48 (Anstiftung und Verleitung zum Verbre-

chen); § 241 (Bedrohung mit einem Verbrechen); § 357 (Anstiftung und Verleitung Untergebener zu Straftaten); § 223 (Mißhandlung Wehrloser und Körperverletzung) in Verbindung mit § 340 (Mißhandlung und Körperverletzung im Amt); § 343 (Erpressung von Aussagen und Geständnissen, Anwendung von Zwangsmitteln in der Untersuchung unter Drohungen mit gegenwärtiger Gefahr für Leib und Leben im Sinne des § 255 des StGB); § 240 (Nötigung im Amt); § 267 und § 348 in Verbindung mit §§ 271—273 (Dokumenten- und Urkundenfälschung und Urkundenfälschung im Amt); § 160 (Anstiftung und Verleitung zur falschen Aussage); § 164 (wissentlich falsche Anschuldigung); § 153 (wissentlich falsche Aussage); § 186 (Verbreitung unwahrer Tatsachen und üble Nachrede); § 187 (Verbreiten unwahrer Tatsachen wider besseres Wissen, Verleumdung); § 345 (verfassungswidrige und ungesetzliche Strafvollstreckung).

Die Verfolgung und Aufklärung von Verbrechen ist Aufgabe der Staatsanwaltschaft. Einige der Verbrecher sind bekannt, nach anderen wird die Staatsanwaltschaft zu fahnden haben.

b) Für alle Schäden, die Personen durch Verbrechen von Staatsfunktionären zugefügt wurden, haftet der Staat. Jeder durch solche Verbrechen im Amt einzelnen Personen zugefügter Schaden an Leib, Leben und Gesundheit, wie auch materieller Schaden, ist vom Staate wiedergutzumachen und zu ersetzen.

Deshalb wolle die Regierung der Deutschen Demokratischen Republik beschließen:

1. Die Angelegenheit meiner verfassungswidrigen und ungesetzlichen Verhaftung wird der Staatsanwaltschaft übergeben. Die an diesen Verbrechen Schuldigen werden sofort in Untersuchungshaft genommen und das Untersuchungs- und Ermittlungsverfahren nach geltendem Gesetz und Recht eröffnet.

2. Vor der Öffentlichkeit wird sofort durch Presse und Rundfunk eine Erklärung veröffentlicht des Inhalts, daß alle gegen mich erhobenen Anschuldigungen auf Grund ungesetzlicher, strafbarer Handlungen fabriziert wurden, daß sich dieses Verbrechen Personen im Amt und andere schuldig machten, und daß meine Verhaftung zu Unrecht erfolgte und ich entgegen Gesetz und Recht verurteilt wurde.

3. Der mir durch diese strafbaren Handlungen und durch die Haft von 5 Jahren und 7 Monaten zugefügte Schaden an Gesundheit und materieller Schaden wird gebührend entschädigt.

Ich bitte Sie, Herr Ministerpräsident, mir den Eingang dieses Schreibens bestätigen zu wollen.

Hochachtungsvoll!

[Kurt Müller]

²⁸⁾ Franz Dahlem (1892—1981). Ab 1928 Mitglied des Politbüros der KPD und MdR, Emigration nach Frankreich. 1939 bis 1945 im KZ; 1945 bis 1953 im Politbüro des SED Gegenspieler Ulbrichts, 1954 ausgeschlossen, 1956 „rehabilitiert“, aber ohne wieder politischen Einfluß zu erlangen. Zur Biographie vgl. H. Weber, (Anm. 13), S. 91 f.

Kontinuität und Wandel im DDR-Geschichtsbild

Überblickt man die vierzigjährige Entwicklung der Geschichtswissenschaft in der DDR¹⁾, so zeigt sich, daß die DDR-Historiker ihre Arbeit in Forschung und Lehre nicht im Sinne einer „westlichen“, dem Methodenpluralismus verpflichteten Wissenschaftspraxis verstanden haben, die sich um eine breit fundierte Erforschung der gesamten Geschichte bemüht, sondern daß diese weitgehend durch eine spezifische Deutung des marxistischen Geschichtsverständnisses bestimmt wurde. Geschichte wurde dabei vorrangig als „Geschichte von Klassenkämpfen“ aufgefaßt, woraus die „Zwei-Linien-Konzeption“ abgeleitet wurde. In einer solchen dualistischen Sicht wird der historische Prozeß

in eine „positiv-emanzipatorische“ und eine „negativ-regressive“ Traditionslinie aufgespalten, wodurch zwangsläufig Vergrößerungen entstehen, die für die Entwicklung eines eigenen Geschichtsbildes zahlreiche Probleme aufwerfen. Die „Aneignung des historischen Erbes“ hat in der Geschichtswissenschaft der DDR verschiedene Etappen durchlaufen, wobei der geschichtsentologische Dualismus zunehmend durch differenziertere Einzelanalysen überlagert und durchsetzt worden ist. Kontinuität und Wandel im Geschichtsbild der DDR im Spannungsfeld zwischen ideologischer Fixierung und fachwissenschaftlicher Differenzierung sollen in diesem Beitrag näher untersucht werden.

I.

In der unmittelbaren Nachkriegszeit wurde das historische Bewußtsein der deutschen Intelligenz ganz wesentlich durch die Erfahrung vom Zusammenbruch des Dritten Reichs und das Bekanntwerden eines programmierten Genozids nachhaltig beeinflusst²⁾. Zum dritten Mal seit 1918 standen deutsche Historiker vor dem Dilemma, ein neues Geschichtsbild zu begründen. Unbestimmte Vorstellungen von einem schwer zu realisierenden „Neubeginn“ und das Ringen um die Wiederherstellung der „Normalität“ — wie schwer sich auch ein solcher Begriff vom Stand der heutigen Geschichtsforschung her definieren läßt — waren den meisten

deutschen Historikern noch gemeinsam. Der Zusammenbruch des NS-Regimes förderte zunächst eine Auffassung der deutschen Geschichte, die mit dem von Ernst Niekisch geprägten Begriff „deutscher Daseinsverfehlung“³⁾ oder Alexander Abuschs Buchtitel „Irrweg einer Nation“ etikettiert werden kann. Paradigmatisch schrieb Abusch 1946: „Die Geschichte des deutschen Volkes ist die Geschichte eines durch Gewalt politisch rückständig gemachten Volkes. Aber jedes Volk, das den Anspruch erheben will, ein mündiges und selbstbestimmendes Volk zu sein, trägt die Verantwortung für seine eigene Geschichte und ihre falsche Entwicklung . . . Das deutsche Volk trägt die Verantwortung dafür, daß es an diesem Kreuzweg sich auf die falsche Bahn drängen ließ.“⁴⁾ Und weiter: „Die deutsche Nation muß ihre Geschichte neu erkennen, mitleidslos gegen sich selbst, um alles Finstere der Vergangenheit, das wie ein Alp die freie Regung jeder Generation bedrückte, zu vertreiben. Und entscheidend ist, daß die deutsche Nation lernt, auf neue Art geschichtlich zu handeln. Die eigene Erkenntnis, die eigene Selbsttätigkeit brauchen die Deutschen, um die Lehren ihrer Geschichte zu begreifen und zu erfüllen. Etwas grundlegend Neues tun — das ist die stärkste Triebkraft zur Umerziehung eines Volkes, zu seiner inneren Wandlung.“⁵⁾ Auch im Westen Deutschlands sprachen

¹⁾ Vgl. u. a. Günther Heydemann, *Geschichtswissenschaft im geteilten Deutschland. Entwicklungsgeschichte, Organisationsstruktur, Funktionen, Theorie- und Methodenprobleme in der Bundesrepublik Deutschland und in der DDR*, Frankfurt/M.—Bern—New York 1980; Andreas Dorpalen, *German History in Marxist Perspective. The East German Approach*, Detroit 1985; Alexander Fischer/Günther Heydemann (Hrsg.), *Geschichtswissenschaft in der DDR*, Bd. I: *Historische Entwicklung, Theoriediskussion und Geschichtsdidaktik*, Berlin 1988.

²⁾ Vgl. u. a. Ernst Schulin, *Traditionskritik und Rekonstruktionsversuch. Studien zur Entwicklung von Geschichtswissenschaft und historischem Denken*, Göttingen 1979, S. 133—143; Werner Conze, *Die deutsche Geschichtswissenschaft seit 1945. Bedingungen und Ergebnisse*, in: *Historische Zeitschrift*, 1977, S. 1—28; Hans-Ulrich Wehler, *Geschichtswissenschaft heute*, in: Jürgen Habermas (Hrsg.), *Stichworte zur „Geistigen Situation der Zeit“*, Bd. II: *Politik und Kultur*, Frankfurt/M. 1979, S. 709—753; Wolfgang J. Mommsen, *Gegenwärtige Tendenzen in der Geschichtsschreibung der Bundesrepublik*, in: *Geschichte und Gesellschaft. Zeitschrift für Historische Sozialwissenschaft*, 1981, S. 149—188; Winfried Schulze, *Deutsche Geschichtswissenschaft nach 1945*, München 1989.

³⁾ Ernst Niekisch, *Deutsche Daseinsverfehlung*, Berlin 1946.

⁴⁾ Alexander Abusch, *Der Irrweg einer Nation. Ein Beitrag zum Verständnis deutscher Geschichte*, Berlin 1946, S. 252.

⁵⁾ Ebd., S. 271.

chen Historiker, wie Friedrich Meinecke, von der nationalen Vergangenheit als von einer „deutschen Katastrophe“⁶⁾. Diese Generation von Historikern war sowohl an der Erforschung der geistesgeschichtlichen Voraussetzungen des Nationalsozialismus als auch an der kritischen Auseinandersetzung mit dem negativ bewerteten „deutschen Sonderweg“ beteiligt. In der These von der „deutschen Misere“ fanden die negative Etikettierung und die moralisch motivierte Ablehnung der deutschen Vergangenheit ihre pointierte Ausdrucksform.

Während in den westlichen Besatzungszonen und in der entstehenden Bundesrepublik Lehre und Forschung nur der strukturell unerheblichen Entnazifizierung, nicht aber durchgreifenden Reformen unterworfen wurden, wodurch bald wieder an ungebrochene historische Traditionen Anschluß gefunden wurde, vollzog sich in der Sowjetischen Besatzungszone (SBZ), im Kielwasser gesellschaftspolitischer Transformationsprozesse schon vor 1949 und verstärkt nach der Staatsgründung der DDR, eine radikale historiographische Revolution⁷⁾. Hier wurde bald die Auffassung vertreten, eine grundsätzliche Vergangenheitsbewältigung könne nur im Sinne einer totalen „Umwertung aller Werte“ erfolgen. Das Jahr 1945 sollte dementsprechend als „Stunde Null“, als Ausgangspunkt für einen völligen „Neubeginn“, gewertet werden. Die „Misere“-Theorie und das vorgebliche Bedürfnis nach einem völlig neuen Geschichtsbild standen in enger Wechselbeziehung zueinander. In einem Rückblick aus dem Jahre 1960 charakterisierten Ernst Engelberg und Rolf Rudolph diese frühe

Phase: „Es war notwendig, mit einer verhängnisvollen Vergangenheit abzurechnen, mit all dem, was in der deutschen Geschichte Schande über unser Volk gebracht hat und einmal als ‚Irrweg der Nation‘ bezeichnet wurde. Die Scham über all das, wozu sich das deutsche Volk von seinen reaktionären und imperialistischen Führern und deren Helfershelfern verleiten ließ, sollte zum demokratischen Geschichtsbewußtsein führen. Angesichts der Kette niedergeschlagener demokratischer Bewegungen und Revolutionen in Deutschland wurde der revolutionäre Kampf der Völker der UdSSR um Demokratie und Sozialismus als positives Gegenbild aufgestellt. In diesen Bemühungen spielte der 30. Jahrestag der Großen Sozialistischen Oktoberrevolution 1917 eine beachtliche Rolle.“⁸⁾

Die Forderung nach einem „demokratisch-humanistischen“ Geschichtsbewußtsein stand eindeutig mit den damaligen gesellschaftspolitischen Zielsetzungen zur Errichtung einer (noch) gesamtdeutschen und antifaschistischen Demokratie im Einklang. Unter dem Banner eines „fortschrittlichen Humanismus“ entwickelten sich eine provisorische Zusammenarbeit und eine kompromißfähige Koexistenz marxistischer und progressiv-bürgerlicher Historiker⁹⁾. Dem inhaltlichen Geschichtsbild gemäß schlug sich der Übergang vom Nationalismus zum Internationalismus vor allem in einer Favorisierung der Traditionen der deutschen und internationalen Arbeiterbewegung nieder sowie in den sozial- und wirtschaftswissenschaftlich orientierten Fragestellungen.

II.

Zur ausgeprägteren Profilierung der „Zwei-Linien-Konzeption“ kam es erstmals mit der Propagierung einer „nationalen Geschichtsbetrachtung“, für die Walter Ulbricht 1952 den Anstoß gab. Auf der

2. Parteikonferenz der SED im Juli 1952 hieß es: „Das patriotische Bewußtsein, der Stolz auf die großen Traditionen unseres Volkes beginnen sich zu entwickeln. Jeder versteht, welche große Bedeu-

⁶⁾ Friedrich Meinecke, Die deutsche Katastrophe. Betrachtungen und Erinnerungen, Wiesbaden 1946.

⁷⁾ Vgl. u. a. Albrecht Timm, Das Fach Geschichte in Forschung und Lehre in der Sowjetischen Besatzungszone Deutschlands seit 1945, Bonn-Berlin 1965; Alexander Fischer, Der Weg zur Gleichschaltung der sowjetzonalen Geschichtswissenschaft 1945–1949, in: Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte, 1962, S. 149–177; ders., Neubeginn in der Geschichtswissenschaft. Zum Verhältnis von „bürgerlichen“ und marxistischen Historikern in der SBZ/DDR nach 1945, in: Geschichte in Wissenschaft und Unterricht, 1980, S. 149–158; Günther Heydemann, Zwischen Diskussion und Konfrontation – Der Neubeginn deutscher Geschichtswissenschaft in der SBZ/DDR 1945–1950, in: Christoph Cobet (Hrsg.), Einführung in Fragen an die Geschichtswissenschaft in Deutschland nach Hitler 1945–1950, Frankfurt/M. 1986, S. 12–29.

⁸⁾ Ernst Engelberg/Rolf Rudolph, Zur Geschichtswissenschaft der Deutschen Demokratischen Republik, in: Historische Forschungen in der DDR 1960, Berlin (DDR) 1960, S. 11 f.

⁹⁾ Vgl. Wolfgang Weber, Priester der Klio. Historisch-sozialwissenschaftliche Studien zur Herkunft und Karriere deutscher Historiker und zur Geschichte der Geschichtswissenschaft 1800–1970, Frankfurt/M.–Bern–New York, 1984, S. 314–318.

tung das wissenschaftliche Studium der deutschen Geschichte für den Kampf um die nationale Einheit Deutschlands und für die Pflege aller großen Traditionen des deutschen Volkes hat, besonders gegenüber dem Bestreben der amerikanischen Okkupanten, die großen Leistungen unseres Volkes vergessen zu machen.“¹⁰⁾ Die Neuorientierung seit 1951/52, in der westlichen DDR-Forschung als „Wendung zum Nationalen“ bekannt, fand 1955 im SED-Dokument „Die Verbesserung der Forschung und Lehre in der Geschichtswissenschaft der Deutschen Demokratischen Republik“ ihre Bestätigung¹¹⁾.

Die von ihrer zeitbedingten Situationsproblematik geprägten Grundpositionen marxistisch-leninistischer Geschichtsforschung wurden in einem programmatischen Essay von Leo Stern zusammengefaßt¹²⁾. Die Funktion der Geschichtswissenschaft im Sozialismus in wissenschaftlicher und politischer Hinsicht wurde hier erstmals präzisiert. Die DDR-Geschichtswissenschaft sollte „die bis ins Hochmittelalter zurückreichenden Freiheits- und Kampftraditionen des deutschen Volkes“ unterstreichen. Insbesondere hätte sie „zu zeigen, daß die deutsche Geschichte reich ist an großen und leuchtenden Beispielen von Mut, Heldentum, Patriotismus und Hingabe an die große Sache des deutschen Volkes“. Insgesamt sollte die marxistisch-leninistische Geschichtswissenschaft „sich von den falschen und verhängnisvollen Positionen des traditionellen akademischen deutschen Historismus“ lossagen.

Die für die Zeit zwischen 1952 und 1956 typische Betonung des „Nationalen“ wurde ab Anfang 1957 durch die „Erziehung zum sozialistischen Patriotismus“ ersetzt. Mit dieser erneuten Richtungsänderung vollzog sich eine in der Folge noch verstärkte Ausrichtung der Geschichtswissenschaft durch die SED. In dieser Entwicklungsphase wurden auch grundlegende strukturelle Voraussetzungen geschaffen, geschichtswissenschaftliche Forschung und Lehre ausschließlich auf der Basis der marxistisch-leninistischen Ideologie durchzuführen. Zahlreiche Institute, Museen und fachwissenschaftliche Zeitschriften wurden damals gegründet.

Was post factum als eine bedeutungsvolle Revision des Geschichtsbildes angesehen werden könnte, nämlich die Korrektur an der bis dahin ausschließlich geltenden internationalistischen Betrachtungsweise zugunsten eines national-patriotischen Tenors, hängt vor allem mit der rapiden Entwicklung

der internationalen Verhältnisse zusammen¹³⁾. Seit Anfang der fünfziger Jahre schien sich die Machtkonstellation der Nachkriegszeit im geteilten ehemaligen Deutschen Reich und auch in Europa weiter zu konsolidieren. Die beiden deutschen Staaten wurden 1949 gegründet, seit 1952 wurde in der DDR der „Aufbau des Sozialismus“ proklamiert – die Integration der beiden deutschen Staaten in die Blocksysteme setzte sich 1955 unwiderruflich durch. In diesem Kontext suchte die politische Führung der noch jungen DDR nach zusätzlichen Legitimationsfaktoren. Eine allzu negativistische Stilisierung der deutschen Vergangenheit sowie ein zu abstrakt und schematisch aufgefaßter historischer Materialismus erschienen nicht geeignet, staatsbürgerlich mobilisierend oder motivierend zu wirken, geschweige denn ein Staats- oder Nationalbewußtsein zu erzeugen. Man wollte daher von der herkömmlichen „Misere“-Theorie abgehen sowie von der internationalistischen Betrachtungsweise der Weltgeschichte Abstand nehmen.

Dabei stand das Bemühen im Vordergrund, die DDR in der deutschen Revolutionsgeschichte zu verankern und die Gesellschaftspolitik der SED im Einklang mit den revolutionären Traditionen deutscher Geschichte darzustellen. In erster Linie kam es darauf an, die DDR als „geschichtslogische Station deutscher Vergangenheit“ erscheinen zu lassen, indem die „fortschrittlichen“ Züge der deutschen Geschichte als historische Linien bis 1945/49 bzw. bis zur unmittelbaren Gegenwart verlängert wurden. Dagegen wurden die „regressiven“ Elemente der deutschen historischen Tradition einseitig mit der Bundesrepublik Deutschland in Beziehung gesetzt. Die Geschichtswissenschaft sollte auf diese Weise die Ansprüche der DDR auf das „Modell Deutschland“ historiographisch unterstützen.

Die „Wendung zum Nationalen“ war keineswegs auf die DDR beschränkt, sondern wies Parallelen zur sowjetischen Historiographie auf. Während der führende sowjetische Historiker der zwanziger Jahre, Pokrovsky, zunächst ein weltrevolutionäres Geschichtsbild entwickelt hatte, zielte der Geschichtsrevisionismus Stalins seit den dreißiger Jahren auf eine verstärkte Verbindung des Marxismus-Leninismus mit patriotischen Ansätzen¹⁴⁾. Anders als meist angenommen wird, beinhaltet der stalinistische Beitrag zur marxistischen Geschichtstheorie jedoch mehr als eine bloße Rehabilitierung des alten russischen Nationalismus. Stalins Geschichts-

¹⁰⁾ Protokoll der Verhandlungen der II. Parteikonferenz der Sozialistischen Einheitspartei Deutschlands, Berlin (DDR) 1952, S. 120.

¹¹⁾ Zeitschrift für Geschichtswissenschaft, 1955, S. 507 ff.

¹²⁾ Vgl. Leo Stern, Gegenwartsaufgaben der deutschen Geschichtsforschung, in: Wissenschaftliche Zeitschrift der Martin-Luther-Universität Halle-Wittenberg. Gesellschafts- und Sprachwissenschaftliche Reihe, 1952/53, S. 1–17.

¹³⁾ Vgl. etwa Hermann Weber, Geschichte der DDR, München 1985.

¹⁴⁾ Vgl. u. a. Klaus Mehnert, Weltrevolution durch Weltgeschichte. Die Geschichtslehre des Stalinismus, Stuttgart 1953; Max Gustav Lange, Wissenschaft im totalitären Staat. Die Wissenschaft der Sowjetischen Besatzungszone auf dem Weg zum „Stalinismus“, Stuttgart–Düsseldorf 1955; Hans Hecker, Russische Universalgeschichtsschreibung. Von den „Vierziger Jahren“ des 19. Jahrhunderts bis zur sowjetischen „Weltgeschichte“ (1955–1965), München–Wien 1983.

auffassung lag eine realistischere — wenn oft auch recht simplizistisch formulierte — gesellschaftspolitische Theorie zugrunde. Pauschal formuliert, ging die stalinistische Geschichtsauffassung von der Revision des klassischen Basis-Überbau-Modells aus. Während Karl Marx die ökonomische Basis — vor allem die Produktionsverhältnisse — als bestimmenden Faktor für die Herrschaftsverhältnisse der Gesellschaft betrachtet hatte, nahm Stalin eine Neubewertung der Rolle des Überbaus, d. h. von Staat, Politik und Kultur, im historischen Prozeß vor. Partei und Staat wurde dabei im voluntaristischen Sinne ein gestaltender Einfluß auf die gesellschaftliche Entwicklung zugesprochen. In dieser Perspektive kann Stalins Geschichtsdeutung als Rechtfertigungsideologie einer autoritären „Revolution von oben“ bewertet werden; andererseits bildete sie die Legitimationsgrundlage für einen großrussischen bzw. sowjetischen Patriotismus, der jedoch auch die Anerkennung kultureller nationaler Besonderheiten im Sowjetstaat einschloß. Stalins Geschichtskonzeption diente auch als ideologisches Fundament, um die weltrevolutionäre Orientierung des Geschichtsverständnisses, die in den ersten Nachkriegsjahren in den meisten volksdemokratischen Ländern und in der DDR vorgeherrschte hatte, zu revidieren und die Bedeutung der eigenen nationalen Geschichte wieder verstärkt zu betonen und neu zu interpretieren.

Die Neuorientierung der DDR-Geschichtswissenschaft seit Anfang der fünfziger Jahre hatte für die folgenden Jahrzehnte eine wesentliche Bedeutung. Die „nationale Geschichtsbetrachtung“ hat sich in ihrer Grundtendenz — trotz mancher Schwankungen nach dem Führungswechsel von Ulbricht zu Honecker 1971 — bis zur Gegenwart erhalten¹⁵). Der Anspruch auf die progressiven Traditionen der Geschichte bildet seitdem ein durchgehendes Moment der DDR-Historiographie. Allerdings muß hinzugefügt werden, daß sich im Zeitverlauf in der „Aneignung des historischen Erbes“ Unterschiede zeigen, wobei die Bestimmung dessen, was progressive Traditionen der deutschen Geschichte sind, sukzessive erweitert worden ist. Die „nationale Geschichtsbetrachtung“ wurde seit Ende 1958 wesentlich von einer zentralen gesellschaftspolitischen

¹⁵) Vgl. u. a. Werner Riese, Periodisierung der DDR-Geschichtswissenschaft. Ein wissenschaftshistorischer Versuch, in: Deutsche Studien, 1975, S. 146—152; Ulrich Neuhäusser-Wespy, Zur Neuorientierung der DDR-Geschichtswissenschaft seit 1971, in: Geschichte in Wissenschaft und Unterricht, 1980, S. 172—177; ders., Die SED und die deutsche Geschichte, in: Ilse Spittmann (Hrsg.), Die SED in Geschichte und Gegenwart, Köln 1987, S. 98—111; Günther Heydemann, Relativierung des Dogmas? Zur Entwicklung geschichtswissenschaftlicher Theorie und Methodologie in der DDR seit 1967, in: Geschichte in Wissenschaft und Unterricht, 1980, S. 159—171; ders., Marxistisch-leninistische Zeitgeschichte in der DDR, in: Aus Politik und Zeitgeschichte, B 36/82, S. 17—26; ders., Geschichtswissenschaft und Geschichtsverständnis in der DDR seit 1945, in: Aus Politik und Zeitgeschichte, B 13/87, S. 15—26.

Fragestellung beherrscht, von der die marxistisch-leninistische Geschichtswissenschaft allgemein, vor allem aber die Zeitgeschichtsschreibung bis zum Ende der sechziger Jahre hin, tiefgreifend geprägt wurde: der „nationalen Grundkonzeption“¹⁶). Dieses von Walter Ulbricht neu entwickelte und vorgebrachte strategische Konzept wurde in den sechziger Jahren zum „nationalen Geschichtsbild“ vertieft und für die DDR-Historiographie zum Leitbild der praktischen Forschung stilisiert.

Die Basis der von Ulbricht verkündeten „nationalen Grundkonzeption“ bildete die alliierte Nachkriegspolitik für Deutschland. Die von den alliierten Besatzungsmächten formulierten Vorstellungen von der Beseitigung des deutschen Imperialismus und Militarismus waren aus der Sicht der SED identisch mit den in der SBZ/DDR gelösten Aufgaben der antifaschistisch-demokratischen Umwälzung, die in der Bundesrepublik noch ausständig sei. Das Ziel der Wiedervereinigung beider deutscher Staaten wurde von der Beseitigung des Imperialismus und der Wurzeln des Nationalsozialismus abhängig gemacht. Die beiden Aspekte der nationalen Frage, der gesellschaftspolitische und der territorial-geographische, bildeten in der „nationalen Grundkonzeption“ immer eine unauflösbare Einheit, wobei aber die Überwindung der sozialen Gegensätze absolut vorrangig war, sowohl in den rückblickenden historischen Darstellungen wie in den auf die Zukunft gerichteten politischen Zielen der SED. Das „nationale Geschichtsbild“ stellte die Historiker vor nicht geringe Probleme. Immerhin waren sie aufgefordert, die Nachkriegsgeschichte der SBZ/DDR als einen gesetzmäßigen revolutionären Prozeß darzustellen. Daß dieser revolutionäre Prozeß gerade ein Kampf gegen die Spaltung des deutschen Einheitsstaates gewesen sein sollte, machte eine Darstellung der Nachkriegsgeschichte nicht weniger kompliziert. Die 1966 erschienene achtbändige „Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung“ bildete den — letzten — Höhepunkt der Ausarbeitung des von Ulbricht favorisierten „nationalen Geschichtsbildes“.

Der sich allmählich erweiternde Anspruch auf die progressiven Traditionen der deutschen Geschichte darf aber nicht ohne weiteres mit der „nationalen Grundkonzeption“ verwechselt werden. Diese „nationale Grundkonzeption“ wurde allmählich zu einem in sich geschlossenen Komplex von Fragestellungen, vor allem für die Geschichte der neuesten Zeit, und war nicht nur auf eine historische Legitimation des Sozialismus in der DDR beschränkt. Im Rahmen revolutionärs-theoretischer Einordnungen, die die DDR-Geschichte von Entwicklungen in der

¹⁶) Vgl. dazu Hans-Dieter Schütte, Zeitgeschichte und Politik. Deutschland- und blockpolitische Perspektiven der SED in den Konzeptionen marxistisch-leninistischer Zeitgeschichte, Bonn 1985, S. 186—200.

Sowjetunion und in den anderen sozialistischen Ländern abgrenzen sollte, erhielt die „nationale Grundkonzeption“ die Funktion, den Sozialismus in der DDR als Vorstufe und Voraussetzung für ein wiedervereinigtes, sozialistisches Deutschland erscheinen zu lassen. Nach bundesdeutschen – und westlichen – politologischen Forschungen waren gerade diese ideologischen Eigenständigkeitsansprüche und das Bestreben, sich vom sowjetischen Vorbild und von der parallelen Entwicklung der Volksdemokratien abzugrenzen, die wichtigsten Ursachen der Machtwechsel von 1971¹⁷⁾.

Anfang der sechziger Jahre wurde eine breitere Auseinandersetzung mit einem bis zu diesem Zeitpunkt vernachlässigten historischen Themenkomplex erkennbar: die relativ systematische Erforschung des nichtsozialistischen bzw. nichtproletarischen historischen Erbes deutscher Geschichte¹⁸⁾. Die 1962 erfolgte Gründung des Jenaer Arbeitskreises „Geschichte der bürgerlichen Parteien in Deutschland“ signalisierte zum ersten Mal die Bereitschaft zur Modifizierung einer allzu einseitigen

Orientierung auf die Geschichte der deutschen und internationalen Arbeiterbewegung. Nicht nur theoretisch-methodologisch, sondern auch konkret-historiographisch wurde die Erforschung des deutschen Bürgertums und des Konservatismus gefördert. Forschungsschwerpunkte bildeten die Geschichte des deutschen Bürgertums, vor allem dessen Parteiengeschichte, und der deutschen Liberalismus-Problematik. Dies entsprach durchaus der Logik marxistisch-leninistischen Geschichtsverständnisses. Wie in der Erforschung der Geschichte der deutschen und allgemeinen Arbeiterbewegung, standen auch hier Fragen der Organisationsstrukturen, der Parteipolitik und der sog. „politischen Machtfrage“ im Vordergrund des historiographischen Erkenntnisinteresses. Auch aus politischen und ideologischen Gründen schien eine intensive Beschäftigung mit der Geschichte des Bürgertums angezeigt. Vor allem der Inanspruchnahme der bürgerlichen Parteiengeschichte für eine liberaldemokratische Traditionsbildung durch bundesdeutsche Historiker sollte entgegengetreten werden.

III.

Die Übernahme der SED-Führung durch Erich Honecker im Mai 1971 und der VIII. Parteitag im folgenden Monat leiteten bedeutungsvolle Revisionen in der vorherigen Sicht der deutschen und speziell der DDR-Geschichte in wichtigen Punkten ein. Der bis dahin vorherrschende DDR-zentrierte Forschungsansatz wurde jetzt durch eine Sichtweise abgelöst, die sich stärker an internationalen Entwicklungen orientierte und dabei besonders die Rolle der Sowjetunion für die deutsche und allgemeine Geschichte betonte. Die UdSSR galt als das Impulszentrum der deutschen und insbesondere der DDR-Geschichte. Die früher stark hervorgehobene Leistung der eigenen Partei- und Staatsorgane bei der Gründung und Entwicklung der DDR wurde zugunsten der sowjetischen Initiativen und Einwirkungen abgeschwächt. Im Geschichtsbild der DDR wurde die internationalistische Komponente wieder stärker ausgeprägt, gleichzeitig wurde der Prozeß einer inhaltlichen Differenzierung erheblich beschleunigt. Gelegentlich schon früher sichtbare Tendenzen einer „Historisierung“ deutscher Geschichte nahmen nun deutlichere Kontu-

ren an. Insbesondere galt dies für historische Entwicklungslinien, die chronologisch oder thematisch außerhalb der „Epoche des Übergangs vom Kapitalismus zum Sozialismus“ lagen, also vor 1917/18 und der sowjetrussischen Oktoberrevolution. Dementsprechend sollte die Entwicklung zum „real existierenden Sozialismus“ stärker als vorher in den Komplex welthistorischer Übergangsprozesse eingebettet werden.

Für die Erforschung der „nichtproletarischen, demokratischen Kräfte“ entstanden günstigere Voraussetzungen. Für die Entwicklung der DDR-Historiographie war die „methodologische Selbstbesinnung“ der späten sechziger Jahre von erheblicher Bedeutung, weil sie eine Verwissenschaftlichung des historiographischen Diskurses bewirkt hat¹⁹⁾.

Die „methodologische Selbstbesinnung“ hatte vor allem zwischen 1967 und 1971 in engem Zusammenhang mit der Propagierung eines „entwickelten gesellschaftlichen Systems des Sozialismus“ (ESS) und mit der immanenten Favorisierung eines bestimmten Systemdenkens gestanden. Gesellschaft wurde als Gesamtsystem mit davon abhängigen Teilsystemen begriffen. Wissenschaft wurde demnach als Teilsystem, als „unmittelbare Produktivkraft“ bzw. als „Hauptproduktivkraft“, definiert. Vor allem der Geschichtswissenschaft wurde bei der Herausbildung eines fundierten Geschichtsbewußtseins, als Basis eines sozialistischen Staatsbewußtseins in der DDR, ein entscheidender Rang zugemessen. Das neue, strukturali-

¹⁷⁾ Vgl. u. a. Fred Oldenburg, Die Gesellschaftskonzeption der SED nach dem VIII. Parteitag, Köln, 1972; Gunter Minnerup, East Germany's Frozen Revolution, in: New Left Review, 1982, S. 5–32.

¹⁸⁾ Vgl. u. a. Johannes Schradi, Die DDR-Geschichtswissenschaft und das bürgerliche Erbe. Das deutsche Bürgertum und die Revolution von 1848 im sozialistischen Geschichtsverständnis, Frankfurt/M.–Bern–New York 1984; sowie Wolfgang Küttler/Hans Schleier, Die Erbe-Konzeption und der Platz der preußischen Geschichte in der DDR-Geschichtswissenschaft, in: German Studies Review, 1983, S. 535–557.

¹⁹⁾ Vgl. dazu Frank Reuter, Geschichtsbewußtsein in der DDR. Programm und Aktion, Köln 1973.

stisch eingefärbte Systemverständnis und die daraus abzuleitenden gesellschaftsprognostischen und ideologischen Aufgaben forderten die DDR-Geschichtswissenschaft jetzt erstmals auf, nicht nur den Gegenstand ihrer Wissenschaftspraxis weiter aufzufächern, sondern auch deren Kategorien und Begriffe differenzierter in einen theoretisch-methodologischen Kontext zu stellen.

Der politisch-ideologische Hintergrund für die unter dem Stichwort „revolutionärer Weltprozeß“ stehende Umorientierung in der Geschichtswissenschaft war von der Vorstellung von den „drei revolutionären Hauptströmungen“ gekennzeichnet: Dazu wurden das „sozialistische Weltssystem“, die „internationale und sozialistische Arbeiterbewegung“ und „nationale anticolonialistische Befreiungsbewegungen der Völker“ der Dritten Welt gezählt. Unverkennbar kam darin der Versuch der Sowjetunion zum Ausdruck, ihren Hegemonialanspruch in der kommunistischen Bewegung ideologisch und praktisch-politisch abzusichern, weil die UdSSR als Zentrum der „drei revolutionären Hauptströmungen“ galt. Daher wurde den Gesellschafts- und Geschichtswissenschaften der DDR die Erforschung der Rolle der Sowjetunion und des sozialistischen Weltsystems als eine sehr wichtige Aufgabe zugewiesen. Der neue internationalistische Tenor beeinflusste in starkem Maß auch die Sicht auf die Entstehungsgeschichte der DDR sowie revolutionstheoretische Konzeptionen²⁰⁾. Deutlich

als zuvor wurde die Auffassung vertreten, daß die DDR einen einheitlichen revolutionären Prozeß durchlaufen habe, der eine antifaschistisch-demokratische und eine sozialistische Phase umfaßte: „Seinem Hauptinhalt nach war der einheitliche revolutionäre Prozeß des Übergangs vom Kapitalismus zum Sozialismus mit den revolutionären Prozessen in den volksdemokratischen Ländern wesensgleich.“²¹⁾ Die Verflechtung der DDR-Geschichte mit der Herausbildung des sozialistischen Weltsystems wurde verstärkt betont, wobei insbesondere auf die „Wesensgleichheit“ der Entwicklungen in der SBZ/DDR und in den Volksdemokratien verwiesen wurde. Was als der „Primat des Welthistorischen“ definiert wurde, intensiviert vor allem die komparative Revolutionsforschung. So wurde 1974 das Leipziger „Interdisziplinäre Zentrum für Vergleichende Revolutionsforschung“ gegründet. Die Erweiterung und Vertiefung des Geschichtsbilds wirkte in zwei Richtungen: synchronisch durch den Vergleich revolutionärer Prozesse in geographisch unterschiedlichen Räumen; diachronisch durch die Erforschung des eigenen nationalen Revolutionszyklus zu verschiedenen historischen Zeitpunkten. Dies kam vor allem einem besseren Verständnis und einer modifizierteren Typologie der bürgerlichen Revolutionen sowie einer nuancierteren Darstellung des nicht-sozialistischen Erbes — allerdings immer noch auf der Grundlage des historischen Materialismus — zugute.

IV.

Bereits seit zwei Jahrzehnten wird in der DDR eine intensive Diskussion zum Thema „Erbe und Tradition“ geführt, die als Fortsetzung und Modifizierung der „Zwei-Linien-Konzeption“ in der deutschen Geschichte verstanden werden kann²²⁾. Die ebenso spitzfindige wie feinsinnige Unterscheidung

zwischen „Erbe“ und „Tradition“ ermöglicht eine differenzierte Aneignung und Interpretation historischer Prozesse und Persönlichkeiten, also eine umfassendere Bearbeitung des historischen Stoffes. Zum historischen Erbe zählt in dieser Begriffsbildung alles in der Geschichte Existierende, die ganze Geschichte in ihrer Widersprüchlichkeit und in ihrem internationalen Zusammenhang, während zur Tradition nur diejenigen historischen Entwicklungslinien, Erscheinungen und Fakten gerechnet werden, auf die sich eine Gesellschaft ausdrücklich im Sinne ihrer „Vorgeschichte“ berufen könnte. Zum Traditionsbegriff äußerte sich 1987 Gustav Seeber: „Wenn wir von Tradition sprechen, betrachten wir das geschichtliche Erbe selektiv, pflegen die Traditionen der revolutionären Arbeiterbewegung, die progressiven und demokratischen wie humanistischen Leistungen anderer Klassen, Schichten und Persönlichkeiten. In diesem Sinne sind Traditionen konstitutive Elemente der Entwicklung von geschichtlichen Zielen, von Wertvorstellungen und auch politisch-moralischen Normen, ermöglichen kritische Identifikation und sind für

²⁰⁾ Vgl. u. a. Helmut Rumpfer, *Revolutionsgeschichtsforschung in der DDR*, in: *Geschichte in Wissenschaft und Unterricht*, 1980, S. 178—187; Christina von Buxhoeveden, *Geschichtswissenschaft und Politik in der DDR. Das Problem der Periodisierung*, Köln 1980.

²¹⁾ Rolf Badstübner u. a., *Geschichte der DDR*, Berlin (DDR) 1981, S. 96.

²²⁾ Vgl. Rolf Badstübner, *Zu „Erbe und Tradition“ in der Geschichte der DDR*, in: *Zeitschrift für Geschichtswissenschaft*, 1983, S. 427—431; ders., *Das Geschichtsbild vom Werden und Wachsen in der DDR*, ebd., 1981, S. 314—325; Horst Bartel, *Erbe und Tradition in Geschichtsbild und Geschichtsforschung der DDR*, ebd., 1981, S. 387—394; ders./Walter Schmidt, *Historisches Erbe und Traditionen. Bilanz, Probleme, Konsequenzen*, ebd., 1982, S. 816—829; Manfred Bensing, *Erbe und Tradition in der Geschichte der Deutschen Demokratischen Republik*, ebd., 1984, S. 883—893; Siegfried Prokop, *Geschichte der DDR als Nationalgeschichte*, ebd., 1983, S. 55—60.

Weltbild wie Verhalten in den politischen Auseinandersetzungen bedeutsam.“²³⁾

Die Interpretation des Erbebegriffs ist in den letzten Jahren erweitert worden. Insbesondere setzt man sich intensiver mit dem Erbe der gesamtdeutschen Herkunft auseinander. Walter Schmidt — seit 1984 Direktor des Zentralinstituts für Geschichte an der Akademie der Wissenschaften der DDR — erklärte dazu: „Sich als Erbe deutscher Geschichte zu bewähren heißt in der Sicht der sozialistischen Gesellschaft, holzschnittartig formuliert, vor allem dreierlei: radikaler Bruch und entschiedene geistige Auseinandersetzung mit allem Reaktionen aus dem Erbe, das nicht ausgeschlagen werden kann, sondern anzutreten und zu bewältigen ist; Fortführung und Erfüllung aller progressiven Bestrebungen, gleich welcher sozialen Herkunft, und damit verbunden Bewahrung sowie Pflege aller wertvollen Traditionen ohne Enge, schließlich kritische Aufschließung und differenzierte historische Bewertung aller Bereiche des Erbes, um ein tiefes, ausgewogenes Verständnis für das Ganzheitliche der Geschichtsprozesse zu gewinnen, aus denen die sozialistische Gesellschaft kommt und die sie schon selbst durchschritten hat.“

Weiter heißt es: „Es schließt auch das Wissen und die Erkenntnis ein, daß Vorgeschichte, Entstehen und Wachsen des sozialistischen deutschen Staates unauflöslich eingefügt sind in revolutionäre Umwälzungsprozesse von internationaler Dimension, die mit dem Oktober 1917 begannen und mit dem Sieg über den Faschismus eine wesentliche Ausweitung erfuhren.“²⁴⁾

Immer deutlicher zeichnet sich in der DDR-Geschichtswissenschaft die Tendenz ab, sich nicht nur „der nationalen Geschichte als Ganzes zu stellen“, sondern ebenso dem Anspruch auf historische Traditionen eine breitere Basis zu geben. Von einer dogmatischen Verengung der historischen Sicht auf die unmittelbare Vorgeschichte des „real existierenden Sozialismus“ kann nicht mehr die Rede sein. Zu diesem neuen Traditionsbegriff gehören: 1) die „Genealogie des Sozialismus auf deutschem Boden“; 2) nicht- oder präsozialistische Traditionen, die als „fortschrittlich“ bewertet werden; 3) Klassen und Schichten sowie historische Persönlichkeiten, die nicht unterdrückt und ausgebeutet waren, aber durch ihr Wirken im historischen Prozeß progressive Entwicklungen gefördert haben.

V.

Auswirkungen der Neuorientierung im Geschichts- und Traditionsverständnis der DDR für das konkrete Geschichtsbild können durch folgende Beispiele aus der deutschen Geschichte belegt werden. In der neuen Geschichtsbetrachtung wird den wichtigsten Repräsentanten der mittelalterlichen Monarchie, wie Karl „der Große“, Heinrich I., Otto I., Heinrich IV., Friedrich I. Barbarossa, Ludwig der Bayer und Karl IV. ein verstärktes Interesse entgegengebracht. Die Politik der Fürsten gegenüber dem Papst und den regionalen Herrschern bildet also das Auswahl- und Bewertungskriterium. Die Sympathie gilt vor allem denjenigen, die die Zentralgewalt im deutschen Reich zu stärken verstanden haben²⁵⁾. Was die „frühbürgerliche Revolution“ (unter diesem Begriff werden Reformation und Bauernkrieg zusammengefaßt), betrifft, nahmen Partei und Wissenschaft das Luther-Jahr 1983 zum Anlaß, das Bild des Reformators einer gründlichen Revision zu unterziehen. Eine positivere Einschätzung Luthers besteht jetzt vor allem darin,

ihm eine Rolle als Initiator einer breiten, alle oppositionellen Klassen und Schichten einbeziehenden, revolutionären Bewegung zuzumessen. Die lange Zeit favorisierte Antithese zwischen Luther mit seiner bürgerlich-gemäßigten und auf das Landesfürstentum orientierten Klassenposition einerseits, und dem sozialrevolutionären Agitator Thomas Müntzer andererseits wird jetzt abgeschwächt²⁶⁾.

Unverkennbar ist in der DDR die Tendenz vorhanden, auch die brandenburgisch-preußische Geschichte neu zu bewerten. Verwiesen wird vor allem auf den wirtschaftlichen Aufschwung im letzten Drittel des 18. Jahrhunderts, woran die Leistungen nicht nur von Bauern und Manufakturarbeitern, sondern auch von bürgerlichen Unternehmern und aristokratischen Grundbesitzern beteiligt waren. Die historische Bedeutung der herrschenden Klasse und ihrer Vertreter, so z. B. Friedrichs II., wird deshalb daran gemessen, welchen Anteil sie an der Durchsetzung des historisch-immanenten „gesellschaftlichen Fortschritts“ hatten. Sie sollen namentlich gesellschaftspolitische Maßnahmen durchgesetzt haben, die nicht nur ihren eigenen Interessen

²³⁾ Gustav Seeber, Vom historischen Erbe der DDR, in: Susanne Miller/Malte Ristau (Hrsg.), Erben deutscher Geschichte. DDR-BRD: Protokolle einer historischen Begegnung, Hamburg 1988, S. 50 f.

²⁴⁾ Walter Schmidt, Wir stellen uns der ganzen deutschen Geschichte, in: S. Miller/M. Ristau (Anm. 23), S. 34.

²⁵⁾ Vgl. Evamaria Engel, Zum Platz mittelalterlicher Könige im marxistisch-leninistischen Bild der deutschen Geschichte, in: Zeitschrift für Geschichtswissenschaft, 1981, S. 820–826.

²⁶⁾ Siehe vor allem Gerhard Brendler, Martin Luther. Theologie und Revolution, Berlin (DDR) 1983; dazu auch Georgi Verbeeck, De scheiding der Nederlanden in de DDR-historiografie, in: De Leigouw, 1986, S. 443–454, und die dort angeführte Literatur aus der DDR und über das DDR-Geschichtsbild.

dienten, sondern auch viel weitergehende Wirkungen hatten²⁷). Die Aufarbeitung und Popularisierung regionaler Traditionen entsprach der Notwendigkeit, jetzt stärker als zuvor, den territorialgeschichtlichen Aspekt in die „nationale Geschichtsbetrachtung“ zu integrieren. Neben der „Rehabilitierung“ der brandenburgisch-preußischen Geschichte ist auch die Renaissance sächsischer, thüringischer und mecklenburgischer Geschichte in vollem Gange.

„Urpreuße und Reichsgründer“ Otto von Bismarck wird, trotz seiner Gegnerschaft zur deutschen Sozialdemokratie, immer stärker in das DDR-Geschichtsbild integriert²⁸). Bismarck wird für seine bedeutende Rolle in der gesellschaftlichen Entwicklung der bürgerlichen Revolution und für die Begründung des bürgerlichen deutschen Nationalstaates gelobt. Damit scheint der DDR-Sozialismus jetzt auch die Bedeutung der von Bismarck forcier-

ten „Revolution von oben“ für die etatistische Traditionsbildung entdeckt zu haben. Obwohl mit der weiteren Aufbereitung der „Vorgeschichte der DDR“ manche Probleme ungelöst geblieben sind, kann festgestellt werden, daß es die maßlose Verteufelung gewisser historischer Persönlichkeiten als Vorläufer des Nationalsozialismus nicht mehr gibt. Auch in der Widerstandsforschung der DDR hat eine modifiziertere Bewertung der nicht-kommunistischen Opposition im Dritten Reich Eingang gefunden²⁹). Dies gilt nicht nur für den kirchlich engagierten Antifaschismus (Martin Niemöller, Dietrich Bonhoeffer), sondern auch für den konservativ-bürgerlichen und militärischen Widerstand (von Stauffenberg, Goerdeler, Canaris). Es handelt sich hierbei offensichtlich um den Versuch, die Friedenspropaganda sowie den Führungsanspruch der DDR in der „Koalition der Vernunft“ historisch zu untermauern³⁰).

VI.

Stärker als auf anderen Gebieten ist in der DDR die historische Forschung über die nationalsozialistische Herrschaftsperiode einem orthodox-marxistischen Forschungsansatz verpflichtet geblieben, obwohl sich seit einigen Jahren auch in diesem Forschungsfeld eine gewisse Versachlichungstendenz registrieren läßt³¹). Für die marxistisch-leninistische Geschichtswissenschaft bleibt die „Epoche des Faschismus“ nur im negativen Sinne ausbeutbar, weil sie nicht dazu geeignet ist, ein auf gesellschaftlicher Identifikation orientiertes Geschichtsbeußtsein zu liefern. Trotz mancher Bestrebungen zur Ausweitung des Forschungsprogramms — so

z. B. im Bereich der Holocaustforschung, der Frage des Masseneinflusses und Demagogie sowie der Widerstandsproblematik — bleiben erhebliche „weiße Flecken“. Eine intensive Auseinandersetzung mit der Rolle der Kommunisten im Auflösungsprozeß der Weimarer Republik ist bis jetzt ausgeblieben. Der Erörterung solcher Themen weicht man ebenso aus wie der kritischen historiographischen Behandlung des Hitler-Stalin-Pakts vom August 1939. So bleibt die Faschismusforschung in der DDR von Problemen einer „unbewältigten Vergangenheit“ überschattet und beeinflußt.

Die marxistische historiographische Tradition hat sich schon seit längerem intensiv mit der Deutung der deutschen Geschichte als Sonderweg³²) auseinandergesetzt. Nach Marx sei die Durchsetzung der kapitalistischen Produktionsweise in England in ihrer beispielhaft klassischen Form erfolgt. Er war der Meinung, der Übergang von der feudal-agrarisch-handwerklichen Subsistenzwirtschaft zur bürgerlich-kapitalistischen Marktwirtschaft in England habe die allgemeine historische Tendenz aufgezeigt, die in anderen Ländern im jeweiligen historischen Prozeß modifiziert werden könne. Die Epigonen von Marx haben aus der englischen Entwicklung eine Norm gemacht, die einen ursächlichen

²⁷) Vgl. insbesondere Ingrid Mittenzwei, Friedrich II. von Preußen. Eine Biographie, Berlin (DDR) 1979. Siehe auch dies./Erika Herzfeld, Brandenburg-Preußen 1648–1789. Das Zeitalter des Absolutismus in Text und Bild, Berlin (DDR) 1987.

²⁸) Siehe vor allem Ernst Engelberg, Bismarck. Urpreuße und Reichsgründer, Berlin (DDR) 1985.

²⁹) Vgl. u. a. Werner Bramke, Der antifaschistische Widerstand in der Geschichtsschreibung der DDR in den achtziger Jahren. Forschungsstand und Probleme, in: Aus Politik und Zeitgeschichte, B 28/88, S. 23–33.

³⁰) Vgl. u. a. Wilhelm Bruns, Was ist neu am „neuen Denken“ in der DDR. Die Friedens- und Sicherheitspolitik steht im Zentrum, in: Aus Politik und Zeitgeschichte, B 13/87, S. 15–26.

³¹) Zu Stand und Entwicklung der Faschismusforschung in der DDR bis 1980 vgl. Kurt Gossweiler (Hrsg.), Faschismusforschung. Positionen, Probleme, Polemik, Berlin (DDR) 1980. Siehe auch Bernd Kröpelin, Entwicklung und Struktur einer Theorie über den deutschen Faschismus in der Geschichtswissenschaft der DDR, Marburg 1982. Neuere Arbeiten: Kurt Pätzold/Manfred Weissbecker, Geschichte der NSDAP, Köln 1981; Joachim Petzold, Wegbereiter des deutschen Faschismus. Die Jungkonservativen in der Weimarer Republik, Köln 1983; Kurt Gossweiler, Aufsätze zum Faschismus, Berlin (DDR) 1986.

³²) Dieses Thema hat auch die bundesdeutschen Historiker intensiv beschäftigt. Vgl. dazu vor allem Helga Grebing, Der „deutsche Sonderweg“ in Europa 1806–1945. Eine Kritik, Stuttgart–Berlin–Köln–Mainz 1986; Bernd Faulenbach, Eine Variante europäischer Normalität? Zur neuesten Diskussion über den „deutschen Weg“ im 19. und 20. Jahrhundert, in: Tel Aviver Jahrbuch für deutsche Geschichte, 1987, S. 285–309; Jürgen Kocka, German History before Hitler: The Debate about the German Sonderweg, in: Journal of Contemporary History, 1988, S. 3–16.

Zusammenhang zwischen Durchsetzung der kapitalistischen Produktionsweise, bürgerlicher Revolution und staatlicher Nationsbildung aufzeige. In Georg Lukacs klassischem Werk „Die Zerstörung der Vernunft. Der Weg des Irrationalismus von Schelling zu Hitler“, an dem sich viele marxistische Historiker orientiert haben, wird die deutsche Geschichte als eine „gesellschaftlich-historisch anomale Evolution“ bestimmt³³). Auch Ernst Bloch ging vom „Verfehlen des geschichtlichen Zieles in Deutschland“ aus, da bis 1918 keine bürgerliche Revolution gelungen war³⁴). Für die DDR-Historiographie in ihrer frühen Entwicklungsphase ging es um den Nachweis, daß durch die Gründung und den Aufbau des Sozialismus auf deutschem Boden die jahrhundertlange Fehlentwicklung der deutschen Geschichte durchbrochen worden sei. Mit der Ablehnung der „deutschen Misere“-Theorie zeichnete sich später die Tendenz ab, die Aufstiegsbedingungen des Nationalsozialismus nicht nur als Derivat einer negativ gesehenen besonderen deutschen Entwicklung zu werten, sondern als Produkt einer allgemeinen, keineswegs auf Deutschland beschränkten Entwicklung des kapitalistischen Gesellschaftssystems.

Die konkrete Geschichtsforschung in der DDR entspricht jedoch noch keineswegs den Anforderungen einer komparativen Faschismusforschung. Auch namhafte DDR-Historiker wie Kurt Gossweiler müssen eingestehen, daß die Erforschung nicht-deutscher faschistischer Herrschaftsformen eher lückenhaft geblieben ist³⁵). Ein orthodox-marxistischer Forschungsansatz, der den Faschismus auf die Widersprüche des Kapitalismus zurückführen will und den vorindustriellen Bedingungen wenig Bedeutung zumißt, kann nicht zureichend erklären, warum sich in der allgemeinen Krise der Zwischenkriegszeit der Faschismus in Deutschland, nicht aber in den anderen hochentwickelten Industrieländern durchgesetzt hat.

Wendet man sich der Bedeutung der Beurteilung der NS-Zeit für das (gesamt-)deutsche historische Bewußtsein zu, so ist sicherlich dem Urteil Bernd Faulenbachs über die – zumindest partiell – vergleichbare Ausgangslage in beiden Staaten zuzustimmen³⁶). In der Bundesrepublik wandelte sich schon in den frühen Nachkriegsjahren der antinationalsozialistische in einen antitotalitären Konsens, mit der Konsequenz, daß die Auseinanderset-

zung mit dem Nationalsozialismus und mit dem Kommunismus zusammenfiel. Spiegelbildlich dazu zielte die NS-Interpretation der DDR auf die Bundesrepublik, da der Faschismus als Produkt von Imperialismus und Kapitalismus gesehen wurde, die beide in der Bundesrepublik nicht überwunden waren. Vernachlässigte die totalitarismustheoretisch fundierte Interpretation des Nationalsozialismus u. a. die Rolle der alten Eliten und der konservativen Kräfte im Prozeß der Machtergreifung wie im Dritten Reich, so sah die Agententheorie von der Rolle der Massenpartei und der breiten sozialen Basis des Regimes ab, so daß beide Interpretationsmuster eine teilweise Verdrängung bzw. Relativierung der NS-Zeit begünstigten.

Trotzdem lassen sich im Bereich der gängigen marxistisch-leninistischen Faschismustheorie – wie auch der verwandten Konservatismusforschung – einige Modifikationen registrieren. Dazu sind vor allem die weitergehenden Versuche einer differenzierteren Typisierung des Faschismus (etwa bei Kurt Gossweiler) zu zählen. Dieser Ansatz hat vor allem zur vertieften Einsicht in die Eigenständigkeit und die spezifischen Entwicklungsbedingungen der deutschen Variante des Faschismus beigetragen. Auf ähnliche Weise hat sich auch – schon seit Ende der siebziger Jahre – im Bereich der Konservatismusanalyse eine weitergehende Differenzierung durchsetzen können³⁷). Dies geschah vor allem in Anlehnung an die in der komparativen Revolutionsforschung entwickelten „stadial-regionale“ Typisierung³⁸). Dadurch wurde eine ausgewogenere Bewertung der „konservativen“ und „regressiven“ Linie im historischen Prozeß ermöglicht. Obwohl der Konservatismus als integrierter Bestandteil der Genese der bürgerlichen Gesellschaft aufgefaßt wird, sind in der avancierten marxistischen Geschichtsforschung Konservatismus und Konterrevolution nicht mehr deckungsgleich. So gelang es auch marxistischen Wissenschaftlern, die Kapitalismus-Kritik von Rechts ernst zu nehmen und weiter zu untersuchen. Bis heute wird dabei aber auf weiterführende Schlußfolgerungen verzichtet, um z. B. eine modifizierte Konservatismusanalyse auch für eine kritische Auseinandersetzung mit Herrschaftskonzeption und -praxis im „real existierenden Sozialismus“ nutzbar zu machen.

³³) Georg Lukacs, Die Zerstörung der Vernunft. Der Weg des Irrationalismus von Schelling zu Hitler, Berlin 1955.

³⁴) Ernst Bloch, Erbschaft dieser Zeit, Zürich 1935.

³⁵) Vgl. etwa Hans-Ulrich Thamer, Nationalsozialismus und Faschismus in der DDR-Historiographie, in: Aus Politik und Zeitgeschichte, B 37/87, S. 27–37.

³⁶) Bernd Faulenbach, Kernfragen des deutschen geschichtlichen Bewußtseins, in: S. Miller/M. Ristau (Anm. 23), S. 41–48

³⁷) Vgl. u. a. Dieter Fricke, Zur Erforschung konservativer Politik und Ideologie in der Geschichte bürgerlicher Parteien, in: Zeitschrift für Geschichtswissenschaft, 1979, S. 1139–1155; Ludwig Elm, „Wert“- und „Struktur“-Konservatismus, in: Konservatismus-Forschung. Wissenschaftliche Beiträge der Friedrich-Schiller-Universität Jena, 1985, H. 5, S. 7–16; Gisela Thiele, Die bürgerliche Sozialismuskritik im konservativen Konzept der Krisenbewältigung, ebd., 1988, H. 9, S. 100–104.

³⁸) Vgl. vor allem Siegfried Schmidt, Junkertum und Genesis des deutschen Konservatismus im 19. Jahrhundert, in: Zeitschrift für Geschichtswissenschaft, 1979, S. 1058–1072.

Nichtmarxistische Historiker haben sich bisher allzu häufig mit dem angeblichen historiographischen Alleinvertretungsanspruch der DDR beschäftigt und sich über spektakuläre Schwankungen in der Entwicklung der DDR-Geschichtswissenschaft verwundert gezeigt. Wem gehört denn eigentlich die deutsche Geschichte? Und wäre eine posthume Rehabilitierung Luthers, Friedrichs des Großen oder Bismarcks zu erwarten? — So lauten manche allerdings nicht ohne Skepsis formulierte Fragestellungen in Wissenschaft und Publizistik³⁹⁾. Indessen darf die gesellschaftspolitische Fundierung der Erbe- und Traditionsdebatte nicht vernachlässigt werden. Diese war vor allem mit der Deutschlandpolitik der SED verbunden, wie auch mit der Bereitschaft der DDR, ihre „Nationswürdigkeit“ zu begründen⁴⁰⁾. Die bundesrepublikanische Formel „Zwei Staaten — eine Nation“ wurde seit 1971 eindeutig zurückgewiesen. Nach den Worten Erich Honeckers sollte die nationale Frage von ihrem „Klasseninhalt“ angegangen werden. In dieser Sicht galt die nationale Frage als endgültig entschieden. Aus den gegensätzlichen gesellschaftlichen Verhältnissen in beiden deutschen Staaten zog Honecker den Schluß: „Im Gegensatz zur BRD, wo die bürgerliche Nation fortbesteht und wo die nationale Frage durch den unversöhnlichen Klassenwiderspruch zwischen der Bourgeoisie und den werktätigen Massen bestimmt wird, der — davon sind wir überzeugt — im Verlauf des welthistorischen Prozesses des Übergangs vom Kapitalismus zum Sozialismus seine Lösung finden wird, entwickelt sich bei uns in der Deutschen Demokratischen Republik, im sozialistischen deutschen Staat, die sozialistische Nation.“⁴¹⁾ Die „Nationalgeschichte der DDR“ stand unter dem erweiterten Anspruch auf das historische Erbe auch im Zusammenhang mit der propagierten Abgrenzungsstrategie.

Entscheidend für den Charakter einer Nation sind demnach die sozioökonomischen Grundlagen einer Gesellschaftsformation. In der „sozialistischen Nation“ verbinden sich die ethnisch-kulturellen Bestandteile mit den politischen und wirtschaftlichen Merkmalen einer sozialistischen Gesellschaft. Aufgrund dieses dialektisch verstandenen Verschmelzungsprozesses entwickelte sich in der DDR die „sozialistische deutsche Nation“ und formte sich dementsprechend allmählich ein „sozialistisches Nationalbewußtsein“ aus⁴²⁾. In der Sicht der DDR-Gesellschaftswissenschaften würden die aus ihren kapitalistisch geprägten Bindungen losgelösten soziopsychologischen und ethnisch-kulturellen Determinanten in einem dialektischen Prozeß mit denjenigen der sozialistischen Nation verschmelzen. Diese „Osmose“ bedinge auch die schrittweise Veränderung dieser Faktoren, die auf der Grundlage des Sozialismus eine weitere Ausprägung erführen. Dieses Nationskonzept sollte breiten Bevölkerungsschichten glaubhaft vermittelt werden, um die ihm zugeordneten Funktionen erfüllen zu können. Insbesondere seit dem IX. Parteitag (1976) wurde der Geschichtswissenschaft diesbezüglich eine besondere Vermittlungsaufgabe bei der gesellschaftlichen Identitätsstiftung zugewiesen.

Bestimmte Affinitäten zwischen dieser Staatsraison der DDR und nationalkonservativen Denkmodellen können in diesem Zusammenhang nicht verkannt werden⁴³⁾. Beide postulieren einen gesellschaftspolitischen Integrationismus, indem sie soziale Gegensätze verschleiern und eine organische Gesellschaftskonzeption vertreten, bei der der gesellschaftspolitische Konsens positiv und der Konflikt negativ bewertet werden. Die DDR-Staatsideologie ging bisher davon aus, daß der Klassenkampf im Sozialismus an sein Ende gekommen sei und daß die Beziehungen zwischen den verschiedenen Klassen und Schichten ihren antagonistischen Charakter verloren hätten. Dieses Harmoniemodell, das unter dem Vorzeichen der nationalen sozialistischen Menschengemeinschaft in der Ära Honecker noch stärker betont wurde, erklärte den Anspruch auf die ganze deutsche Geschichte im Sinne des in der DDR entwickelten Konzepts der „Aneignung des historischen Erbes“ und einer Verankerung der DDR in historischen Traditionen.

³⁹⁾ Vgl. u. a. Hartmut Lehmann, Die 15 Thesen der SED über Martin Luther, in: Geschichte in Wissenschaft und Unterricht, 1983, S. 722—738; Michael Stürmer, Ein Preußen für die DDR — umstrittenes Erbe, ebd., 1982, S. 582—598; Rudolph Augstein, Nicht umsonst regiert man die Welt. Über das Bismarck-Bild des DDR-Historikers Ernst Engelberg, in: Der Spiegel, Nr. 36/1985, S. 176—186.

⁴⁰⁾ Vgl. u. a. Hans Mommsen, History and National Identity: The Case of Germany, in: German Studies Review, 1983, S. 559—582; Ulrich Neuhäusser-Wespy, Von der Urgesellschaft bis zur SED. Anmerkungen zur „Nationalgeschichte der DDR“, in: Deutschland Archiv, 16 (1983) 2, S. 145—152; ders., Geschichtsbewußtsein als Integrationsfaktor. Über das neue Verhältnis der SED zur deutschen Geschichte, in: Deutsche Studien, 1987, S. 169—178; Jens Hacker/Horst Rögner-Francke (Hrsg.), Die DDR und die Tradition, Heidelberg 1981; Gottfried Zieger, Die Haltung von SED und DDR zur Einheit Deutschlands 1949—1987, Köln 1988.

⁴¹⁾ Bericht des Zentralkomitees an den VIII. Parteitag der Sozialistischen Einheitspartei Deutschlands, Berlin (DDR) 1971, S. 771.

⁴²⁾ Dazu ausführlich Alfred Kosing, Nation in Geschichte und Gegenwart. Studie zur historisch-materialistischen Theorie der Nation, Berlin (DDR) 1976; ders. (Hrsg.), Dialektik des Sozialismus, Berlin (DDR) 1981. Siehe auch Bernd Riebau, Geschichtswissenschaft und Nationale Frage in der Ära Honecker, in: Deutschland Archiv, 22 (1989) 5, S. 533—542.

⁴³⁾ Vgl. dazu Georgi Verbeeck, Geschiedschrjving in de DDR. Tussen ideologie en nationaal bewustzijn, in: Streven. Cultureel Maatschappelijk Maandblad, 1986, S. 247—258.

Auch die Integration nichtproletarischer Traditionen und die chronologische, territoriale und sozialstrukturelle Ausdehnung des Traditionsbegriffs wird auf diesem Hintergrund verständlicher. Die Bemühungen, das sozialistische Geschichtsbewußtsein auf eine breitere Basis zu stellen, oder — bildlich gesprochen — ein größeres Feld zu haben, auf dem man zusätzliche Quellen für das gesellschaftliche Bewußtsein erschließen kann, haben die Beschäftigung mit der deutschen Geschichte in der DDR besonders in den achtziger Jahren nachhaltig beeinflußt. Sie wurden Bestandteile einer Strategie, die Heterogenität innerhalb des gesellschaftlichen Gesamtkomplexes in einem spezifischen Staats- und Nationalbewußtsein „aufzuheben“.

In der westlichen Forschung wurde der marxistischen DDR-Wissenschaftspraxis lange Zeit eine stark ausgeprägte Instrumentalisierung und Politisierung unterstellt. Als Folge dieser Pauschalbeurteilung wurde eine gewisse interne Dynamik vernachlässigt, während die wissenschaftsexternen Zwänge in ihrem Gewicht für die Wissenschaftsentwicklung überbetont wurden. Dazu hat Georg G. Iggers noch kürzlich festgestellt: „Im letzten Jahrzehnt hat man im historischen Denken und in Publikationen wichtige Veränderungen genauso feststellen können wie auch im Rest der Welt. Historische Studien sind in der DDR weiterhin wesentlich marxistischer als z. B. in Polen oder Ungarn, wo sich die Geschichtsschreibung viel mehr von der marxistischen Terminologie und Konzeption gelöst hat. Doch der doktrinäre Graben, der zwischen den Historikern in der DDR und im Westen existierte, hat sich verkleinert. Dialog und Kooperation sind heute nicht nur möglich, sondern finden tatsächlich statt. Aber die neue Sozialgeschichte im Westen sollte auch nicht als bindende Norm angesehen werden, obwohl viele DDR-Historiker nun die Notwendigkeit eingestehen, sich die Methoden und Konzepte der westlichen Sozialgeschichte von demographischen und empirischen Analysen bis zu Studien über das Alltagsleben anzueignen.“⁴⁴⁾

Seit Mitte der siebziger Jahre bis zur Gorbatschow-Ära sind zwar keine grundsätzlichen Veränderungen in den Debatten festzustellen, doch gibt es wichtige Akzentverschiebungen. In der DDR-Geschichtswissenschaft läßt sich im letzten Jahrzehnt eine Ausweitung des historischen Forschungsfeldes sowie eine Ergänzung und Verfeinerung des theoretischen und methodologischen Zugriffs registrieren, die zu bemerkenswerten historiographischen Leistungen geführt hat. Die zunächst sehr pauschal angewendete „Zwei-Linien-Konzeption“ wurde verfeinert, ein differenziertes Verständnis der Be-

griffe „Erbe“ und „Tradition“ hat ein selektives, einseitiges und in vielen Zügen willkürliches Geschichtsbild zu einer substantielleren integralen marxistisch-leninistischen Geschichtskonzeption transformiert⁴⁵⁾.

In einer grundsätzlichen Einschätzung der Entwicklung der DDR-Historiographie unterscheidet Walter Schmidt drei Etappen: Die erste reicht von Kriegsende bis zur Mitte der fünfziger Jahre; die zweite erstreckt sich bis zum Anfang der siebziger Jahre; die dritte bezeichnet den Zeitraum nach dem Rücktritt Walter Ulbrichts: „Geschichtswissenschaft wie historisch interessierte Öffentlichkeit wandten ihre Aufmerksamkeit mehr auch jenen in der Vergangenheit vernachlässigten oder gar ausgesparten Bereichen des historischen Geschehens zu, in denen im organischen Geflecht von Fortschritt und Reaktion das Reaktionäre dominierte. Es werden die ‚Grauzonen‘ im historischen Erbe verstärkt angegangen und darauf befragt, was in ihnen — bei allem, was abgelehnt werden muß — an Bewahrens- und für die sozialistische Gesellschaft Traditionswertem enthalten ist. Kennzeichnend für diese Etappe ist also eine beträchtliche Ausweitung und Differenzierung des Geschichts- und Traditionsbildes. Hierbei wird Wesentliches aus dem Geschichtsverständnis der vorangegangenen Etappe — ganz im Hegelschen Sinne — kritisch aufgehoben, auf höherer Stufe fortgeführt. Diente die erste Etappe der rücksichtslos-schroffen und darum bisweilen auch über das Ziel hinausschießenden Abrechnung mit dem Reaktionären, war es in der zweiten Etappe das Hauptanliegen, das revolutionäre und progressive Erbe voll anzueignen und dadurch Sicherheit und Klarheit über die Herkunft zu gewinnen, so strebt das sozialistische Geschichtsdanken unserer Zeit danach, die Weite und Vielfalt, die Kompliziertheit und Widersprüchlichkeit, das Progressive und das Regressive, Nationales und Internationales im deutschen historischen Erbe nicht ‚sine ira et studio‘, aber doch mit einem tieferen Verständnis für das Ganzheitliche der historischen Prozesse, aus denen die sozialistische Gesellschaft der DDR kommt, voll aufzuschließen und anzueignen. Die Arbeiterklasse und die von ihr geleitete sozialistische Gesellschaft gewinnen so ein immer umfassenderes, weiter gespanntes und breiter angelegtes Verhältnis zum historischen Erbe.“ Deshalb gelte für die heutige Lage, daß „die in den Anfängen der Übergangsperiode kaum vermeidbare Enge mit der erfolgreichen sozialistischen Umgestaltung der Existenzgrundlagen der Gesellschaft mehr und mehr aufgebrochen wird, bis die sich auf eigenen Grundlagen entwickelnde sozialistische Gesellschaft sich aller Seiten, Ebenen und Bereiche

⁴⁴⁾ Georg G. Iggers, *New directions in historical studies in the German Democratic Republic*, in: *History and Theory. Studies in the Philosophy of History*, 1989, S. 76f.

⁴⁵⁾ Vgl. dazu vor allem Helmut Meier/Walter Schmidt (Hrsg.), *Erbe und Tradition in der DDR. Die Diskussion der Historiker*, Berlin (DDR) 1988.

ihres ebenso reichen wie widerspruchsvollen historischen Erbes annimmt.“⁴⁶⁾

Zum Begriff „deutsche Geschichte“ und in kontroverser Auseinandersetzung mit bundesdeutschen und westlichen Historikern wie Karl Dietrich Erdmann, Jürgen Kocka, James J. Sheehan, Günther Heydemann u. a. äußerte sich Schmidt 1989 in einer stärker auf die Gemeinsamkeit orientierten Weise: „Selbstverständlich gab es bis zum Ende des zweiten Weltkrieges eine für die heutige DDR wie für die Bundesrepublik gemeinsame deutsche Geschichte. Dies zu leugnen, wäre absurd, und es machte auch wenig Sinn, diesen einheitlichen Geschichtsprozeß auseinanderzureißen und sich nur auf diese oder jene Seite berufen zu wollen. Dem historischen Erbe muß man sich als einem Ganzen stellen. Aber objektiver Geschichtsprozeß, Geschichtsbild und Geschichtsbewußtsein sind keineswegs identisch. Der reale Geschichtsprozeß vermag zumeist nur für jene Generationen Elemente eines Zusammengehörigkeitsbewußtseins hervorzubringen, die ihn gemeinsam vollzogen und erlebten. Für die gesamte nicht erlebte Geschichte kann Gemeinsamkeit nur durch das Geschichtsbild vermittelt werden. Gibt es aber ein solches gemeinsames Geschichtsbild? Erklärung, Einordnung und Wertung historischer Ereignisse, Bewegungen und Persönlichkeiten erfolgen entsprechend den jeweiligen sozialen Realitäten, den unterschiedlichen staatlichen und gesellschaftlichen Gegebenheiten in der DDR

und innerhalb der BRD entsprechend auch von verschiedenen, ja, gegensätzlichen Positionen aus.“⁴⁷⁾ Immer deutlicher zeichnen sich sowohl Annäherungspunkte als Differenzen zwischen den marxistischen und nicht-marxistischen Wissenschaftspraxis ab. Einerseits nähert man sich dem programmatischen Ausgangspunkt des pluralistischen Geschichtsverständnisses an, wonach das ganze historische Feld Forschungsgegenstand sein sollte. Auch bestimmte historische Teildisziplinen und Forschungsmethoden (Hilfswissenschaften, Statistik, Demographie, Quellenpublikationen usw.) zeigen sich, so behaupten auch namhafte Repräsentanten der DDR-Historiographie, manchmal „systemindifferent“. Insoweit bleibt die Perspektive einer „Ökumene der Historiker“ (Karl-Dietrich Erdmann) ein im beschränkten Maß erreichbares Ziel. Andererseits bleiben DDR-Historiker einem perspektivistischen Geschichtsbild verpflichtet und gehen von der Vorstellung aus, eine andere Gesellschaftsordnung bestimme eine andere Sicht auf die bisherige Geschichte. Die theoretisch-methodologischen Ausgangspunkte, die politisch-ideologischen Implikationen und nicht die allgemeine Zielsetzung, die „Vergangenheit zu erschließen“, bilden die Trennlinie. Was früher meist als „geschichts-ideologische Auseinandersetzung“ betrachtet wurde, betrifft jetzt offensichtlich vor allem Differenzen in der Interpretation und nicht in der Darstellung historischer Realien.

VIII.

Versucht man Weg und Wandel der DDR-Geschichtswissenschaft zu resümieren, dann zeigt sich, daß die Diskussionen um ein angemessenes Geschichtsbewußtsein von einer immanenten Zweideutigkeit geprägt werden. Einerseits reflektieren Entwicklung und Inhalt des Geschichtsbildes in der DDR die typischen Merkmale einer posttotalitären Gesellschaft⁴⁸⁾. Für das autoritäre System der sozialistischen Industriegesellschaft wurde der instrumentelle Charakter der marxistisch-leninistischen Geschichtswissenschaft bestimmend: Geschichtsbild und Geschichtsbewußtsein erhielten die Funktion, einen Beitrag zur gesellschaftlichen Orientierung und Sozialisierung

der Bevölkerung zu leisten sowie die Legitimität der Herrschaftsordnung zu begründen. Dabei stieß die DDR-Historiographie auf erhebliche Schwierigkeiten theoretischer und methodologischer Art. Wie beispielsweise „progressive“ oder „regressive“ Momente im einheitlichen historischen Prozeß empirisch zu fundieren sind, blieb eine offene Frage.

Auch die oft vorhandene begriffliche Unschärfe zwischen den objektiven „res gestae“ und der subjektiven „historia rerum gestarum“ ist nicht zu übersehen. Unverkennbar bleibt auch im DDR-Sozialismus das Weiterwirken einer „deutschen“ historistischen Tradition, die – bedeutend stärker als etwa in Frankreich, Großbritannien, Italien, oder den USA – die Relevanz von „Geschichte“ für das politische und gesellschaftliche Verhalten betont und in den Mittelpunkt der Debatten um „Identität“ gerückt hat⁴⁹⁾.

⁴⁶⁾ Walter Schmidt, Zur Entwicklung des Erbe- und Traditionsverständnisses in der Geschichtsschreibung der DDR, in: Zeitschrift für Geschichtswissenschaft, 1985, S. 208.

⁴⁷⁾ Walter Schmidt, Zum Begriff „deutsche Geschichte“ in der Gegenwart, in: Zeitschrift für Geschichtswissenschaft, 1989, S. 15–16.

⁴⁸⁾ Vgl. dazu vor allem Bernhard Marquardt, Die DDR auf dem Weg vom totalitären zum autoritären Staat, in: Konrad Löw (Hrsg.), Totalitarismus, Berlin 1988, S. 108–141; Eckhard Jesse, Die „Totalitarismus-Doktrin“ aus DDR-Sicht, ebd., S. 63–90.

⁴⁹⁾ Vgl. u. a. Werner Weidenfeld (Hrsg.), Die Identität der Deutschen, Bonn 1983; ders. (Hrsg.), Geschichtsbewußtsein der Deutschen. Materialien zur Spurensuche einer Nation, Köln 1987.

Andererseits läßt sich die Eigengesetzlichkeit wissenschaftsinterner Entwicklungen nicht übersehen. In der DDR-Historiographie ist eine Ausdehnung und Differenzierung des historischen Forschungsfeldes sowie eine Versachlichung und zunehmende methodische Fundierung der Argumentation zu erkennen, die wachsende Chancen für einen Dialog mit der nichtmarxistischen pluralistischen Geschichtswissenschaft eröffnet. Die fachwissenschaftliche Kommunikation zwischen Historikern aus beiden deutschen Staaten hat sich in den letzten Jahren deutlich intensiviert – nicht nur im fachinternen, sondern auch im weltanschaulichen Sinn. Vor allem eine erweiterte „Erbe“-Einschätzung hat die Möglichkeit eröffnet, daß unter dem politisch-moralischen Vorzeichen einer „Verantwortungsgemeinschaft“ beider deutscher Staaten die Notwendigkeit einer „Vergangenheitsbewältigung“ im Hinblick auf die gemeinsame nationale Erbschaft ins Gespräch kommen konnte. Dazu hat Walter Schmidt 1987 bemerkt: „Sich der ganzen deutschen Geschichte stellen heißt endlich, das historische Erbe als Ganzes, mit seinen Guthaben und Schulden annehmen, sich mit ihm kritisch auseinandersetzen und am Fortschrittskriterium messen . . . DDR

und Bundesrepublik besitzen in der deutschen Geschichte bis zum Ende des Zweiten Weltkrieges eine gemeinsame historische Erbschaft, die sie vor der Welt zu verantworten haben. Es ist zu fragen, ob darin Verpflichtungen stecken, die auch dem Historiker nicht gleichgültig sein können.“⁵⁰⁾

Auch wenn diese Frage vorsichtig in die richtige Richtung verweist, erscheint sie durch die radikalen politischen Umbrüche, die sich seit Oktober/November 1989 in der DDR vollziehen, beinahe schon wieder unaktuell. Sie werden auch das historische Selbstverständnis der DDR tangieren. Die „Wende“ in Politik und Gesellschaft wird in den Wissenschaften zu einer „Erneuerung“ führen, deren Reichweite noch nicht absehbar ist. Dieser Prozeß einer kritischen Standortbestimmung macht eine nüchterne Bilanz von Leistungen und Defiziten der DDR-Historiographie erforderlich. Er könnte damit auch neue Perspektiven für eine kooperative Forschung eröffnen.

⁵⁰⁾ W. Schmidt (Anm. 23), S. 38. Der Autor zitiert Gerhard Branstner, Handbuch der Heiterkeit, Halle-Leipzig 1980, S. 208: „Leider gibt es keine Scheuerfrauen der Geschichte, auch keine historische Müllabfuhr. Der ganze Dreck muß verarbeitet werden.“

Die Sowjetische Militäradministration in Deutschland

Organisation und Wirkungsfelder in der SBZ 1945–1949

I. Einleitung

Im Anschluß an die westliche Forschung rang sich in den letzten Jahren auch die DDR-Geschichtswissenschaft in einem mühevollen und widersprüchlichen Prozeß zu der Erkenntnis durch, daß die Sowjetische Militäradministration in Deutschland (SMAD) in der Sowjetisch Besetzten Zone (SBZ) und im sowjetischen Sektor von Berlin zwischen 1945 und 1949 „alle grundsätzlichen Entscheidungen . . . über die Gestaltung des politischen, ökonomischen und geistig-kulturellen Lebens“ getroffen habe¹⁾. Weit über ihre völkerrechtlichen Befugnisse hinaus ist die SMAD als das zentrale Organ der politischen Neuordnung in der SBZ anzusehen, weil sie diesbezüglich drei entscheidende Funktionen ausübte:

– Rechtsetzung für die Neugestaltung des gesamten wirtschaftlichen, politischen und geistig-kulturellen Lebens,

– Kontrolle der Durchsetzung dieser Normativekte,

– Schutz zur Sicherung der gesellschaftlichen Entwicklung²⁾.

Rolf Badstübner hat erst kürzlich darauf hingewiesen, daß die Bedeutung der SMAD im Prozeß der „antifaschistisch-demokratischen Umgestaltung“ im Hinblick auf die Durchsetzung radikaler administrativer Reformen bisher weitgehend vernachlässigt

worden ist³⁾. Trotz dieses besonderen historischen Stellenwerts der sowjetischen Besatzungsverwaltung, deren Befehle erst 1954 durch die sowjetische Regierung außer Kraft gesetzt worden sind, ist über ihre Organisationsstruktur, ihre Arbeitsweise und insbesondere ihren Beitrag zur Ausprägung des politischen Systems in der SBZ/DDR bisher wenig bekannt. Dafür lassen sich verschiedene Ursachen angeben. Im sowjetischen Einflußbereich waren es zunächst Tabuisierungen und später auch offenkundige politisch-legitimistische Interessen der DDR-Führung, die eine Untersuchung der außerdeutschen Einflüsse auf die Entwicklung der SBZ/DDR in den Hintergrund rückten. Daneben zeigten sich erhebliche Quellenprobleme, weil die vom sowjetischen Verteidigungsministerium verwalteten Aktenbestände der SMAD nur einigen wenigen einheimischen Armeehistorikern zugänglich waren und der übrigen Forschung weitgehend entzogen blieben.

Durch die Auswertung neuer westlicher Archivmaterialien und aufgrund einer systematischen Sichtung und Aufarbeitung zahlreicher sowjetischer Quellensplitter konnten neue Einblicke insbesondere in die Organisationsstruktur und die Arbeitsweise der SMAD gewonnen werden. Wichtige Ergebnisse sollen in diesem Beitrag zusammengefaßt werden⁴⁾.

II. Ziele der sowjetischen Europa- und Deutschland-Politik

Anläßlich des Jubiläums der Oktoberrevolution 1943 skizzierte Stalin die sowjetischen Hauptziele für die Befreiung Europas:

– Wiederherstellung der Nationalstaaten,

– Selbstbestimmungsrecht für die befreiten Nationen,

– Bestrafung der Kriegsschuldigen in allen Ländern,

– Schaffung einer europäischen Ordnung, die eine deutsche Aggression völlig ausschließt,

– politische, ökonomische und kulturelle Kooperation der europäischen Nationen, um die Befreiung und Wiedergeburt Europas im Rahmen eines Systems der „allgemeinen Sicherheit“ zu vollenden⁵⁾.

Unter dem Leitmotiv internationaler Friedenssicherung „sowohl durch Rechts- als auch Machtmittel“ wurden als unmittelbare Ziele der sowjetischen Deutschlandpolitik insbesondere die Forderung nach der militärischen und ökonomischen „Ent-

¹⁾ Autorenkollektiv (Ltg. Karl-Heinz Schöneburg), Errichtung des Arbeiter- und Bauernstaates der DDR 1945–1949, Berlin (Ost) 1983, S. 35.

²⁾ Vgl. ebd.

³⁾ Geschichte pur und ungeschönt. Aus einem Referat von Prof. Dr. Rolf Badstübner, Zentralinstitut für Geschichte der Akademie der Wissenschaften der DDR, in: Nationalzeitung vom 2./3. Dezember 1989, S. 4.

⁴⁾ Der Beitrag basiert auf einem Artikel für: SBZ-Handbuch. Staatliche Verwaltungen, Parteien, gesellschaftliche Organisationen und ihre Führungskräfte in der Sowjetischen Besatzungszone Deutschlands 1945–1949, hrsg. von Martin Broszat/Hermann Weber, München 1990.

⁵⁾ Vgl. Put k wozroschdeniju Ewropy (Der Weg zur Wiedergeburt Europas), in: Wojna i rabotschij klass, Nr. 12 vom 15. November 1943, S. 1 ff.

waffnung“, der Zerschlagung des Faschismus in allen Lebensbereichen sowie die Pflicht Deutschlands zur Wiedergutmachung der enormen Kriegsschäden genannt⁶⁾.

Als politisch-ideologische Grundlage für die Neugestaltung Europas diente das Konzept der nationaldemokratischen Revolution und später das Modell der „Volksdemokratie“. Diese ideologische Programmatik war in den Grundzügen bereits auf dem VII. Weltkongreß der Kommunistischen Internationale (Komintern) 1935 entwickelt worden. Sie knüpfte im wesentlichen an den Begriff der „Volksfront“ an und erklärte den Prozeß der friedlichen Transformation der Gesellschaft in eine „Diktatur des Proletariats“.

Die „Demokratie neuen Typs“ wurde 1945 als ein Zustand beschrieben, „in dem die Reste des Feudalismus – der gutsherrliche Großgrundbesitz – beseitigt sind, in dem das System des Privateigentums an den Produktionsmitteln fortbesteht, jedoch die Großunternehmen auf dem Gebiet der Industrie, des Transport- und des Kreditwesens dem Staat gehören und der Machtapparat des Staates nicht mehr der monopolistischen Bourgeoisie, sondern den werktätigen Massen von Stadt und Land dient“⁷⁾.

Was sich unter dem Schlagwort der Beseitigung der „Reste des Feudalismus“ verbarg, galt zunächst der nationalen Homogenisierung der Länder Ostmitteleuropas, nachdem sich die durch die starken nationalen Minderheiten hervorgerufenen Konflikte in der Zwischenkriegszeit als ein zentraler Destabilisierungsfaktor in den Staaten dieser Region herausgestellt hatten. Ähnlich verhielt es sich mit der Absicht, die sozialen und politischen Konflikte in den vorwiegend halbagrarischen Ländern durch sozialökonomische und politisch-strukturelle Modernisierung zu entschärfen, deren Umfang und Zielrichtung sich erst allmählich von den ursprünglich streng legalistischen Vorstellungen entfernten und schließlich in das Konzept der „Volksdemokratie“ mündeten.

Um die Kooperation mit den Westmächten nicht zu gefährden, formulierte Stalin seine sozialrevolutio-

nären Ziele allerdings zunächst sehr zurückhaltend. Die kommunistischen Parteien traten 1945 für „Koalitionsregierungen“ im Rahmen der Nationalen Front und für eine weitgehende sozialökonomische Kontinuität ein. Die anfängliche sowjetische Zurückhaltung in der Deutschland-Frage ist daher auch im Zusammenhang mit dieser Politik gegenüber Ostmitteleuropa zu verstehen. Anders formuliert: Die kommunistische Strategie gegenüber Ostmitteleuropa behinderte zunächst die Mobilität der sowjetischen Politik gegenüber Deutschland. Da die Sowjetunion von einem allgemeinen Prozeß der „Volksdemokratisierung“ in den vom Faschismus befreiten Ländern ausging, waren andererseits grundsätzliche Interessendivergenzen zwischen den Alliierten, die einer Nachkriegskooperation im Wege standen, unvermeidlich. Zunehmend beeinflußt wurde davon auch die sowjetische Politik in ihrer eigenen Besatzungszone. Sergej Tjulpanow, der von 1945 bis 1949 als Leiter der Informationsverwaltung der SMAD die politischen Ziele der sowjetischen Besatzungsmacht artikuliert, hielt 1948 fest: „Der jetzige Zustand ist eine Übergangsperiode, er ist eine Etappe auf dem großen und schwierigen Wege für ein einheitliches Deutschland.“⁸⁾

Die überkommene ökonomische Basis und das auf Länderebene formell wieder eingeführte System der parlamentarischen Demokratie wurden in der SBZ im Zeitraum von 1945 bis 1949 radikal verändert und qualitativ in die volksdemokratische Ordnung transformiert, wobei grundlegende sozialökonomische Eingriffe bereits 1945/46 stattgefunden hatten⁹⁾. Retrospektiv definierte die SED die „erste Phase“ der Volksdemokratie als die „revolutionär-demokratische Diktatur der Arbeiter und Bauern“ unter Führung der Arbeiterklasse. Erst mit dem Hinübergreifen der demokratischen Umwälzung in die sozialistische Revolution sei der volksdemokratische Staat zu einer Form der Diktatur des Proletariats geworden, deren grundlegende Aufgabe der Aufbau des Sozialismus gewesen sei¹⁰⁾. Dieser Prozeß der Umgestaltung wurde maßgeblich durch Entscheidungen und Initiativen der SMAD bestimmt.

III. Grundzüge der sowjetischen Besatzungspolitik

1. Organisatorische Struktur der Besatzungsverwaltung

Im Mai 1945 befanden sich insgesamt zweieinhalb Millionen sowjetische Soldaten westlich der Oder und Neiße. Schon in den Stäben der kämpfenden

Heeresverbände führte die Armee sowohl Deutschland- als auch einschlägig erfahrene „Sowjetisierung“-Spezialisten aus allen Ressorts mit. Wladimir W. Semjonow, führender politischer Berater

⁶⁾ Vgl. Welikaja pobeda (Der große Sieg), in: *Wojna i rabotschij klass*, Nr. 10 vom 15. Mai 1945, S. 1 ff.

⁷⁾ Eugen Varga, *Demokratie neuer Art*, in: *Neue Welt*, 2 (1947) 11, S. 33. Vargas Thesen stammen aus dem Jahr 1945 und wurden 1946 in russischer Sprache veröffentlicht.

⁸⁾ E. Perling (= Tjulpanow), *Die Entstehung der Volksdemokratie*, in: *Neue Welt*, 3 (1948) 9, S. 40 ff.

⁹⁾ Vgl. den Beitrag von Wolfgang Zank, *Die Gesellschaftspolitik der KPD und SED 1945–1949*, in dieser Ausgabe, S. 52–62.

¹⁰⁾ Vgl. *Kleines politisches Wörterbuch*, Berlin (Ost) 1986, S. 1020.

des Obersten Chefs der SMAD und zuletzt von 1953 bis 1955 Hoher Kommissar der UdSSR in Deutschland, besaß als ehemaliger Berater in Litauen und erfahrener Diplomat in Deutschland gleichzeitig mehrere solche Qualifikationen. Die Besatzungstruppen wurden 1946 auf 700 000 und 1947 abermals auf 300 000 abgebaut, 1948 aber aufgrund der wachsenden Ost-West-Spannungen wieder auf 600 000 Mann aufgestockt.

Nach der Bildung der SMAD am 9. Juni 1945 wurde bis zum Herbst die unter Kriegsbedingungen entstandene Besatzungsverwaltung aus dem Truppenbereich schrittweise herausgelöst. Im ganzen Land bestand ein dichtes Netz von Kommandanturen. Im Sommer 1945 war eine Kommandantur für etwa 35 000 Deutsche zuständig, nach einer 1948 vorgenommenen Reduzierung der Kommandanturen auf insgesamt 151 lebten im Bereich einer Kommandantur statistisch etwa 120 000 Einwohner.

Anfang Juli 1945 entstanden fünf Länder- bzw. Provinzverwaltungen der SMAD in Brandenburg, Mecklenburg, Thüringen, Sachsen und Sachsen-Anhalt, die schon am 28. April 1945 gebildete Berliner Stadtkommandantur wurde am 10. Juli 1945 auf der Grundlage der alliierten Abmachungen in eine Sektorenkommandantur umgewandelt. Einen Monat später errichtete der zentrale Kommandanturdienst der SMAD 12 bzw. 14 Bezirkskommandanturen, deren Stellenwert und Kompetenzen in den nach sowjetischen Verwaltungsmustern in der SBZ eingerichteten 18 bzw. 19 Bezirken noch unklar ist. Kreiskommandanturen in den Kreisen und kreisfreien Städten bildeten die mittlere Leitungs- und Kontrollstruktur mit unmittelbaren Einwirkungsmöglichkeiten auf die deutsche Territorialverwaltung, das gesamte Wirtschaftspotential und die politische Infrastruktur.

Die genaue Zahl der Mitarbeiter der SMAD ist nicht bekannt, auch hier sind die sowjetischen Angaben widersprüchlich. In der ersten Besatzungsphase bis 1947/48 kann davon ausgegangen werden, daß etwa 30 000 Soldaten bei der SMAD beschäftigt waren, was im Verhältnis zur Bevölkerungszahl ungefähr der hohen Organisationsdichte der französischen Militärverwaltung entsprach. 1948 sank die Beschäftigtenzahl auf etwa 15 000 Personen. Außer den Truppen und der Besatzungsverwaltung wucherte in der SBZ ein dichtes Netz sowjetischer Fachapparate. Sowjetische Überläufer schätzten damals, daß im Mai/Juni 1945 etwa 70 000 Spezialisten der sowjetischen Volkskommissariate nach Deutschland gekommen waren, um vor allem auf dem wirtschaftlichen und technisch-wissenschaftlichen Sektor ihre Interessen geltend zu machen¹¹⁾. Dieser Arbeitsbereich wurde erst stufenweise in die

¹¹⁾ Vgl. Vladimir Rudolph, *The Administrative Organization of Soviet Control, 1945–1948*, in: *Soviet Economic Policy in Postwar Germany. A Collection of Papers by Former Soviet Officials*, edited and with an Introduction by Robert Slusser, New York 1953, S. 23.

SMAD integriert und seine autonomen Reste Anfang 1947 aufgelöst.

Die Besatzungsadministration war in vier Segmente gegliedert:

- Demilitarisierung,
- Zivilverwaltung,
- Ökonomie,
- Politik.

Diese waren zeitweilig in über zwanzig Fachverwaltungen/-abteilungen unterteilt. Als weitere Spezialorganisationen, die nur partiell der SMAD unterstellt waren, überwiegend aber durch Moskauer Stellen dirigiert wurden, wirkten der Sicherheitsapparat, die deutsche Filiale des Moskauer Sowjetischen Nachrichtenbüros, die dem breit gefächerten Komplex des damaligen Geheimdienstes unterstellte Verwaltung für Sowjetisches Vermögen in Deutschland und die Sowjetischen Handelsgesellschaften des Moskauer Außenhandelsministeriums. Auf eine effektive Weise war der geheimdienstliche Apparat mit dem sowjetischen Besatzungsapparat und der deutschen Zivilverwaltung verflochten. Die Position des Stellvertreters des Obersten Chefs der SMAD für Fragen der Zivilverwaltung, der für die Anleitung und Kontrolle der deutschen Verwaltung unmittelbar verantwortlich war, wurde bis 1948 von hochrangigen Sicherheitsexperten besetzt: den Generalobersten des sowjetischen Geheimdienstes Serow und Kobulow¹²⁾. Die personelle Ausstattung des Sicherheitsapparats im engeren Sinne wurde 1948 auf 8 000 hauptamtliche Mitarbeiter geschätzt.

2. Arbeitsmethoden

Nach sowjetischem Recht hatte die SMAD „die Aufgabe, die Einhaltung der Bedingungen, die sich aus der bedingungslosen Kapitulation für Deutschland ergeben, zu kontrollieren, die Sowjetische Besatzungszone in Deutschland zu verwalten und die Beschlüsse des Kontrollrats zu grundsätzlichen militärischen, politischen, ökonomischen und anderen für ganz Deutschland gemeinsamen Fragen durch-

¹²⁾ Iwan Alexandrowitsch Serow war zunächst Mitarbeiter im Persönlichen Sekretariat Stalins, ab 1941 leitende Stellung in der Staatssicherheit, u. a. für Deportationen zuständig, 1945–1947 Stellvertretender Oberster Chef der SMAD für die Zivilverwaltung, gleichzeitig Geheimdienstchef in der SBZ und 1946–1954 stellvertretender Innenminister der UdSSR, 1954–1958 Gründer und erster Leiter des „Komitees für Staatssicherheit“ (KGB), danach Chef des militärischen Geheimdienstes (GRU). — Bogdan Sacharowitsch Kobulow, Generaloberst, 1939–1941 Botschaftsrat in Berlin, 1943–1944 stellvertretender Volkskommissar für Staatssicherheit der UdSSR, 1947–1948 Stellvertretender Oberster Chef der SMAD für Fragen der Zivilverwaltung, danach Chef der Verwaltung für sowjetisches Eigentum in Deutschland, 1953 Leiter der Hauptverwaltung Staatssicherheit im Innenministerium der UdSSR, im Dezember 1953 zusammen mit Berija zum Tode verurteilt und hingerichtet.

zusetzen¹³⁾. Völkerrechtlich übte sie, gemeinsam mit den Militärregierungen der drei Westalliierten in ganz Deutschland, und eigenverantwortlich in der SBZ „die oberste Regierungsgewalt . . . einschließlich aller Befugnisse der deutschen Regierung, des Oberkommandos der Wehrmacht und der Regierungen, Verwaltungen oder Behörden der Länder, Städte und Gemeinden“ aus, mit dem ausdrücklichen Privileg, diesen „zusätzliche politische, verwaltungsmäßige, wirtschaftliche, finanzielle, militärische und sonstige Forderungen aufzuerlegen“¹⁴⁾. Das Kontrollrats-Gesetz Nr. 6 vom 10. November 1945 steckte die Vollmachten so weit ab, daß die Vertreter der Militärregierungen sogar als die rechtmäßigen Verwahrer aller Archive von öffentlichen Dienststellen, Privatunternehmen und sonstigen deutschen Organisationen anzusehen waren, die unter ihrer Verwaltung bzw. Kontrolle standen. Die rechtsförmlichen Befugnisse der Militärregierungen waren also außerordentlich weitreichend.

Den konstitutiven Rechtsetzungsakt der SMAD bildete der Befehl, der gleichermaßen für ihre eigenen Gliederungen wie für deutsche Instanzen und Zivilpersonen verbindlich war. Dieser „grundlegende Akt der militärischen Führung“ gilt in der sowjetischen Armee als „der formalrechtliche Ausdruck des Willens des Vorgesetzten“¹⁵⁾. Befehlsverstöße — so zumindest im wirtschaftlichen Bereich — waren gemäß SMAD-Befehl Nr. 160 vom 3. Dezember 1945 im Schnellverfahren als Diversions- und Sabotageakte mit bis zu 15 Jahren Gefängnis, in schweren Fällen mit der Todesstrafe zu ahnden. Diese Strafandrohung verschärfte zusätzlich der Vorbehalt der SMAD, die Verfahren der deutschen Justiz zu entziehen und durch die eigene Militärstrafgerichtsbarkeit nach sowjetischem Strafrecht durchführen zu lassen. Im Gegensatz zur preußischen Tradition des Rahmenbefehls legten überdies die sogenannten Detailbefehle nicht nur das Ziel, sondern ebenso den Modus der Ausführung verbindlich fest. Befehle, schriftliche wie mündliche, konnten alle Instanzen der SMAD erlassen. Allerdings ist schon die Zahl der Befehle des Obersten Chefs der SMAD unbekannt. Aufgrund der Befehlsnummern kann auf mindestens 1 648 zwischen 1945 und 1949 erlassene Befehle geschlossen werden — eine recht fragwürdige Zahl, zumal auch auf der obersten Ebene der SMAD zeitweilig mehrere parallele Befehlsserien bzw. unnummerierte Befehle nachgewiesen sind. Eine Quantifizierung auf Länderebene ist kaum möglich. Bei der Analyse von 647 Befehlen des Obersten Chefs der SMAD aus den Jahren 1945—1949 kam der DDR-Histori-

ker Wietstruk zu dem Ergebnis, daß 44,7 Prozent (289) einen wirtschaftspolitischen und weitere 21,7 Prozent (140) einen land- und forstwirtschaftlichen Inhalt hatten, somit zwei Drittel der Befehle ordnungspolitischen Charakter trugen, nur 70 Befehle (10,9 Prozent) galten kulturpolitischen Fragen¹⁶⁾.

Außer Befehlen konnte die SMAD ein breites dirigistisches Instrumentarium anwenden: Verfügungen, Befehlsschreiben, Instruktionen, Richtlinien, Erläuterungen, Bestätigungsvermerke. Nicht außer acht bleiben dürfen auch die vielfältigen Formen von Konsultationen und Kontrolle auf allen Organisationsebenen der SMAD. Besonders strenge Maßstäbe wurden an die Arbeit der politischen Parteien und der Massenmedien gelegt, deren Anleitung und Kontrolle der SMAD-Verwaltung für Propaganda oblag, die schon bald in Verwaltung für Information umbenannt wurde. Im Befehl zur Bildung dieser Verwaltung hieß es knapp, daß ihrer Tätigkeit die sowjetischen Erfahrungen zugrunde zu legen seien¹⁷⁾. Dies galt sicherlich generell für die gesamte SMAD, wengleich ähnlich exakte Quellenbelege fehlen. Auch die „Berichterstattung“ gehörte in Abwandlung des zentralistischen Prinzips der „Einheit von Beschluß und Durchführung“ zu den Kontrollinstrumenten. Allen Organisationsebenen der deutschen Verwaltung wurde durch Befehl Nr. 108 vom 6. April 1946 eine monatliche schriftliche Berichtspflicht auferlegt. Stärker ausdifferenziert war das interne Berichts- und Planungswesen der SMAD.

Von dieser engmaschigen Anleitung und Kontrolle durch die SMAD waren ausnahmslos alle ökonomischen, politischen und kulturellen Bereiche betroffen. Der von der SMAD unabhängige sowjetische geheimdienstliche Apparat sicherte diese Tätigkeit zusätzlich, formell legitimiert durch die Verpflichtung zur Fahndung nach Kriegsverbrechern und früheren Nationalsozialisten sowie durch allgemeine — im sowjetischen Rechtsverständnis auch politische — Sicherheitsaufgaben. Die Intensität der pädagogisch-moralischen Fürsorgepflicht, auf welche sich einige sowjetische Offiziere öffentlich beriefen, veranschaulicht als Beispiel die Tatsache, daß der SMAD-Referent für Gewerkschaftsfragen täglichen Kontakt mit dem Vorsitzenden der Einheitsgewerkschaft FDGB (Freier Deutscher Gewerkschaftsbund) pflegte¹⁸⁾. Ebenso häufig suchte den Chef der Verwaltung für Information noch 1949 der Chefredakteur des „Neuen Deutschland“ auf. Insgesamt gehörte die Informations- und Medienpolitik der SMAD zu den institutionell am

¹³⁾ Vgl. Anordnung für die Sowjetische Militäradministration über die Verwaltung der Sowjetischen Besatzungszone in Deutschland (6. Juni 1945), in: Um ein antifaschistisch-demokratisches Deutschland, Berlin (Ost) 1968, S. 51.

¹⁴⁾ Vgl. Erklärung vom 5. Juni 1945, in: Amtsblatt des Kontrollrats in Deutschland, hrsg. vom Alliierten Sekretariat, Berlin 1945.

¹⁵⁾ Vgl. Sowetskaja Woennaja Enziklopedija (Sowjetische Militärenzyklopädie), Moskau 1976—1980.

¹⁶⁾ Vgl. Siegfried Wietstruk, in: K.-H. Schöneburg u. a. (Anm. 1), S. 35.

¹⁷⁾ Befehl des Obersten Chefs der SMAD Nr. 29 vom 18. August 1945, in: Siegfried Suckut, Materialsammlung zur Geschichte der SBZ/DDR (unveröffentl. Manuskript), DDR-Arbeitsbereich an der Universität Mannheim.

¹⁸⁾ Vgl. Sergej Tjulpanow, Deutschland nach dem Kriege (1945—1949). Erinnerungen eines Offiziers der Sowjetarmee, hrsg. und mit einem Nachwort von Stefan Doernberg, Berlin (Ost) 1986, S. 247.

stärksten monopolisierten Bereichen ihrer Tätigkeit.

Ein weiteres Spezifikum der sowjetischen militärischen Führungspraxis bildete das Prinzip der persönlichen Verantwortung für die Durchführung von Befehlen. Dieses Rechtsprinzip war bereits durch den Tagesbefehl Nr. 5 des Kriegsrates der 1. Belorussischen Front vom 23. April 1945 festgeschrieben worden, in dem es hieß, daß die durch die Besatzungsmacht eingesetzten Bürgermeister für die „genaue Durchführung aller Befehle und Anordnungen seitens der Bevölkerung persönlich verantwortlich“ seien¹⁹⁾. Dieser Grundsatz wurde später auf alle Ebenen der deutschen Selbstverwaltung übertragen, womit die demokratischen Elemente der Kommunal- und der Länderverfassungen faktisch außer Kraft gesetzt und die deutsche Selbstverwaltung weitgehend zu einer Auftragsverwaltung für die Besatzungsmacht und ihre Hilfsorgane degradiert wurde. Berücksichtigt man ferner, daß alle Gesetze und Verordnungen der Landesverwaltungen und -regierungen bereits im Entwurfstadium und abermals zur Bestätigung den SMAD-Landesverwaltungen zuzustellen waren, dann wird deutlich, daß durch einen solchen Geschäftsgang bereits zu einem sehr frühen Zeitpunkt das Prinzip des „demokratischen Zentralismus“ durchgesetzt und der deutschen Verwaltung aufgepfropft worden war.

Zentralistische Organisationselemente führte die SMAD in einigen Bereichen auch direkt ein, so

durch das ihr zustehende Valutamonomopol im Außenhandel oder im Bereich Handel und Versorgung, wo die zuständige deutsche Zentralverwaltung (Befehl Nr. 117 vom 27. Oktober 1945) mit Weisungsrecht gegenüber den Landesverwaltungen ausgestattet wurde. Indirekt wirkte dieser zentralistische Dirigismus im wirtschaftlichen Bereich durch die zunächst von der SMAD unmittelbar wahrgenommenen Planungs- und Koordinationsaufgaben, wobei sie sich auf die Zentralverwaltungen als Hilfsorgane stützte und ab 1947 unter Umgehung der föderalen Verwaltungsstruktur auch die SED und den FDGB zur zonalen Vereinheitlichung und Koordinierung der Arbeit der Länderregierungen instrumentalisierte. Gegen den starken Widerstand der Länderregierungen wurden den Zentralverwaltungen mit der Bildung der Deutschen Wirtschaftskommission (DWK) im Juni 1947 Weisungsrechte gegenüber den Selbstverwaltungsorganen eingeräumt. Mit der Reorganisation der DWK im März 1948 und der damit verbundenen Stärkung der SED-Position in diesem Gremium war das Prinzip des „demokratischen Zentralismus“ in der staatlichen Verwaltung bereits voll ausgeprägt und damit faktisch eine Zonen-Regierung entstanden. Nach der Beseitigung der Doppelstruktur aus zentraler Verwaltung und Selbstverwaltung trat die SMAD als Element der Kompensation einer zentralen Gewalt in der letzten Phase der politischen Neuordnung bis zur Ausrufung der DDR in den Hintergrund.

IV. Transformation des politischen Systems

1. Parteiensystem

Der SMAD-Befehl Nr. 2 vom 10. Juni 1945 erlaubte die Gründung von Parteien und Organisationen, „die sich die endgültige Ausrottung der Überreste des Faschismus und die Festigung der Grundlagen der Demokratie und der bürgerlichen Freiheiten . . . zum Ziel setzen“. Sie hatten „für die ganze Zeit des Besatzungsregimes . . . unter der Kontrolle der sowjetischen Militärverwaltung und entsprechend den von ihr gegebenen Instruktionen“ zu arbeiten²⁰⁾. Die Anleitung und Kontrolle oblag der Politischen Verwaltung der SMAD, die auf der Zentralebene besondere Referenten für jede Partei und die politisch relevanten Massenorganisationen — wie die Gewerkschaften, Kirchen, Frauen- und Jugendorganisationen — unterhielt, sowie den Politischen Abteilungen auf der Landes- und den darunter liegenden Organisationsebenen.

Die intensive Anleitungs- und Kontrolltätigkeit der SMAD-Organen umfaßte die Vorzensur aller Refe-

rate genauso wie die Genehmigungspflicht für Versammlungen und die Vervielfältigung von Schriftstücken aller Art. Zusätzlich gesichert wurde sie durch die Pflicht zur Abgabe umfassender monatlicher Berichte durch die Orts-, Kreis-, Landes- und Zonengeschäftsstellen der Parteien und Verbände über die organisatorische und politische Entwicklung, innerparteiliche Stimmung, Versammlungstätigkeit usw. Die politischen Parteien waren auch Beobachtungsgegenstand des dichten Informanten-netzes des Sowjetischen Nachrichtenbüros in der SBZ, das — ein Organ der Politischen Hauptverwaltung der Armee — als ein Mittelding zwischen einer klassischen Presseagentur und einem geheimdienstlichen Nachrichtenapparat wirkte.

Als erste Partei trat die Kommunistische Partei Deutschlands (KPD) mit ihrem Gründungsauftrag vom 11. Juni 1945 an die Öffentlichkeit. Unterzeichnet war er von sechzehn Parteifunktionären, von denen dreizehn aus der sowjetischen Emigration zurückgekehrt waren. Der Aufruf sprach

¹⁹⁾ Nach Horst Schützler, Die Unterstützung und Hilfe der Sowjetunion für die antifaschistisch-demokratischen Kräfte Berlins in ihrem Kampf um eine demokratische und friedliebende Stadt. April/Mai 1945—Oktober 1946, Berlin (Ost) 1963, S. 43.

²⁰⁾ Vgl. Befehl des Obersten Chefs der SMAD Nr. 2 vom 10. Juni 1945, in: Um ein antifaschistisch-demokratisches Deutschland (Anm. 13), S. 54f.

selbstkritisch die „Katastrophe unvorstellbaren Ausmaßes“ an, die nicht nur die NS-Führung allein verschuldet habe. Mit der Losung von der „Liquidierung der Überreste des Hitlerregimes“ und der „Vollendung“ der Revolution von 1848 war die ausdrückliche Ablehnung des Sowjetsystems für Deutschland verbunden. Vielmehr trat die KPD für eine „demokratische Republik“ und ein „antifaschistisch-demokratisches Regime“ ein, das dem Volk „alle Rechte und Freiheiten“, einschließlich der „ungehinderten Entfaltung des freien Handels und der privaten Unternehmerinitiative auf der Grundlage des Privateigentums“, garantieren sollte²¹⁾.

Der organisatorische Aufbau der KPD war bereits in den letzten Kriegstagen durch die sogenannten Initiativgruppen des ZK der KPD unter der Leitung von Walter Ulbricht, Anton Ackermann und Gustav Sobottka eingeleitet worden. Diese drei Vorausabteilungen einer Gruppe von insgesamt etwa 2 500 deutschen Mitarbeitern der Politischen Hauptverwaltung der Roten Armee, die nach 1941 unmittelbar in den politischen Apparat der sowjetischen Armee einbezogen worden waren, standen unter der direkten Anleitung der Politischen Verwaltungen der drei sowjetischen Heeresgruppen in der SBZ²²⁾. Unter der maßgeblichen Beteiligung dieser Kräfte erfolgte eine Niederrichtung sowohl „linkssektiererischer“ kommunistischer Inlandsgruppen, die in der unmittelbaren Errichtung einer Sowjetmacht in Deutschland einen Ausweg gesucht hatten, wie auch der zunächst zahlreichen spontanen überparteilichen Einheitsausschüsse. Als erste Verbindungsglieder zwischen der Besatzungsmacht und der deutschen Bevölkerung prägten sie auch der Personalpolitik der unmittelbaren Nachkriegszeit unverkennbar ihren Stempel auf.

Auf der Basis des Gründungsaufrufs setzte eine breite Massenwerbung ein, so daß in dieser kommunistischen „Volkspartei“ schon bald mehr neue Mitglieder als Altkader vertreten waren. Die Widerstandstradition und der enge Kontakt zur Besatzungsmacht stärkten zunächst die Anziehungskraft und Autorität der KPD in der Bevölkerung, allerdings führten schon bald die Reparationslasten, die umfangreichen Demotagen und nicht zuletzt die sowjetische Haltung in der Frage der Kriegsgefangenen zu einer Isolierung von den breiten Schichten.

Am 15. Juni 1945 veröffentlichte ein Kreis Berliner SPD-Funktionäre, der sich als „Zentralausschuß“ konstituiert hatte, einen Gründungsaufwurf, der weit offensivere sozialpolitische Ziele enthielt als das erste KPD-Programm. Gefordert wurde nicht nur „Demokratie in Staat und Gemeinde, Sozialismus in Wirtschaft und Gesellschaft“ auf parlamenta-

risch-demokratischer Grundlage, sondern auch „den Kampf um die Neugestaltung auf dem Boden der organisatorischen Einheit der deutschen Arbeiterklasse (zu) führen“. Der Verstaatlichungskatalog berücksichtigte die Banken und Versicherungen, die Bodenschätze und Bergwerke, den Großgrundbesitz und die Kriegsgewinne²³⁾. Die Einheitsangebote der SPD stießen bei der KPD-Führung auf taube Ohren, Walter Ulbricht hielt diese Forderung für verfrüht.

Als dritte Partei erklärte sich am 26. Juni 1945 die Christlich-Demokratische Union (CDU). Die Initiativgruppe setzte sich aus Vertretern des früheren Zentrums, des protestantisch-konservativen Lagers und der ehemaligen Deutschen Demokratischen Partei zusammen. Ihr programmatisches Eintreten für christliche, demokratische und soziale Politik, für Demokratie, für den Schutz der Persönlichkeits- und Grundrechte sowie für das Rechtsstaatsprinzip stellte das Privateigentum unter das Gebot des Allgemeinwohls und beinhaltete auch die Verstaatlichung der Bodenschätze. Obwohl die ursprüngliche Vorstellung von einer breiten Sammlungsbewegung sozialdemokratischer, christlicher und liberaler Elemente nach dem Vorbild der britischen Labour Party noch vor der Parteigründung an der Skepsis der Liberalen vor dem unklaren Inhalt des christlichen Politik-Verständnisses gescheitert war, hielt die neu gebildete Partei an ihrem Anspruch fest, alle demokratischen Kräfte außerhalb von SPD und KPD zu erfassen, was vor allem die Sowjets irritierte. Deshalb lizenzierten sie die neue Partei erst am 10. Juli, nachdem ihr Parteivorsitzender Andreas Hermes zugesichert hatte, die CDU werde im „Block“ mitarbeiten²⁴⁾.

Um die durch die CDU heraufbeschworene Gefahr eines geschlossenen bürgerlichen Gegenblocks zu bannen, forcierte die SMAD die Bildung einer weiteren Partei. Anfang Juli 1945 entstand in Berlin die Liberal-Demokratische Partei (LDP), die am gleichen Tag wie die CDU ihre Lizenz erhalten hatte. Ihre wichtigsten Programmpunkte waren: Erhaltung des Privateigentums und der freien Wirtschaft; Wahrung des Berufsbeamtentums; neben allgemeinen demokratischen Zielen wurde auch die „restlose Beseitigung des Nationalsozialismus und Militarismus“ gefordert²⁵⁾.

Alle Parteien distanzieren sich eindeutig von der Gewaltherrschaft der NSDAP. Dieser Grundkonsens trug dazu bei, daß die neu entstandenen Parteien zur engen Kooperation entschlossen waren. Die Initiative hierzu ergriff die KPD, die am 19. Juni die SPD zur Bildung eines gemeinsamen Arbeitsausschusses aufrief, um durch eine „Aktionseinheit“ auf allen Organisationsebenen die

²¹⁾ Aufruf des ZK der KPD vom 11. Juni 1945, in: ebd., S. 56 ff.

²²⁾ Vgl. Michail Iwanowitsch Semirjaga, Wtoraja mirowaja wojna i proletarskij internazionalizm (Der proletarische Internationalismus im zweiten Weltkrieg), Moskau 1962, S. 203.

²³⁾ Vgl. Hermann Weber, Geschichte der DDR, München 1985, S. 76 f.

²⁴⁾ Vgl. Siegfried Suckut, Christlich-Demokratische Union Deutschlands CDU(D), in: SBZ-Handbuch (Anm. 4), S. 515 ff.

²⁵⁾ Horst Dähn, Liberal-Demokratische Partei Deutschlands (LDP), ebd., S. 544 ff.

„Voraussetzungen für die politische Einheit des werktätigen Volkes (zu) schaffen“²⁶). Einen Monat später wurden auch die beiden „bürgerlichen“ Parteien zur Mitwirkung eingeladen, am 14. Juli wurde von den Vertretern der vier Parteien eine „Einheitsfront der antifaschistisch-demokratischen Parteien“ (ab 1949 „Demokratischer Block der Parteien und Massenorganisationen“) gebildet, die in der Folge zum wichtigsten Instrument der Politik der SMAD und der KPD entwickelt wurde. Deren Kernstück bildete ein „gemeinsamer Ausschuß“ aus je fünf Vertretern der beteiligten Parteien, der ihre Politik abstimmen sollte. Vorgesehen waren nur einstimmige Beschlüsse, die aber nicht durch Mehrheits-Abstimmung, sondern durch für alle Parteien bindende Vereinbarungen zu fassen waren. Damit entstand eine unkündbare Koalition, die die Aktionsmöglichkeiten der beteiligten Parteien erheblich einschränkte. Dieses neue Element in der deutschen politischen Kultur schloß jede Koalition ohne oder gar gegen die KPD aus. Es wurde nicht nur als ein zentrales Spitzengremium konstituiert, sondern auf allen politisch-administrativen Ebenen eingerichtet. Mit Hilfe dieses Instruments konnte die Besatzungsmacht die Dominanz der KPD/SED sukzessive ausbauen, ohne daß die Blockparteien diese Gefahr rechtzeitig erkannt hatten. Gleichzeitig wurde mit der Gewinnung bzw. Neutralisierung des Bürgertums und der Mittelschichten ein altes taktisches Ziel der Kommunisten erreicht: die mittelbare Schwächung der Sozialdemokratie.

War zunächst noch der Anschein eines pluralistischen Parteiensystems gewahrt worden, so trat mit der Fusion der ostzonalen SPD und KPD zur SED im April 1946 eine grundlegende Umstrukturierung des Parteiengefüges in der SBZ ein: Die kommunistischen Kader der neu entstandenen Sozialistischen Einheitspartei Deutschlands (SED) meldeten schon nach kurzer Zeit einen politischen Führungsanspruch an.

Die Fusion der beiden Arbeiterparteien in der SBZ zur SED vollzog sich in mehreren Stufen. Noch im Sommer 1945 wehrte sich die KPD gegen den von der Berliner SPD-Führung forcierten sofortigen Zusammenschluß. Am 19. Juli wurden allerdings die Kommunisten initiativ, als sie den Plan für einen gemeinsamen Arbeitsausschuß vorlegten, der in die Bildung des Parteienblocks einmündete.

Im Spätsommer 1945 waren in den Kreis- und Bezirksverbänden der SPD die Zweifel an der Bereitschaft der KPD zu ehrlicher Zusammenarbeit gewachsen, nachdem die KPD mit Hilfe der SMAD eigene Parteimitglieder entgegen dem vereinbarten Koalitionsprinzip in einflußreiche Positionen in Verwaltung, Wirtschaft, Bildung usw. gebracht und damit ihr Streben nach politischer Vorherrschaft demonstriert hatte. Offenkundig war auch, daß die SPD ebenso wie die CDU und LDP hinsichtlich der Lizenz- und Papierzuteilungen, der materiellen

Ausstattung usw. durch die Besatzungsmacht benachteiligt wurden.

Otto Grotewohl als Vorsitzender des Zentralaussschusses der SPD präzierte im September 1945 sein Einheitskonzept, als er offensive Töne anschlug und ein offenes Kräfteressen zwischen SPD und KPD in freien Wahlen ankündigte. In die Einheitskampagne sollte nunmehr auch die SPD in den Westzonen einbezogen werden. Seine Ausführungen erinnern an die Einheitskonzepte des SPD-Exils, das eine Beitritts-offerte an selbstkritische KPD-Mitglieder unterbreitet hatte und insgesamt von einem politischen Führungsanspruch der SPD ausgegangen war, den auch Kurt Schumacher als Repräsentant der SPD in den Westzonen vertrat. Nach dieser Rede sah sich die KPD im Zugzwang. Plötzlich drängte sie auf eine rasche Vereinigung und rief die sozialdemokratische Basis auf, ihre Führung politisch zu isolieren.

Durch die Initiative Grotewohls wurde auch die SMAD alarmiert, die sich „auf der obersten Führungsebene“ einschaltete²⁷). Der Parteiführer war in eine schwierige Lage geraten, eingeklemmt zwischen dem einheitsablehnenden Kurs der westzonalen SPD und der Offensive der Kommunisten. Er sprach sich daher im November gegen eine zonenmäßige Vereinigung aus, um dadurch eine einheitliche Entwicklung im „Reichsmaßstab“ nicht zu gefährden. Doch seine Taktik ging nicht auf: Die SMAD-Zensur verhinderte die Veröffentlichung seiner Ausführungen, die Parteiführung wurde durch die Besatzungsadministration von ihrer Basis abgeschnitten.

Auf einer Konferenz von je 30 kommunistischen und sozialdemokratischen Funktionären am 20. und 21. Dezember 1945 in Berlin offerierte die KPD eine Vereinigung der beiden Parteien in der SBZ von unten nach oben, um ein Signal für ganz Deutschland zu setzen. Die Sozialdemokraten lehnten dieses Ansinnen ab, obwohl sie am allgemeinen Ziel der Einheit weiterhin festhielten. Trotz offener Kritik an der KPD und der SMAD stimmten jedoch die SPD-Vertreter aus ungeklärten Gründen einer von der KPD ausgearbeiteten Resolution zu, die von der kontrollierten Presse mit großem Aufwand verbreitet wurde und in den unteren Gliederungen der SPD Verwirrung auslöste.

Danach gingen die SMAD und die KPD zu einer breit angelegten Offensive über. Noch im Dezember 1945 verstärkte die KPD den Druck von unten, um „die rechten Sozialdemokraten“ zu isolieren. Die SMAD richtete in der Informationsverwaltung eine besondere Arbeitsgruppe ein. Ihr oblag die

²⁷) Vgl. S. Tjulpanow (Anm. 18) S. 81. — Der Vereinigungsprozeß wurde im Westen unter verschiedenen Aspekten dargestellt. Vgl. dazu H. Weber (Anm. 23), S. 115 ff.; Dietrich Staritz, Die Gründung der DDR, München 1987, S. 112 ff.; Lucio Caracciolo, Grotewohls Positionen im Vereinigungsprozeß (1945—1946), in: Dietrich Staritz/Hermann Weber (Hrsg.), Einheitsfront, Einheitspartei, Kommunisten und Sozialdemokraten in Ost- und Westeuropa 1944—1946, Köln 1989, S. 76 ff.

²⁶) Siegfried Suckut, Block-Ausschüsse, ebd., S. 595 ff.

Auswertung der täglichen Ergebnisse der flächen-deckenden Beobachtung der SPD in der SBZ durch die Fachorgane der SMAD²⁸), die als Basis für die zentrale Koordination der Aktionen zur Durchsetzung der Einheitspartei dienten²⁹). Diese Methode bezweckte eine weitgehende Isolation des Zentralausschusses der SPD von der Basis, die Kontrolle der Landesvorstände und eine Koordination aller Einheitsversammlungen, die ohnehin unter der Kontrolle von örtlichen SMAD-Offizieren standen, sowie die Lenkung der innerparteilichen Information und Kommunikation durch Zensurmaßnahmen. Grotewohls Drohung mit der Selbstauflösung der ostzonalen SPD verpuffte: Die Parteiorganisation wurde nicht von ihrer Führung beherrscht, sondern von den politischen Offizieren der SMAD.

Auch der Oberste Chef der SMAD, Marschall Schukow, hatte Grotewohl Anfang Februar 1946 erneut durch Drohungen und Versprechungen zum Einlenken zu bewegen versucht. Über eine Vorsprache Grotewohls und Piecks bei Schukow im gleichen Monat wußte Tjulpanow als Teilnehmer zu berichten, daß der Marschall seinen Standpunkt auf die militärisch knappe Formel brachte, daß ein Feind der Sowjetunion sei, wer gegen die Einheitspartei sei³⁰). Noch in der selben Nacht sei ein Bericht über die Besprechungsergebnisse an Stalin abgegangen, auf dessen persönlichen Befehl die Vereinigungskampagne wohl letztlich zurückzuführen war. Wie ein Brief an Richard Löwenthal in London vom 2. Februar 1946 zeigt, war in der Berliner Sozialdemokratie schon zu diesem Zeitpunkt bekannt geworden, daß die „Russen die Vereinigung in der Zone zum 1. Mai verlangen“³¹).

Die Versuche des Zentralausschusses, sich aus der Umklammerung der SMAD und der KPD zu lösen, waren zum Scheitern verurteilt. Durch Zensur, Redeverbote, Verhaftungen von „Einheits-Gegnern“, in unteren Organisationsgliederungen durch Zwangsvereinigungen, die Ortskommandanten vielfach einfachheitshalber befehlen, wurde der inhaltliche Widerstand wirkungslos. Am 11. Februar 1946 sah die Mehrheit der Führung die hoffnungslose Situation ein und kapitulierte vor dem massiven Druck. Am 22. April 1946 beschloß der „Vereinigungsparteitag“ einstimmig die Bildung der SED.

Die bei der Fusion der SPD und KPD angewandten Praktiken der SMAD — die von materiellen Begünstigungen über die Zusicherung von Ministerposten bis zu Repressalien des sowjetischen Geheimdienstes und zu Verhaftungen reichten — wurden gegenüber allen Parteien der SBZ angewandt. Besonders massive direkte Eingriffe erfolgten bei der CDU, deren erste und zweite Parteileitung im De-

zember 1945 (Andreas Hermes und Walther Schreiber) bzw. im Dezember 1947 (Jakob Kaiser und Ernst Lemmer) kurzerhand für abgesetzt erklärt wurden, weil sie sich gegen die Politik der SMAD gesperrt hatten. In der Regel bevorzugten jedoch die politischen Offiziere der SMAD die präventive geräuschlose Verhandlung hinter den Kulissen. Einen demokratischen Willensbildungsprozeß behinderte in den politischen Parteien aber auch ihre festgefügte Kooperation im Rahmen des „Parteienblocks“ und die schnelle Zentralisierung im politischen und administrativen Bereich.

Zur weiteren institutionellen Verankerung der fortschreitenden — jedoch keineswegs widerspruchlos hingenommenen — Anpassung der traditionellen Parteien an die volksdemokratischen politischen Strukturen wurden im Frühjahr 1948 von der SMAD zwei neue Parteien initiiert und durch die SED organisiert: die National-Demokratische Partei Deutschlands (NDPD) sowie die Demokratische Bauernpartei (DBD). Im Sommer 1948 wurden sie — neben dem FDGB — in den Block aufgenommen. Die traditionellen politischen Parteien wurden dadurch im Prozeß ihrer Mediatisierung als Bündnisorganisationen der SED weiter nachhaltig geschwächt.

2. Volksdemokratische Repräsentation

Die entscheidende Voraussetzung zur „Lösung der Machtfrage“ war mit der Bildung der SED geschaffen worden. Die Einheitspartei wandte sich als wichtigster „Transmissionsriemen“ der SMAD bereits Mitte 1947 dem „leninistischen Kurs“ zu und meldete nunmehr offen einen Führungsanspruch in Staat und Gesellschaft an. Im Juni 1948 sprach die SED auch formell die „Anerkennung“ der führenden Rolle der KPdSU aus und beschloß Anfang 1949 auf der 1. Parteikonferenz definitiv ihre Weiterentwicklung zur „Kaderpartei“ Stalinschen Typs. Mit „Prinzipienfestigkeit und Elastizität“, so der Historiker und damalige SMAD-Mitarbeiter Jakow Drabkin, griff die SMAD in den Stalinisierungsprozeß unmittelbar ein³²).

Eine Begleiterscheinung dieser Wandlung war, daß die gesellschaftlichen Verbände schrittweise in Massenorganisationen der SED umgestaltet wurden, in denen Funktionäre der Einheitspartei zentrale Positionen einnahmen. Ebenso dominierte die SED in den im Herbst 1946 gewählten parlamentarischen Gremien. Maßgebliche Kraft war sie sowohl in den Parlamenten als auch in den Allparteienregierungen der Länder/Provinzen, wengleich sie nur in Mecklenburg, Sachsen und Thüringen durch Anschluß der Abgeordneten der Massenorganisationen an die SED-Fraktionen über die absolute Mehrheit verfügte. Eine traditionelle parlamentarische Arbeit war nicht zuletzt infolge des SMAD-Einflusses ohnehin unmöglich: Sogar an den Fraktionssitzungen nahmen politische Offiziere teil, die hier zwar nur selten das Rederecht in Anspruch

²⁸) Vgl. S. Tjulpanow (Anm. 18), S. 82.

²⁹) Vgl. Sergej Iwanowitsch Tjulpanow, Gedanken über den Vereinigungsparteitag der SED 1946, in: Zeitschrift für Geschichtswissenschaft, 18 (1970) 5, S. 620 f.

³⁰) Vgl. S. Tjulpanow (Anm. 18), S. 84.

³¹) Deponiert in: Internationaal Instituut voor Sociale Geschiedenis, Amsterdam/Collection Neu Beginnen, Mappe 25.

³²) Vgl. H. Weber (Anm. 23), S. 181.

nahmen, aber eine Sitzungsauflösung verfügten, sobald ihnen der Gang der freien Meinungs- und Willensbildung mißfiel. Durch Informanten über Parteiinterna umfassend unterrichtet, blockten politische Offiziere oppositionelle Regungen meistens schon ab, bevor sie sich entfalten konnten³³). Alle Parlamentsvorlagen, Gesetze und Verordnungen mußten den SMAD-Stellen schon im Entwurf vorgelegt werden. Infolge der kontinuierlichen Kompetenzanhöhlung durch die SMAD und die Zentralverwaltungen, die Blockausschüsse und verstärkt nach 1947 durch die DWK sanken die Landesregierungen und -parlamente zu bloßen Akklamationsgremien herab, lange bevor sie 1952 aufgelöst wurden. Gleichzeitig verloren die zwischen Dezember 1946 und Februar 1947 verabschiedeten Länderverfassungen an Bedeutung.

Die sukzessive Übertragung von Entscheidungs- und Vollzugskompetenzen an die SED erreichte im Vorfeld der Londoner Außenministerkonferenz der Vier Mächte Ende 1947 mit der Einleitung der „Volkskongreßbewegung für Einheit und gerechten Frieden“ eine erste Grenzmarke. Gegen den massiven Widerstand der CDU und LDP setzte diesmal die SED mit sowjetischer Hilfe die Einbeziehung der Massenorganisationen in den 1948 vom Volkskongreß gebildeten quasiparlamentarischen „Volksrat“ durch, den die SED eindeutig beherrschte. Mit ähnlichen Ausschüssen der Volkskongreßbewegung auf Landes-, Kreis- und Gemeindeebene (ab November 1949 „Nationale Front“) entstanden Parallel- bzw. Konkurrenzorgane zu bestehenden politischen und administrativen Einrichtungen, um die politische Führungrolle der SED zusätzlich zu festigen. Durch die Volkskongreßwahlen vom 15./16. Mai 1949, die erstmals mit einer „Einheitsliste“ durchgeführt wurden, kam Ende Mai 1949 der Dritte Deutsche Volkskongreß zustande, aus dem der Zweite Deutsche Volksrat mit 330 Abgeordneten hervorging. Alle waren SBZ-Einwohner, fast 50 Prozent gehörten der SED-Fraktion an, weitere dreizehn Abgeordnete der insgesamt 32 Personen umfassenden Fraktionen der NDPD und DBD waren ehemalige SED-Mitglieder³⁴). Der Zweite Deutsche Volksrat nahm den Verfassungsentwurf für eine deutsche demokratische Republik an und erklärte sich nach der Proklamation der DDR am 7. Oktober 1949 zur Provisorischen Volkskammer.

Die Volkskongreßbewegung bildete den Höhepunkt der „Umgestaltung“ des politischen Systems.

³³) Vgl. Gerhard Braas, Die Entstehung der Länderverfassungen in der Sowjetischen Besatzungszone Deutschlands 1946/1947, Köln 1987, S. 91.

³⁴) Vgl. Christel Dowidat, Zur Entwicklung der politischen und sozialen Strukturen der Mitglieder von Landtagen, Volksrat und Volkskammern in der SBZ/DDR zwischen 1946 und 1950/1954, Diss. Mannheim 1986, S. T 140 und 148.

Sie kompensierte auf der parlamentarischen Ebene die zunehmenden Kompetenzverluste der Länder, schuf durch die Aufnahme der Massenorganisationen und der neu gebildeten Parteien ein Präjudiz für die Reorganisation des Parteien-Blocks sowie der Selbstverwaltungsparlamente auf allen Ebenen und zementierte gleichzeitig mit dem neu eingeführten Institut der „Einheitsliste“ die Führungsrolle der SED³⁵).

Die unmittelbare Mitwirkung der SMAD an dieser definitiven Ausformung der Staatlichkeit in der SBZ kann nur konstatiert werden, ohne daß sie im Detail nachgezeichnet werden könnte. Tjulpanow, in diese Prozesse unmittelbar involviert, ging in seinen Erinnerungen zu diesem Thema nur auf die Anpassungsschwierigkeiten in der CDU ein, die noch im Juni 1948 durch eine persönliche Intervention des Obersten Chefs der SMAD, Marschall Wassili D. Sokolowski, „abgestellt werden mußten“³⁶). Generell würde es noch viel Forscherfleiß erfordern, um exakte Erkenntnisse über die Kausalzusammenhänge und Wechselwirkungen zwischen den politischen Vorgaben der Besatzungsmacht und der Anpassungsgefolgschaft deutscher Organe zu gewinnen. Dies könnte allerdings nur auf der Grundlage von Primärquellen erfolgen, wengleich einschränkend festgehalten werden muß, daß schon nach dem Dienstreglement der Roten Armee für Befehle politischer Art die mündliche Form verbindlich festgelegt war.

Daß die SED trotz ihrer weitgehenden politischen Instrumentalisierung durch die SMAD in der nationalen Frage zunächst eigene Akzente zu setzen suchte, berührt in keiner Weise die Grundaussage von der eindeutigen Prädominanz der Ordnungsmacht der Besatzungsmacht bei der Aufrichtung und Stabilisierung der volksdemokratischen Ordnung in der SBZ/DDR. Nicht zuletzt deshalb droht auch die in den letzten Monaten vor der Wende von einigen SED-Historikern noch unbotmäßigerweise geforderte — heute schon auf eine besondere Art fast prophetische — Rückbesinnung auf eigenständige Elemente in der geschichtlichen und politischen Entwicklung nach dem Krieg zu einem Pietätsakt für „verlorene Illusionen“ zu mißraten. Die dabei vor allem im Vordergrund stehende Tradition der antifaschistischen Ausschüsse und der Betriebsräte war wirkungsgeschichtlich peripher. Ein ähnlich marginaler Stellenwert kommt der sächsischen Volksabstimmung über die Verstaatlichung der Betriebe sogenannter Kriegs- und Naziverbrecher von 1946 zu. Der auf Bajonetten eingeführte „Stalinismus“ prägte die Vorgeschichte der DDR ungleich stärker als deutsche demokratische Traditionen.

³⁵) Vgl. Manfred Koch, Volkskongreßbewegung und Volksrat, in: SBZ-Handbuch (Anm. 4), S. 345 ff.

³⁶) Vgl. S. Tjulpanow (Anm. 18), S. 249.

Die Gesellschaftspolitik der KPD/SED 1945–1949

I. „Nicht das Sowjetsystem aufzwingen!“

Am 13. Juni 1945 konnten die Leser der „Deutschen Volkszeitung“ einen Aufruf des KPD-Zentralkomitees¹⁾ studieren. Bei dem Aufruf handelte es sich um die erste programmatische Erklärung der KPD-Führung nach Kriegsende. Unter anderem war dort zu lesen: „Wir sind der Auffassung, daß der Weg, Deutschland das Sowjetsystem aufzwingen, falsch wäre, denn dieser Weg entspricht nicht den gegenwärtigen Entwicklungsbedingungen in Deutschland.“ Statt dessen rief das Zentralkomitee zum Kampf für die „Aufrichtung eines antifaschistisch-demokratischen Regimes, einer parlamentarisch-demokratischen Republik mit allen demokratischen Rechten und Freiheiten für das Volk“ auf. Als dringendste Aufgaben wurden an erster Stelle die Liquidierung der Reste des Hitlerregimes und der Kampf gegen Hunger, Arbeitslosigkeit und Obdachlosigkeit genannt. Weiter wurde die eher zurückhaltende Forderung nach „Schutz der Werktätigen gegen Unternehmerwillkür und unbotmäßige Ausbeutung“ erhoben. Gleichzeitig sprach sich das Zentralkomitee für die „völlig ungehinderte Entfaltung des freien Handels und der privaten Unternehmerinitiative auf der Grundlage des Privateigentums“ aus. Dem Aufruf zufolge war nur ein einziger stärkerer Eingriff in die Eigentumsverhältnisse geboten, nämlich die Liquidierung des Großgrundbesitzes. Die Forderung, „den reaktionären altpreußischen Militarismus mit allen seinen ökonomischen und politischen Ablegern zu vernichten“, erwies sich allerdings nach kurzer Zeit als umfangreicher, als es zunächst vielleicht erschienen war, denn die Definition der „ökonomischen Ableger“ des Militarismus war dehnbar.

Dem Text des Aufrufes zufolge hatte sich die KPD zu einer maßvollen, demokratischen Partei gewandelt. Die neue Politik sorgte zunächst für beträchtliche Verwirrung in den eigenen Reihen. „Mit manchen Genossen der eigenen Partei und anderen Antifaschisten waren klärende Auseinandersetzungen notwendig, denn viele hingen noch an Vorstellungen aus der Zeit vor 1933“, berichtete Anton Ackermann, der seinerzeit als Leiter der entsprechenden „ZK-Initiativgruppe“ den Wiederaufbau der KPD in Sachsen

organisierte²⁾. Nur bei genauer Lektüre des Aufrufes konnte der Leser bemerken, daß es sich bei den hier skizzierten Forderungen um Übergangsforderungen handelte; über ihre langfristigen Ziele schwieg die KPD-Führung sich vorerst aus. In ihrer praktischen Politik stellte die KPD-Führung allerdings rasch klar, daß sie sich nicht an liberalen Leitbildern orientierte. Dies wurde zuerst in der Personalpolitik beim Aufbau der neuen Verwaltungsgorgane deutlich.

Der staatliche Verwaltungs- und Behördenapparat war in den letzten Wochen des Krieges weitgehend zusammengebrochen. Auf lokaler Ebene setzten sowjetische Offiziere sehr rasch neue provisorische Administrationen ein. Die Personenauswahl wurde zunächst nicht selten von Zufällen bestimmt. Auf diese Weise kam beispielsweise auch Hans Fallada zu Bürgermeisterwürden. In seinem Buch „Der Alpdruck“ beschrieb Fallada später seine wenig ermutigenden Erfahrungen in dem für ihn ungewohnten Metier.

Es waren hauptsächlich die drei ZK-Initiativgruppen – Gruppe Sobottka im Norden, Gruppe Ulbricht in Berlin und Gruppe Ackermann in Sachsen –, die ab Ende April den Wiederaufbau der KPD organisierten und schrittweise für eine zielbewußte Personalpolitik bei der Besetzung der neuen Verwaltungspositionen sorgten. Das Politbüro der KPD hatte bereits am 5. April 1945 „Richtlinien für die Arbeit der deutschen Antifaschisten in dem von der Roten Armee besetzten deutschen Gebiet verabschiedet“³⁾. Im Hinblick auf die Besetzung des Personalamtes in den neuen Verwaltungen hieß es dort: „Die Leitung dieses Amtes soll in der Regel ein Genosse in den Händen haben, der in den letzten Jahren außerhalb Deutschlands als antifaschistischer Funktionär gearbeitet hat.“ In der Tat wurde in allen höheren oder wichtigen Verwaltungen ein KPD-Mitglied Personalchef. Im Fall des bereits am 14. Mai 1945 eingesetzten Magistrates von Berlin war dies beispielsweise Arthur Pieck, Sohn des KPD-Vorsitzenden Wilhelm Pieck, der als Soldat der Roten Armee nach Deutschland zurückgekehrt war. Die Bevorzugung von Remigranten erklärt

¹⁾ Um ein antifaschistisch-demokratisches Deutschland, Dokumente aus den Jahren 1945–1949, Berlin (Ost) 1968, S. 56 ff.

²⁾ Dietrich Staritz, Die Gründung der DDR. Von der sowjetischen Besatzungsherrschaft zum sozialistischen Staat, München 1984, S. 79.

³⁾ Um ein antifaschistisch-demokratisches Deutschland (Anm. 1), S. 5 ff.

sich aus der großen ideologischen Unsicherheit, welche angesichts des neuen Kurses zunächst in den Reihen der KPD herrschte. Genossen, die aus dem Konzentrationslager oder der Illegalität kamen, waren ideologisch noch nicht auf dem laufenden.

Im Juli 1945 bestätigte die Sowjetische Militäradministration in Deutschland (SMAD) die Regierungen für die neuen Länder Mecklenburg-Vorpommern, Sachsen und Thüringen sowie die neuen „Provinzialverwaltungen“ Brandenburg und Provinz Sachsen (später Sachsen-Anhalt). Ein faktischer Unterschied zwischen Ländern und Provinzen ist nicht zu erkennen; Ende 1946 wurden auch die Provinzen offiziell zu Ländern. Ende Juli ordnete die SMAD ebenfalls die Bildung von elf Zentralverwaltungen an; fünf weitere kamen in den nächsten zwei Jahren hinzu. Diese Zentralverwaltungen hatten allerdings zunächst eine eher schwache Position. Sie waren in erster Linie Hilfsinstitutionen für die SMAD und konnten in der Regel nur auf dem Umweg über die SMAD faktischen Einfluß erlangen. Nur auf einzelnen Gebieten wie Bahn- oder Postwesen konnten sie deutschen Instanzen Anweisungen geben. Faktisch blieben die Länder- bzw. Provinzialverwaltungen bis zum Frühjahr 1948 die höchsten deutschen Instanzen⁴⁾.

Personell waren die neuen Behörden, Landesregierungen und Zentralverwaltungen pluralistisch zusammengesetzt. Bürgerliche Fachleute, sofern nicht NS-belastet, fanden in großer Zahl Verwendung, und nichtkommunistische Politiker konnten durchaus einflußreiche Positionen einnehmen. Unter anderem waren sämtliche Ministerpräsidenten der Länder Nichtkommunisten; der Christdemokrat Ferdinand Friedensburg leitete die Zentralverwaltung der Brennstoffindustrie, und der liberale Politiker Eugen Schiffer wurde Präsident der Zentralverwaltung für Justiz. Die KPD war allerdings weit überrepräsentiert und hatte sich die Schlüsselstellungen gesichert. Beispielsweise hatten die nichtkommunistischen Ministerpräsidenten ausnahmslos kommunistische 1. Vizepräsidenten an ihrer Seite. Und es waren die 1. Vizepräsidenten, welche für die machtpolitisch schwerwiegenden Ressorts wie Inneres, Personalpolitik und Justiz zuständig waren; der Aufbau der neuen Polizei erfolgte unter ihrer Aufsicht und hatte, wie es eine DDR-Publikation formulierte, „nach strengen klassenmäßigen Grundlagen zu erfolgen“⁵⁾. Dank ihres Zugriffes auf das Personalwesen konnte die KPD,

und dann später die SED, ihre personelle Dominanz zielstrebig ausbauen.

Die Errichtung der personellen Hegemonie von KPD und dann SED wurde objektiv erheblich durch die umfangreichen Entnazifizierungsmaßnahmen erleichtert. Nach ersten Entlassungsbefehlen örtlicher sowjetischer Offiziere, Entnazifizierungsinitiativen deutscher Antifaschisten, zentralen SMAD-Befehlen und Verordnungen der neuen Länder und Provinzialverwaltungen verloren Zehntausende von NSDAP-Mitgliedern ihre Positionen (von denen später allerdings nicht wenige wieder eingestellt wurden).

Der Aufbau erster neuer Verwaltungen und die Konsolidierung der KPD bedeutete auch das Ende der sogenannten Antifa-Ausschüsse⁶⁾. Unmittelbar nach dem Einmarsch der Roten Armee (an einigen Stellen auch vorher) hatten sich vor allem in den Großstädten sogenannte „Volkskomitees“, „Antifa-Ausschüsse“, lokale Gruppen des „Nationalkomitees Freies Deutschland“ und ähnliche gebildet. Der genaue Umfang dieser Bewegung ist noch nicht bekannt. Immerhin wurden bislang für den heutigen Bezirk Dresden 68, für Thüringen 80 derartiger Komitees ermittelt. Diese Komitees setzten die Strom- und Wasserversorgung wieder in Gang, organisierten die Lebensmittelversorgung und begannen mit der Entnazifizierung der Behörden. Personell wurden diese Gruppen hauptsächlich von ehemaligen KPD- und SPD-Aktivisten getragen, aber auch viele bürgerliche, antinazistische eingestellte Fachkräfte arbeiteten mit.

Die KPD-Führung betrachtete diese spontan entstandenen, von ihr nicht kontrollierten Komitees mit erheblichem Mißtrauen und drängte auf ihre Eliminierung. Der Preis dieses Vorgehens war erheblich. Viele aktive kooperationswillige Antifaschisten wurden zumindest zeitweilig demotiviert, wenn nicht gar abgestoßen, und alternative demokratische Strukturen, die teilweise ihren Ursprung im Widerstand hatten, konnten für den Neuaufbau nicht mehr nutzbar gemacht werden.

Insgesamt konnte die KPD-Führung bereits nach wenigen Wochen beträchtliche Fortschritte verbuchen. Die Mitgliederzahl der Partei wuchs rasch (im November waren es bereits 270 000), der Führungsanspruch des remigrierten Zentralkomitees wurde kaum mehr bestritten, und trotz immer wieder aufbrechender ideologischer Kontroversen war die KPD ein diszipliniertes Instrument in den Händen der Führung. Dank der Rückendeckung durch die SMAD hatte sie einen erheblichen organisatorischen Vorsprung gegenüber den anderen Parteien SPD, CDU und LDPD. In den neuen Verwaltungen hielt die KPD die Schlüsselpositionen. Eine schon zitierte DDR-Publikation resümierte das

⁴⁾ Zum Aufbau der Landesregierungen und Zentralverwaltungen siehe die entsprechenden Abschnitte in: Martin Broszat/Hermann Weber (Hrsg.), SBZ-Handbuch. Staatliche Verwaltungen, Parteien und gesellschaftliche Organisationen und ihre Führungskräfte in der Sowjetischen Besatzungszone Deutschlands 1945–1949, München 1990.

⁵⁾ Autorenkollektiv, Revolutionärer Prozeß und Staatsentstehung, Berlin (Ost) 1976, S. 79.

⁶⁾ Vgl. D. Staritz (Anm. 2), S. 96 ff.

machtpolitische Ergebnis wie folgt: „Im Mittelpunkt des revolutionären Prozesses am Beginn des Übergangs vom Kapitalismus zum Sozialismus

stand die Frage nach dem ‚entscheidenden Einfluß auf die Staatsmacht‘. Sie wurde zugunsten der Arbeiterklasse und ihrer Verbündeten gelöst.“⁷⁾

II. „Junkerland in Bauernhand!“

Bereits in ihrem Juni-Aufruf hatte die KPD-Führung die „Liquidierung des Großgrundbesitzes“ als eine der „unmittelbarsten und dringendsten Aufgaben“ bezeichnet, Anfang August 1945 begann die KPD systematisch, diesen Punkt in die Praxis umzusetzen⁸⁾. Rudolf Reutter, Leiter der Landabteilung des ZK, sowie Edwin Hoernle, Präsident der Deutschen Verwaltung für Land- und Forstwirtschaft, erhielten den Auftrag, den Entwurf einer Bodenreformverordnung auszuarbeiten. Am 12. August 1945 lag der erste Entwurf vor, der in den folgenden Wochen noch mehrmals überarbeitet wurde. An den Besprechungen nahm zumindest zeitweise der Politische Berater der SMAD, Wladimir S. Semjonow, teil. Vermutlich auf einer Sitzung am 22. August billigte das ZK-Sekretariat eine Anweisung an die Bezirks- und Kreisleitungen, welche die Grundzüge der Bodenreform enthielt: Der gesamte Großgrundbesitz über 100 Hektar sowie der Boden von Naziaktivisten und Kriegsverbrechern war entschädigungslos zu enteignen und an landarme Bauern, Landarbeiter und „Umsiedler“ – Flüchtlinge und Vertriebene aus den Ostgebieten und dem Sudetenland – zu verteilen. Die neuen Wirtschaften sollten auf guten Böden bis zu fünf Hektar, auf schlechteren bis zu zehn Hektar groß sein. Größere Maschinen und Geräte sowie gütereigene Verarbeitungsbetriebe waren von zu gründenden Ausschüssen der gegenseitigen Bauernhilfe zu übernehmen.

Die Frage, ob diese Konzeption in erster Linie von der KPD-Führung selbst entwickelt wurde oder von sowjetischen Stellen, kann gegenwärtig nicht beantwortet werden. Auf jeden Fall lassen sich im praktischen Vorgehen keine Divergenzen zwischen KPD-Führung und Besatzungsmacht feststellen.

Im Laufe des August entfaltete die KPD eine umfangreiche Agitation für die Bodenreform. Die Kampagne kulminierte am 2. September 1945 in einer Rede des KPD-Vorsitzenden Wilhelm Pieck auf einer Versammlung im brandenburgischen Kyritz unter dem Motto „Junkerland in Bauernhand“. Am 30. August 1945 präsentierte die KPD ihren Bodenreform-Entwurf auf der konstituierenden Sitzung des antifaschistisch-demokratischen Blocks der Provinz Sachsen. Die KPD konnte sich

mit ihrer Konzeption dort zunächst nicht durchsetzen. Auch der zentrale Ausschuß des Blocks in Berlin verweigerte seine Zustimmung. Der Gedanke einer Bodenreform war zwar weit verbreitet, aber die von der KPD geforderte entschädigungslose Enteignung nicht nur von Kriegsverbrechern, sondern grundsätzlich von allen Bodenbesitzern über 100 Hektar traf auf entschiedenen Widerstand. Und gegen die Idee der Zerschlagung der Großbetriebe wurden angesichts der Notlage gravierende ernährungspolitische Gesichtspunkte geltend gemacht.

Am 3. September 1945 nahm das Präsidium der Provinzialverwaltung der Provinz Sachsen den KPD-Entwurf an und erhob ihn zur Verordnung mit Gesetzeskraft. Bis zum 10. September schlossen sich die übrigen Länder an.

Für den Erfolg der KPD spielte die Pression von seiten der SMAD eine wichtige Rolle. Die Besatzungsmacht griff zwar nicht direkt mit Befehlen in die Auseinandersetzungen ein, aber die sowjetischen Offiziere markierten unzweideutig den Wunsch der Besatzungsmacht. Beispielsweise erklärte der Major Demisow auf der wichtigen zweiten Sitzung des antifaschistisch-demokratischen Blocks in Halle, daß die hier geäußerte Position, die Provinzialverwaltung für nicht zuständig zu erklären und die Frage an den Alliierten Kontrollrat zu verweisen, als ausgesprochenes Mißtrauen gegen die sowjetischen Stellen aufgefaßt werden würde⁹⁾.

Daneben war es der KPD aber auch gelungen, die anderen Parteien von der Basis aus unter Druck zu setzen. Die Vorstellung, daß es sich bei Großgrundbesitzern um Träger von Militarismus und Reaktion handele, war weit verbreitet, und die Landverteilung erschien vielen als ein Akt elementarer Gerechtigkeit. Konsequentermaßen denunzierte die KPD jeden Widerstand gegen die entschädigungslose Enteignung oder auch nur Forderungen nach Änderung einzelner Bestimmungen als junkerfreundliche Verzögerungs-Manöver. „Die Christlich-Demokratische Union“, heißt es in einem Bericht der Provinzleitung Sachsen der CDU, „konnte es sich unter diesen Umständen nicht leisten, weiter auf ihrem Standpunkt zu beharren, da sonst die Gefahr

⁷⁾ Revolutionärer Prozeß (Anm. 5), S. 39.

⁸⁾ Joachim Piskol/Christel Nehrig/Paul Trixa, Antifaschistisch-demokratische Umwälzung auf dem Lande 1945 bis 1949, Berlin (Ost) 1984, S. 32 ff.

⁹⁾ Vgl. die Dokumente bei Peter Hermes, Die CDU und die Bodenreform in der Sowjetischen Besatzungszone im Jahre 1945, Saarbrücken 1963, S. 118 ff.

bestand, jeden politischen Einfluß zu verlieren“¹⁰⁾. Stimmungsmäßig war die KPD im Aufwind.

Bei der Bodenreform wurden rund 7 000 Betriebe enteignet. Sie umfaßten etwa 35 Prozent der landwirtschaftlichen Nutzfläche der SBZ; in Mecklenburg waren es sogar 54 Prozent. Aus dem auf diese Weise gewonnenen Bodenfonds wurden etwa 200 000 Neubauernstellen geschaffen; 350 000 Kleinbauern, Pächter usw. erhielten Landzulagen. Ein mit 30 Prozent ungeplant hoher Anteil des Bodenfonds wurde nicht individuell verteilt, sondern verblieb in der öffentlichen Hand. Daraus wurden vor allem Volkseigene Güter geschaffen. Die Methoden der Enteignung waren vielerorts rüde. Da Bauern und Landarbeiter unter den Augen der Großgrundbesitzer vielfach zögerten, sich um Boden zu bewerben, wurden Ende September/Anfang Oktober sämtliche enteigneten Grundbesitzer aus ihren Dörfern, später ganz aus dem betreffenden Landkreis ausgewiesen. Oft wurden sie handgreiflich vertrieben, nicht selten auch verhaftet. Allein in Thüringen betraf das nach neueren DDR-Angaben 115 Großagrarien¹¹⁾.

Die Entscheidung, die enteigneten Güter überwiegend nicht etwa als Kooperativen oder Staatsbetriebe weiterzuführen, sondern aufzuteilen und neuen bäuerlichen Kleinbesitz zu schaffen, war in der KPD sehr umstritten. Noch im Januar 1946 sprachen sich beispielsweise Kursanten der KPD-Parteischule in Schmerwitz massiv für die kollektive Bewirtschaftung aus¹²⁾. Auch fast alle Agrarexperten (von denen viele einer Bodenreform prinzipiell positiv gegenüberstanden) lehnten die Aufteilung scharf ab. Zwar hatten sich Kleinbetriebe bei der Viehwirtschaft (abgesehen von Schafen) und arbeitsintensiver Veredelungswirtschaft als überlegen erwiesen; bei unveredelten Erzeugnissen (Getreide, Kartoffeln, Rüben) waren jedoch Großbetriebe eindeutig leistungsfähiger. Unter ökonomischen Gesichtspunkten hätte bei der Festlegung der Betriebsgröße also unbedingt nach Anbauarten unterschieden werden müssen.

Im Herbst 1945 fehlten nahezu alle Voraussetzungen für eine effektive Bewirtschaftung auf kleinbäuerlicher Grundlage. Vielen Neubauern — oft berufsfremde „Umsiedler“ oder wenig ausgebildete Landarbeiter — fehlten die notwendigen Kenntnisse, und außerdem waren die materiellen Voraussetzungen wie Gebäude oder Geräte nicht vorhanden. Es überrascht daher nicht, daß weitaus die meisten Neubauern (in Mecklenburg 90 Prozent) den Gutsbetrieb zunächst mit Unterstützung fast aller Treuhänder, Bürgermeister und örtlichen Agrarexperten in Form einer „Gemeinwirtschaft“ weiterführten. Bauern, Agrarexperten und Kom-

munisten an der Basis hatten offensichtlich ähnliche Vorstellungen von dem augenblicklich Notwendigen¹³⁾.

SMAD und KPD-, dann SED-Führung lehnten diese Gemeinwirtschaft und alle Vorschläge zur Errichtung von Kooperativen, langfristigen Aufteilung oder ähnliches konzessionslos ab und bestanden auf rascher, faktischer Aufteilung. Bis Ende 1946/Anfang 1947 war der Übergang zur Individualwirtschaft weitgehend durchgesetzt. Hinter diesem rigorosen Kurs stand eine politische Überlegung: Bei der Weiterführung des Gutsbetriebes in Form von Kooperativen konnten Bodenreformgegner und Großgrundbesitzer noch auf Rückkehr spekulieren, die Neubauern selbst blieben vielleicht unsicher, was die Dauerhaftigkeit der neuen Verhältnisse anging. War der Boden hingegen aufgeteilt, war die Bodenreform unumkehrbar. Diesem Kalkül wurden sämtliche agrarökonomischen Argumente geopfert.

Mit der Bodenreform wurde der Großgrundbesitz als sozialökonomischer und politischer Faktor ausgeschaltet, und politisch errang die KPD/SED eine starke Stellung auf dem Land. „Es kann ohne Übertreibung gesagt werden, daß wir eine breite politische Basis in den Dörfern erlangt haben“, konnte im Januar 1946 die Bezirksleitung Sachsen einschätzen¹⁴⁾. Und im agrarisch geprägten Mecklenburg zählte die KPD Ende 1945 32 000 Mitglieder; 1933 waren es ganze 2 800 gewesen¹⁵⁾. Insofern war die Bodenreform aus SMAD- bzw. KPD/SED-Sicht ein voller Erfolg. Andererseits schwächte die sofortige Aufteilung die Landwirtschaft der SBZ gerade in einer Notzeit ganz erheblich. Und nur wenige Umstände schlugen für die SED so negativ zu Buche wie gerade die im Vergleich zum Westen schlechte Ernährungslage, wobei allerdings neben der Aufteilung auch andere Faktoren — Kriegschäden, Reparationen u. ä. — eine Rolle spielten. Insofern war die Bodenreform in ihrer konkreten Form ein politischer Bumerang.

Spätestens nach der Dürre des Sommers 1947 waren die meisten Neubauernwirtschaften in eine äußerst ernste Lage geraten. Am 9. September 1947 setzte die SMAD (Befehl Nr. 209) ein umfangreiches Hilfsprogramm ins Werk. Die fehlenden materiellen Voraussetzungen der Aufteilung sollten nun nachträglich geschaffen werden. Bis Ende 1948 waren insgesamt 37 000 Gehöfte für die Neubauern zu errichten, und außerdem sollten die Länder Sachsen, Sachsen-Anhalt und Thüringen 85 000 Stück

¹³⁾ Ein knapper Überblick über die ökonomischen Probleme der Neubauern: Wolfgang Zank, *Wirtschaft und Arbeit in Ostdeutschland 1945–1949. Probleme des Wiederaufbaus in der Sowjetischen Besatzungszone Deutschlands*, München 1987, S. 152 ff.

¹⁴⁾ J. Piskol u. a. (Anm. 8), S. 64.

¹⁵⁾ Vgl. D. Staritz (Anm. 2), S. 92.

¹⁰⁾ Ebd., S. 119.

¹¹⁾ Vgl. J. Piskol u. a. (Anm. 8), S. 62.

¹²⁾ Vgl. ebd., S. 37 f.

Rindvieh an die Neubauern Brandenburgs und Mecklenburgs abgeben. Vor allem das Bauprogramm wurde zu einem Schwerpunkt der SED-Wirtschaftspolitik. Auch 1949 wurde es noch fortgesetzt. Bis Anfang 1950 hatten auf diese Weise wahrscheinlich etwa die Hälfte aller Neubauern zumindest eigene Wohngebäude¹⁶⁾. Angesichts sehr knapper Ressourcen in der Bauwirtschaft war der Preis dieses Programms erheblich.

III. „Die Betriebe von Kriegs- und Naziverbrechern in das Eigentum des Volkes!“

Unter dem Diktat der Not gingen unmittelbar nach Kriegsende Teile der Betriebsbelegschaften daran, die Produktion wieder in Gang zu setzen. Die Initiative ging von „Aktivisten der ersten Stunde“ aus, meist ehemalige Mitglieder der Arbeiterparteien oder Gewerkschaften. Die zunächst unkoordinierten örtlichen Aktivitäten bekamen vielerorts rasch eine deutliche politische Komponente: Die Belegschaften wählten Betriebsräte oder Betriebsausschüsse, zwangen NS-belastete Eigentümer und Direktoren zum Verlassen der Werke (sofern diese nicht von sich aus bereits gegangen waren) und setzten neue Leitungen ein. In den meisten Fällen, in denen die alten Besitzer oder Manager das Unternehmen weiterführten, setzten die Betriebsräte Betriebsvereinbarungen durch, die ihnen auch bei Planung und Leitung der Produktion weitgehende Befugnisse sicherten¹⁷⁾.

Wenn auch der Umfang dieser Bewegung nicht genau abgeschätzt werden kann, so war der Enteignungsprozeß in der Industrie keinesfalls nur eine Aktion von oben. Sozialistische Gedanken, wenn auch oft diffus und in vielem diametral von stalinistischen Vorstellungen abweichend, waren weitverbreitet.

Die Besatzungsmacht griff in die Eigentumsverhältnisse in der Industrie zunächst nicht ein, legte allerdings am 21. Juli 1945 im Rahmen des umfangreichen Befehls Nr. 9 fest, daß die deutschen Landesverwaltungen Treuhänder für die von ihren Besitzern verlassenen Betriebe einzusetzen hätten. Diese bestätigten in der Regel die von den Belegschaften getroffenen Entscheidungen. Auf dem Geld- und Kreditsektor verfügte die Besatzungsmacht allerdings bereits am 23. Juli (Befehl Nr. 10) die Sperrung sämtlicher Alt-Konten bei Banken und Sparkassen sowie sämtlicher Guthaben bei den Versicherungen. Auf kommunaler, städtischer und

Obwohl Anfang 1950 die materielle Ausstattung der meisten Neubauernwirtschaften noch völlig unzureichend war, wurde das bis Ende 1949 noch ausgiebig propagandierete Programm stillschweigend abgebrochen. Auf dem III. SED-Parteitag im Juli 1950 wurde es nicht mehr erwähnt. Offensichtlich bestimmte der anvisierte Aufbau von Kooperativen bereits die Politik. Offiziell war das erst ab 1952 der Fall.

Länder-/Provinzebene waren neue Banken, Sparkassen und Versicherungen zu gründen¹⁸⁾.

Am 30. Oktober 1945 verfügte die SMAD mit dem Befehl Nr. 124 umfangreiche Beschlagnahmen diverser Eigentums-kategorien. Formaljuristisch trug diese „Sequestrierung“ vorläufigen Charakter. Als Begründung wurde in der Präambel des Befehls nur angegeben, sie diene dazu, „Raub und Mißbrauch“ dieses Eigentums zu verhindern und es am rationellsten für die Bedürfnisse der Bevölkerung nutzbar zu machen. Der Beschlagnahme verfielen deutsches Staatseigentum, der Besitz nazistischer und militaristischer Organisationen, das Eigentum der ehemaligen Verbündeten des Großdeutschen Reiches (physische und juristische Personen), herrenloses Gut sowie der Besitz von „Amtsleitern der Nationalsozialistischen Partei, deren führenden Mitgliedern und einflußreichen Anhängern“. Die deutschen Selbstverwaltungsorgane hatten den sowjetischen Militärkommandanten bis zum 20. November 1945 entsprechende Listen einzureichen. Die Landesverwaltung Sachsen präziserte dabei in einer Anweisung: „Darunter fallen Personen, die . . . wichtige Funktionen im Staats-, Wirtschafts- und Verwaltungsapparat ausübten¹⁹⁾“. Damit waren sämtliche wichtigen Betriebe zu beschlagnahmen.

Besatzungsmacht und KPD/SED-Führung begründeten in den ersten Jahren auch die umfangreichsten Enteignungen durchweg antifaschistisch, keineswegs antikapitalistisch. Da allerdings nach ihrer Definition das Großkapital (und der Großgrundbesitz) die wichtigsten Säulen des Nazismus darstellten, war eine konsequente antifaschistische Politik gleichzeitig in großem Umfang antikapitalistisch. Auch eine Vergangenheit als aktiver Widerständler rettete keinen Großgrundbesitzer oder Fabrikanten vor der Enteignung.

¹⁶⁾ Die veröffentlichten Zahlenangaben zur Verwirklichung des Neubauernprogramms sind sehr lückenhaft. Eine Diskussion der Angaben bei W. Zank (Anm. 13), S. 158.

¹⁷⁾ Vgl. D. Staritz (Anm. 2), S. 163 ff.

¹⁸⁾ Text in: Um ein antifaschistisch-demokratisches Deutschland (Anm. 1), S. 72 ff.

¹⁹⁾ Werner Krause, Die Entstehung des Volkseigentums in der Industrie der DDR, Berlin (Ost) 1958, S. 42.

Die Frage, was mit den beschlagnahmten Betrieben zu geschehen sei, blieb zunächst offen. Am 14. Februar 1946 schlug der sächsische KPD-Vorsitzende Hermann Matern im Auftrag des Zentralkomitees auf einer Funktionärsversammlung in Dresden vor, eine Volksabstimmung über die Enteignung der Betriebe durchzuführen. Walter Ulbricht teilte auf der 1. Reichskonferenz der KPD am 2. und 3. März mit, daß die SMAD gegen eine derartige Abstimmung keine Einwände hätte. Es war naheliegend, daß die KPD Sachsen als Austragungsfeld wählte, war doch dieses Land am meisten industrialisiert und traditionell am „rotesten“.

Die Landesverwaltung Sachsen verabschiedete am 4. April die rechtlichen Grundlagen zur Durchführung von Volksentscheiden, die von der Besatzungsmacht am 23. Mai bestätigt wurden. Am 30. April 1946 billigte eine Kommission in Sachsen einstimmig den Entwurf einer „Verordnung über die Enteignung von Naziverbrechern“. Ihr gehörten Vertreter der Landesverwaltung, der frisch gegründeten SED sowie der nichtmarxistischen Parteien LDPD und CDU an. Danach waren Naziverbrecher, aktive Nazis sowie „Kriegsinteressenten“ (nach Definition der SED zählte hierzu jedes größere Unternehmen) zu enteignen²⁰). Die beschlagnahmten Betriebe wurden in drei Kategorien eingeteilt. Die sogenannte Liste A enthielt diejenigen Werke, die zur Enteignung vorgeschlagen wurden; die Unternehmen der Liste B sollten an ihre Besitzer zurückgegeben werden, und das Schicksal der Betriebe auf der Liste C behielt sich die Besatzungsmacht zunächst selbst vor. Auf diese Liste hatte die Landessequesterkommission auch diejenigen Betriebe setzen lassen, bei denen sich die örtlichen Kommissionen nicht hatten einigen können.

Der Volksentscheid in Sachsen wurde zur ersten Massenkampagne der am 22. April 1946 gegründeten SED – wie es scheint, bei weitem ihre erfolgreichste. In Sachsen riefen auch CDU, LDPD sowie die Kirchen dazu auf, bei dem Volksentscheid mit „Ja“ zu stimmen. Allerdings gelang es der SED nicht, eine zustimmende Erklärung des zentralen Ausschusses der Blockparteien in Berlin herbeizuführen.

Am 30. Juni 1946 konnten etwa 3,7 Millionen sächsische Wahlberechtigte beim Volksentscheid zu der folgenden Frage Stellung nehmen: „Stimmen Sie dem Gesetz über die Übergabe von Betrieben von Kriegs- und Naziverbrechern in das Eigentum des Volkes zu?“ Die Wahlbeteiligung betrug fast 94 Prozent. Sechs Prozent gaben ungültige Stim-

zettel ab, 17 Prozent stimmten mit Nein und 78 Prozent mit Ja²¹).

Mit dem Volksentscheid wurden in Sachsen 1 861 Betriebe formal enteignet; die Landesverwaltung übernahm davon 1 002 Werke, 380 kleinere Betriebe wurden an Private verkauft, und der Rest wurde den Kommunen und Genossenschaften übereignet. Bis Ende August erließen sämtliche Landes- und Provinzialverwaltungen ähnliche Enteignungsgesetze. Die Frage, welche Betriebe konkret zu enteignen waren, sorgte allerdings noch gut zwei Jahre für Unruhe. CDU- und vor allem LDPD-Vertreter in den jeweiligen Kommissionen für Sequestrierung widersetzten sich vielerorts einer extensiven Auslegung des Begriffs „Kriegsinteressent“ und hatten nicht selten Erfolg²²).

Auch die betroffenen Belegschaften schalteten sich gelegentlich in die Auseinandersetzungen ein. Der sächsische Wirtschaftsminister Fritz Selbmann berichtete jedenfalls auf einer Tagung am 27. Januar 1947, „daß vor einigen Tagen Streiks stattgefunden haben oder Arbeitsniederlegungen durchgeführt worden sind, weil befürchtet werden mußte, daß eine Anzahl von Betrieben früherer Nazi- oder Kriegsverbrecher diesen wieder zurückgegeben werden sollte.“²³) Im April 1948 verkündete die SMAD (Befehl Nr. 64) das Ende der Sequestrierung. Nach Einschätzung der Verantwortlichen war der „volkseigene Sektor“ vorerst groß genug, und andauernde Auseinandersetzungen in dieser Frage würden nur Unruhe ins Bürgertum tragen. Im Zeichen des sich rasch verschärfenden Kalten Krieges war dies bündnispolitisch unerwünscht.

Die im Zuge der Verstaatlichungen entstandenen „Volkseigenen Betriebe“ (VEB) lieferten 1947 etwa 37 Prozent der industriellen Bruttoproduktion²⁴). Weitere 20 Prozent entfielen auf die „Sowjetischen Aktiengesellschaften“ (SAG). Dabei handelte es sich um die größten Betriebe der SBZ (anfangs etwa 200), welche die Besatzungsmacht direkt in sowjetisches Eigentum überführte. Diese Betriebe wurden bis 1954 in Etappen an die SBZ/DDR zurückgegeben. Auf Privatbetriebe entfielen 1947 noch etwa 44 Prozent der industriellen Bruttoproduktion. Der verstaatlichte Sektor hatte also bereits das Übergewicht. Auch die Banken sowie Bahn und Post unterstanden staatlicher Kontrolle.

²¹) Siehe dazu den Abschnitt „Wahlen“ in: SBZ-Handbuch (Anm. 4).

²²) Zur Auseinandersetzung in den Sequesterkommissionen siehe: Autorenkollektiv (Ltg. Karl-Heinz Schöneburg), Die Entstehung des Arbeiter- und Bauernstaates der DDR 1945–1949, Berlin (Ost) 1983, insbes. S. 153 ff.

²³) Ebd., S. 167.

²⁴) Vgl. W. Krause (Anm. 19), S. 108.

²⁰) Vgl. ebd., S. 66 ff.

IV. „Mehr produzieren, gerechter verteilen, besser leben!“

Der wirtschaftliche Wiederaufbau machte in der SBZ zunächst raschere Fortschritte als in den Westzonen. Die Ursachen dieser Anfangserfolge waren vielfältig: Die sowjetische Besatzungsmacht unterstützte, anders als die Westalliierten, von Anbeginn alle Initiativen zur raschen Produktionsaufnahme; die „Aktivisten der ersten Stunde“ konnten jedenfalls teilweise die in weiten Kreisen verbreitete Letargie überwinden. Trotz Kriegszerstörungen und Demontagen gab es zahlreiche ungenutzte industrielle Kapazitäten (die Kriegs- und vor allem Demontageverluste werden in der Literatur bis heute weit überschätzt), und vor allem befanden sich aus der Kriegszeit zum Teil noch umfangreiche Vorräte in den Werken. Sobald also die wichtigsten Brücken, Kraftwerke und andere notwendige Infrastruktureinrichtungen repariert waren, konnte die Produktion wieder aufgenommen werden²⁵).

In dem Maße, in dem die Vorräte abnahmen, schwanden die Voraussetzungen für die Anfangserfolge. Außerdem warfen immer neue Demontagewellen, die auch zentrale Engpaßbereiche wie das Verkehrswesen in Mitleidenschaft zogen, das Produktionsniveau zurück. Die hohen Reparationen (1947 mußte schätzungsweise rund ein Viertel der materiellen Produktion an die Besatzungsmacht geliefert werden) waren eine harte ökonomische Belastung. Zusammen mit der anhaltenden Ernährungskrise wirkten sie zerstörerisch auf die Arbeitsmotivation. Der „Jahrhundertwinter“ 1946/47 stürzte die SBZ-Wirtschaft schließlich in eine tiefe Krise. 1947 wurde im wesentlichen ein Jahr der Stagnation, die Arbeitsmoral befand sich auf dem Tiefstand.

An der Krise hatten die zahllosen Unzulänglichkeiten der Wirtschaftslenkung einen erheblichen Anteil. Die Besatzungsmacht hatte den Aufbau eines außerordentlich rigiden Bewirtschaftungssystems auf der Basis von Quartalsplänen angeordnet. Theoretisch durften fast alle Waren nur mit behördlicher Lieferanweisung bewegt werden, Empfänger waren an einen bestimmten Produzenten gebunden. Dieses System war außerordentlich schwerfällig und mußte allein schon aus dem Mangel an verlässlichen statistischen Unterlagen und großen personellen Lücken in Behörden und Betrieben scheitern. Verschiedene Instanzen (Besatzungsmacht, Zentralverwaltungen, Länder) erstellten eine große Zahl von Plänen, die jedoch nicht aufeinander abgestimmt waren. Zuteilungen auf dem Papier und Lieferungen in der Praxis waren zudem zwei völlig verschiedene Dinge.

²⁵ Vgl. dazu W. Zank (Anm. 13), insbes. Kapitel II und Anhang I.

Die Betriebe versorgten sich gezwungenermaßen auf dem Grauen Markt und organisierten umfangreiche Tauschgeschäfte. Auch und gerade VEB und SAG-Betriebe beteiligten sich in großem Umfang an diesen offiziell streng verbotenen Kompensationsgeschäften. Faktisch verfügten die Betriebe innerhalb des ökonomischen Chaos über einen beträchtlichen Spielraum. Dieser Spielraum war auch eine Voraussetzung für den erheblichen Einfluß, den die Belegschaften auf die Planung und Leitung der Produktion ausüben konnten²⁶).

Bruno Leuschner, Leiter der Abteilung Wirtschaft und Finanzen im Parteivorstand der SED, unterzog im August 1946 das bisherige Planungs- und Bewirtschaftungssystem einer umfassenden Kritik und schlug als Lösung eine systematische Stärkung der SBZ-Zentralinstanzen vor. Im einzelnen forderte er eine zentrale deutsche Planungskommission und eine starke deutsche Wirtschaftsverwaltung, die selbständig planen, lenken und kontrollieren sollten. Die Besatzungsmacht sollte sich auf die übergeordnete Überwachung beschränken. Reparationen und der Bedarf der Besatzungstruppen waren im voraus anzumelden und zusammen mit dem deutschen Bedarf zu planen. In einem großen Wirtschaftsplan sollten Produktions-, Transport-, Verteilungs-, Rohstoff- und andere Pläne koordiniert werden²⁷).

Angesichts des bisherigen administrativen Chaos gab es gewichtige pragmatische Gründe für eine Straffung der Kompetenzen. Vor allem aber konnte die SED auf diese Weise ihre machtpolitische Position ausbauen. Noch besaßen ungebundene Kräfte und ausgesprochene SED-Gegner starke Stellungen auf lokaler und regionaler Ebene. Nach den Wahlen am 20. Oktober 1946 verfügten CDU und LDPD zusammen in den Landtagen von Brandenburg und Sachsen-Anhalt über die Mehrheit, in den anderen Landtagen war ihre Position die einer starken Minderheit²⁸). Durch Stärkung von SED-dominierten Zentralinstanzen über den Ländern konnten derlei „Störfaktoren“ ausgeschaltet werden.

Die Besatzungsmacht genehmigte jedoch vorerst eine derartige Stärkung der Zentralinstanzen nicht; die Konzeptionen von SED und SMAD wichen erkennbar voneinander ab. Vermutlich wollte die so-

²⁶ Siehe dazu ausführlich: Siegfried Suckut, Die Betriebsrätebewegung in der SBZ 1945 bis 1948, Frankfurt/M. 1984.

²⁷ Vgl. Wolfgang Mühlfriedel, Die Wirtschaftsplanung in der Sowjetischen Besatzungszone von den Anfängen bis zur Bildung der Deutschen Wirtschaftskommission, in: Jahrbuch für Wirtschaftsgeschichte, 1985/II, S. 9 ff., insbes. Anm. 42 und 43.

²⁸ Vgl. den Abschnitt „Wahlen“ in: SBZ-Handbuch (Anm. 4).

wjetische Führung mögliche gesamtdeutsche Lösungen nicht blockieren. Zumindest wollte sie nicht die jeweils ersten staatspolitischen Schritte auf dem Weg zur Spaltung tun. Die sowjetische Besatzungsmacht hielt daher die staatspolitische Situation ihrer Zone bis zum Frühjahr 1948 in der Schwebe.

Nach der wirtschaftlichen Krise im Gefolge des Wintereinbruchs und dem Zusammenschluß der britischen und amerikanischen Zone zur Bizone (ab 1. Januar 1947) gab die SMAD im Januar 1947 eine Reihe von Maßnahmen zur Stabilisierung ihrer Zone bekannt (74 SAG-Betriebe wurden zurückgegeben, die Reparationsbelastung gesenkt und die niedrigste Lebensmittelkarte 6 abgeschafft). Die Sowjetunion begann offensichtlich, ihre hauptsächlich an kurzfristigen Interessen orientierte „Abräum“-Haltung zu ändern. Außerdem gab sie bei drei Zentralverwaltungen die Ausarbeitung eines Musterstatuts in Auftrag. Dieses Statut sah eine erhebliche Stärkung der Position der Zentralverwaltungen auf Kosten der Länder vor und stieß bei diesen auf massive Kritik.

Am 10. Februar 1947 unterzeichneten die Vertreter von drei wirtschaftlichen Zentralverwaltungen (Brennstoff/Energie, Industrie und Handel/Versorgung) mit Vertretern dreier Länder eine Vereinbarung, welche den Zentralverwaltungen (eng begrenzte) Koordinierungsbefugnisse gegenüber den Ländern einräumte. Diese Zentralverwaltungen waren (ebenso wie die später hinzukommende für Landwirtschaft) SED-dominiert. Der sächsische Wirtschaftsminister Selbmann (KPD/SED) und sein thüringischer Kollege Appell (SPD/SED) weigerten sich jedoch, die Vereinbarung zu unterzeichnen. Die SED war offensichtlich in dieser Frage gespalten; energische „Provinzfürsten“ bremsten den Zentralisierungskurs.

Erst im April 1947 konnte eine Übereinkunft mit allen Ländern geschlossen werden. Die SMAD genehmigte sie jedoch erst am 4. Juni 1947 mit dem Befehl Nr. 134. Offensichtlich hatte die Sowjetunion die Neugestaltung der Bizone mit der Einrichtung des Frankfurter Wirtschaftsrates abgewartet. Der Befehl ordnete gleichzeitig die Schaffung einer ständigen Kommission an, die aus den Präsidenten von fünf wirtschaftlichen Zentralverwaltungen sowie den Vorsitzenden des Freien Deutschen Gewerkschaftsbundes (FDGB) und der Vereinigung der gegenseitigen Bauernhilfe (VdgB) zu bilden war. Für diese Kommission kam bald die Bezeichnung „Deutsche Wirtschaftskommission (DWK)“ auf²⁹⁾. Der Kommission wurde des weiteren die Bildung einer eigenen Wirtschaftsabteilung mit einem Personalbestand von zunächst 100 Personen zugestanden. Leiter wurde Bruno Leuschner. Damit erhielt die SBZ zum ersten Mal eine deut-

sche Planungsinstanz. Die faktische Bedeutung dieser Planungsabteilung wie auch der DWK blieb zunächst jedoch gering.

Parallel zu ihren Versuchen, den Staats- und Wirtschaftsaufbau hierarchisch zu ordnen, bemühte sich die SED-Führung, die Leitung der Betriebe nach dem Prinzip strikter Einzelverantwortung zu regeln. Hatte die KPD-Führung anfangs den Aufbau starker Betriebsräte unterstützt, so wurde bereits Anfang April 1946 eine Wende erkennbar. Walter Ulbricht erklärte auf einer Tagung des FDGB-Bundesvorstandes: „Über die Frage der Mitwirkung der Betriebsräte und Gewerkschaften gibt es noch eine ganze Reihe von Unklarheiten. Es gibt Fälle, wo im Betrieb nicht der Direktor bestimmt, sondern wo ein Kollektiv geschaffen wurde unter verschiedenen Bezeichnungen. Ich glaube, daß man diese Methode nicht anwenden kann. Im Betrieb gibt es einen Direktor, der eingesetzt ist von der Landesverwaltung oder der Stadtverwaltung, der ist verantwortlich für den ganzen Betrieb . . . Bestimmen kann nur einer.“³⁰⁾

Nach Vorstellungen der KPD/SED-Führung sollte sich die Mitbestimmung in den Volkseigenen Betrieben in sogenannten Verwaltungsräten oder Verwaltungsausschüssen, in denen die Gewerkschaften vertreten waren, vollziehen. Diese Ausschüsse hatten aber nur beratende Funktionen und führten in der Praxis ein Schattendasein. Auf Betriebsebene versuchte die SED-Führung, ihren Einfluß auf die Betriebsräte zu erhöhen, ohne dabei jedoch noch Fortschritte zu machen. Spätestens 1947 wuchsen auch in der Arbeiterschaft SED-feindliche Stimmungen stark an.

Vom 20. bis zum 24. September 1947 fand in Berlin der II. Parteitag der SED statt. Die Losung des Parteitages „Mehr produzieren, gerechter verteilen, besser leben!“ wurde zur zentralen Losung der SED-Politik. In diplomatischen Wendungen, aber in der Sache eindeutig, forderte Walter Ulbricht die SMAD auf, grünes Licht für die Reorganisation zu geben und die Reparationsbelastung für die Zukunft festzulegen³¹⁾.

Die sowjetischen Instanzen schlugen jedoch zunächst einen anderen Weg ein. Am 9. Oktober 1947 veröffentlichte die SMAD ihren Befehl Nr. 234, der ein ganzes Bündel produktionssteigernder Maßnahmen enthielt³²⁾: Unter anderem sollte in Zukunft an die Belegschaften der wichtigsten Betriebe ein warmes Essen ausgeteilt werden; außerdem waren sie bevorzugt mit Schuhen, Be-

²⁹⁾ S. Suckut (Anm. 26), S. 409 f.

³¹⁾ Protokoll der Verhandlungen des 2. Parteitages der Sozialistischen Einheitspartei Deutschlands, Berlin 1947, S. 324.

³²⁾ Text in: Um ein antifaschistisch-demokratisches Deutschland (Anm. 1), S. 504 ff.

²⁹⁾ Vgl. dazu den Abschnitt „Wirtschaftliche Zentralverwaltungen und DWK“ in: SBZ-Handbuch (Anm. 4).

kleidung und anderen Industriegütern zu versorgen. In den Betrieben der SBZ sollte in großem Umfang der Leistungslohn anstatt der bislang vorherrschenden Stundenlöhne eingeführt werden. Da die Kernpunkte des Befehls Nr. 234 auf dem nur zwei Wochen vorher stattfindenden SED-Parteitag nicht angesprochen wurden, kann vermutet werden, daß die SED-Führung erst kurz vorher von dem Programm Kenntnis erlangt hatte.

Die Privilegierung einzelner Betriebe, die im Widerspruch zu den weitverbreiteten Ideen der „Gleichmacherei“ stand, schuf vielfach erhebliche Verbitterung in der Bevölkerung. Heftige Auseinandersetzungen entstanden vor allem um die Einführung von Leistungslohnen; die SED konnte den Belegschaften nicht vermitteln, worin der Unterschied zum kapitalistischen Akkord bestand. In der Einführung des „progressiven Leistungslohnes“ sahen die Verantwortlichen einen Ausweg aus dem

Dilemma: Der Lohn sollte erheblich schneller als die Mehrleistung steigen³³).

In der Praxis wurden die Normen in der Regel sehr niedrig festgelegt. Gegen den Druck der Belegschaften, die zunächst noch über starke Vertretungen verfügten und mit der Drohung der Entlassung nicht mehr unter Druck gesetzt werden konnten, waren die Betriebsleitungen nicht in der Lage, „anspruchsvolle“ Normsätze durchzusetzen. Außerdem kamen die neuen Betriebs- und Abteilungsleiter zum großen Teil selbst aus der Arbeiterbewegung und waren innerlich wenig geneigt, nun die Rolle des Antreibers zu übernehmen. Progressiver Leistungslohn in Verbindung mit niedriger Normsetzung führte dann nach kurzer Zeit zu rasch wachsenden Nominallöhnen. Nach Intervention des zuständigen SMAD-Offiziers, Oberst Morenow, wurde das Experiment der progressiven Leistungslohne wieder abgebrochen.

V. „Kein besonderer deutscher Weg!“

Am 12. Februar 1948 verfügte die SMAD (Befehl Nr. 32) eine umfassende Stärkung der SBZ-Zentralinstanzen³⁴): Die DWK erhielt das Recht, im Rahmen ihrer Aufgaben sämtlichen deutschen Organen Anweisungen zu erteilen. Unter dem Vorsitz des bisherigen brandenburgischen Wirtschaftsministers Heinrich Rau (KPD/SED) sollte die DWK eine hierarchisch strukturierte Behörde sein, der die meisten bisherigen Zentralverwaltungen als sogenannte Hauptverwaltungen einzugliedern waren. Nach einigen Umgliederungen und Teilungen unterstanden der DWK Ende März siebzehn Hauptverwaltungen. Am 20. April 1948 teilte die SMAD mit, daß Beschlüsse der DWK verbindlich für die gesamte SBZ seien. Die SBZ besaß nun eine beinahe vollständig von der SED dominierte Zentralinstanz mit diktatorischen Vollmachten.

Die DWK wurde binnen kurzer Zeit zum Hebel eines umfassenden Zentralisierungsprozesses. Bereits im April 1948 wurden die wichtigsten VEB der Verfügung der Länder entzogen und in zonal gesteuerten „Vereinigungen Volkeigener Betriebe“, VVB (Z), der DWK unterstellt. Die weniger wichtigen Werke wurden als VVB (L) den Ländern belassen. Auch die Vereinigungen der gegenseitigen Bauernhilfe (VdGB) wurden der Dienstaufsicht der DWK unterstellt (die VdGB verwalteten die bei der Bodenreform enteigneten landwirtschaftlichen Ma-

schinen und stellten sie den Neubauern zur Verfügung). Am 9. Juni 1948 wies die DWK die Länderregierungen an, acht Hauptabteilungen zu bilden, von denen vier (Wirtschaftsplanung, Materialversorgung, Schutz des Volkseigentums und Kontrolle) direkt der DWK unterstellt wurden. Die Länderverfassungen waren damit faktisch außer Kraft gesetzt.

Am 3. Juli 1948 erklärte das Zentralsekretariat der SED, daß die „klare und eindeutige Stellungnahme für die Sowjetunion heute die einzig mögliche Position für eine sozialistische Partei“ sei und am 16. September erteilte der Parteivorstand der SED allen Theorien von einem „besonderen deutschen Weg zum Sozialismus“ eine scharfe Absage³⁵). Auf wirtschaftlichem Gebiet war die zunehmende Anlehnung an sowjetische Muster bereits kurz vorher durch den Übergang zur langfristigen Wirtschaftsplanung deutlich geworden. Als formaler Rahmen wurde im zweiten Halbjahr 1948 ein sogenannter Halbjahrplan und danach ein Zweijahrplan für die Jahre 1949 und 1950 festgelegt. (Ab Juli 1950 erfolgte mit dem ersten Fünfjahrplan der Anschluß an die Planperiodisierung der UdSSR.) Den Planziele entsprechend wurden Ressourcen nun vorwiegend in die Volkseigenen und SAG-Betriebe gelenkt, der Privatsektor wurde zunehmend ausgetrocknet. In den meisten Details hatten die Pläne nur eine sehr eingeschränkte Bedeutung. Nach wie vor fehlte der Überblick, die Planzahlen waren oft unreal und mußten mehrfach geändert werden, und

³³) Vgl. Klaus Ewers, Leistungslohn und verdeckter Lohnkampf in der SBZ (1947–1949), in: Deutschland-Archiv, 13 (1980) 6, S. 612 ff.

³⁴) Vgl. den Abschnitt zur Deutschen Wirtschaftskommission in: SBZ-Handbuch (Anm. 4).

³⁵) Vgl. dazu Hermann Weber, Geschichte der DDR, München 1985, S. 175 ff.

faktische wirtschaftliche Steuerungsmöglichkeiten gab es nur in geringem Maße.

Der Prozeß der Zentralisierung der wirtschaftlichen Kompetenzen bei der DWK wurde 1948 und 1949 planmäßig weitergeführt. Bereits die Währungsreform im Juni 1948 erfolgte auf Grundlage einer umfangreichen DWK-Verordnung. Die Umtauschsätze wurden je nach Institution gestaffelt. Dabei wurden die staatlichen und die sowjetischen Stellen begünstigt, Private benachteiligt. Die neue Deutsche Notenbank wurde der DWK unterstellt, desgleichen die im November gegründete Deutsche Investitionsbank. Im Juli bzw. Oktober erlangte die DWK die Kontrolle über die anwendungsorientierten Forschungsinstitute, und im November wurde die DWK-kontrollierte staatliche Einzelhandelsorganisation HO gegründet. Die HO betrieb die „Freien Läden“, in denen rationierte Güter frei verkäuflich waren (wenn auch zu sehr hohen Preisen). Der Schwarzmarkt sollte auf diese Weise trocken gelegt werden.

Bis zum Herbst 1948 hatte die DWK damit das Kommando über die wichtigsten Institutionen der SBZ-Wirtschaft erlangt, abgesehen von den SAG-Betrieben und dem sowjetisch organisierten Uranbergbau im Erzgebirge. Auch auf den Außenhandel der SBZ erhielt die DWK schrittweise Einfluß und konnte die ersten Handelsverträge unterzeichnen.

In den Industriebetrieben initiierte die SED 1948 und 1949 nach sowjetischen Vorbildern Wettbewerbsbewegungen zur Stimulierung der niedrigen Arbeitsmoral. Die Organisation dieser Wettbewerbe wurde im Mai 1948 den Betriebsgewerkschaftsleitungen (BGL) übertragen, die damit auf Kosten der Betriebsräte sichtbar aufgewertet wurden. Auf der „Bitterfelder Konferenz“ am 26. und 27. November 1948 wurde schließlich die Auflösung der Betriebsräte und ihre völlige Ersetzung durch die BGL verkündet. Die BGL waren in die Beschlußdisziplin des FDGB eingebunden; auch die Belegschaftsvertretungen hatten damit ihren unabhängigen Status verloren. Die Zentralisierung der wirtschaftlichen Kompetenzen engte ohnehin den Spielraum eigenständiger betrieblicher Mitbestimmung ein, denn die Betriebe bekamen zunehmend detaillierte Anweisungen von oben.

Die von der SED-Führung angestrebte Umwandlung der Gewerkschaften von selbständigen Arbeiterorganisationen zu „Transmissionriemen“ der Beschlüsse von Partei- und Staatsführung war allerdings ein langwieriger und widersprüchlicher Prozeß. Dies zeigte sich nicht zuletzt in den Verhandlungen um die neuen Tarifverträge. Die SMAD übertrug im Mai 1948 der DWK die „Federführung“ bei der Aushandlung der neuen Abschlüsse; frei ausgehandelte Verträge waren mit einer straff geplanten Wirtschaft unvereinbar. Die Verhandlungen gestalteten sich jedoch außerordentlich

langwierig, da die Gewerkschaftsvertreter es in vielen Fällen ablehnten, die Entwürfe zu unterschreiben. Die angestrebte Anpassung der Tariflöhne an die Planungsschwerpunkte mißlang daher. Im August 1950 verabschiedete die DDR-Regierung schließlich eine umfangreiche Neuregelung der Tariflöhne als einseitige Regierungsverordnung nach „Anhören des Bundesvorstandes des FDGB“. Da nicht zuletzt aufgrund der unkontrollierten Entwicklung der Leistungslöhne die Effektivlöhne erheblich von den Tariflöhnen abwichen, hatten die Tarifabschlüsse in vielen Fällen jedoch nur geringe Bedeutung³⁶⁾.

Eine der fundamentalen Schwächen der neuen Wirtschaftsordnung bestand in der niedrigen Arbeitsmoral, denn für den einzelnen bestand nur ein geringer Zusammenhang zwischen eigener Leistung und Lebenslage. Durch die Ausbreitung der Leistungslöhne konnte der einzelne zwar sein Einkommen erhöhen, dieses hatte aber angesichts der Warenknappheit nur eine vergleichsweise geringe Bedeutung. Außerdem war das klassische kapitalistische Druckmittel der Arbeitslosigkeit entfallen. Die Betriebe hatten wegen der strikten Mengenplanung ein Interesse, soviel Personen wie möglich einzustellen. Höhere Lohnkosten stellten kein Hindernis dar, Geld hatte auch für Betriebe nur eine untergeordnete Funktion. Ein VEB konnte nicht pleite gehen. Hier, und nicht etwa in geglückter Planung, ist die Hauptursache für einen der größten Erfolge der neuen Ordnung zu sehen: der raschen Überwindung der offenen Arbeitslosigkeit³⁷⁾. Es ist bezeichnend, daß die SED auf das strukturelle Problem der niedrigen Arbeitsanreize, sieht man von den wenig wirksamen Leistungslöhnen ab, nur mit Appellen, Wettbewerben u. ä. zu antworten wußte, für die der Hauer Adolf Hennecke, der am 13. Oktober 1948 seine Norm nach gezielter Vorbereitung mit 387 Prozent erfüllt hatte, das bekannteste Beispiel ist.

Parallel zur Zentralisierung der wirtschaftspolitischen Kompetenzen vollzog sich der Ausbau eines zentralen Überwachungs- und Repressionsapparates. Die Polizei war zunächst in Länderregie aufgebaut worden³⁸⁾, Koordinierungsgremium war die Konferenz der Länderinnenminister. Nachdem im Juli 1948 der bisherige sächsische Innenminister Kurt Fischer die Leitung der Deutschen Verwaltung des Inneren (DVdI) übernommen hatte, wurde die Kommandogewalt über die Polizei bei dieser Behörde zentralisiert. Die DVdI war eine der wenigen Zentralverwaltungen, die nicht in die DWK einbezogen wurden. Die Hauptabteilung Volkspolizei — ihr unterstanden die traditionellen

³⁶⁾ Vgl. W. Zank (Anm. 13), S. 124 ff.

³⁷⁾ Vgl. ebd., insbes. Kapitel VI.

³⁸⁾ Vgl. dazu den Abschnitt zur Deutschen Verwaltung des Inneren und zur Deutschen Verwaltung der Justiz in: SBZ-Handbuch (Anm. 4).

Polizeifunktionen — leitete zunächst der ehemalige Sozialdemokrat Dr. Erich Zeitz, während der Aufbau der Politischen Polizei von Erich Mielke organisiert wurde. Ab Juli 1948 begann die DVdI mit dem Aufbau paramilitärischer Einheiten, der sogenannten Kasernierten Volkspolizei. Im November 1948 wurde auch die Grenzpolizei der Verfügung der Länder entzogen und der DVdI unterstellt.

Neben der DVdI baute auch die DWK einen Überwachungsapparat auf. Bereits im Mai 1948 beschloß das DWK-Sekretariat, einen „Ausschuß zur Kontrolle des Volkseigentums“ einzurichten. Der Ausschuß hatte die „administrative Kontrolle“ und politische Überwachung des Volkseigentums auf allen Ebenen zu organisieren. Bei diesem Ausschuß handelt es sich um eine der Vorläuferorganisationen des späteren Ministeriums für Staatssicherheit. Im Mai 1948 wurden unter Anleitung der DWK sogenannte Kontrollkommissionen aufgebaut. Sie sollten die Einhaltung der Wirtschaftspläne sichern, Schwarzmarkt- und Kompensationsgeschäfte bekämpfen und bürokratische Hindernisse in der Verwaltung bekämpfen. Justizorgane waren zur Auskunft verpflichtet; die Kontrollkommissionen konnten Strafverfolgung beantragen.

Im Bereich der Justiz waren die meisten Richter und Staatsanwälte im Rahmen der Entnazifizierung entlassen worden. Um die Lücken zu schließen, wurden pensionierte Juristen wieder reaktiviert, Rechtsanwälte herangezogen oder das Prinzip des Einzelrichters eingeführt. Dennoch blieben viele Positionen zunächst unbesetzt. In Kurzlehrgängen von schließlich zwölf Monaten wurden sogenannte „Volksrichter“ herangebildet. Diese Volksrichter wurden zum wichtigsten Hebel für die SED, um ihre personelle Position unter den Juristen zu stär-

ken. Eine Schlüsselrolle nahm dabei Hilde Benjamin, die Leiterin der Personalabteilung der Deutschen Verwaltung der Justiz, ein. Am 1. Januar 1950 waren bereits 634 von 1 282 Richtern und Staatsanwälten SED-Mitglieder.

Schon lange vor DDR-Gründung war durch die Arbeit der DWK und der noch unabhängigen Zentralverwaltungen (Inneres, Justiz, Volksbildung), zwischen denen eine enge Zusammenarbeit bestand, im SBZ-Gebiet ein weitverzweigter und hochzentralisierter Behördenapparat entstanden, der einen überbordenden Bürokratismus zur Folge hatte. Die strikte Zentralisierung der Beschlüsse bedeutete lange und langsame Instanzenwege. Da immer weniger Beschlüsse vor Ort gefällt werden konnten, wurden viele Entscheidungen sach- und realitätsfremd. Der harte politische Druck und die oft willkürlichen Verhaftungen seitens sowjetischer oder deutscher Stellen verführten weite Bevölkerungsteile schon aus elementaren eigenen Sicherheitsinteressen zu einem strikten Dienst nach Vorschrift.

Die SED-Führung betrachtete die augenfälligen Schwächen der SBZ-Realität nicht als Folge eigener Fehler, sondern vornehmlich als „Erblast“ der neuen Ordnung. Außerdem wurden die auftretenden Schwierigkeiten als das Ergebnis bewußter Sabotage durch feindliche Elemente erklärt. Zentralisierung, Kontrolle und Repression waren die entsprechenden Antworten. Daß gerade die neue Ordnung massive Probleme selbst erzeugt hatte, wurde von der SED-Führung verdrängt. Längst hatte sie auch die im Juni 1945 formulierte Einsicht preisgegeben, daß es falsch wäre, Deutschland das Sowjetsystem aufzuzwingen.

Hermann Weber: „Weiße Flecken“ in der DDR-Geschichtsschreibung

Aus Politik und Zeitgeschichte, B 11/90, S. 3–15

Bis Oktober 1989 war die Geschichtsschreibung in der DDR wie alle Gesellschaftswissenschaften den Weisungen der Hegemonialpartei SED unterworfen. Seit der friedlichen Revolution vom Herbst 1989 vollzieht sich eine radikale Änderung. Jetzt wird die bisherige Abhängigkeit von der SED verworfen, wissenschaftlicher Pluralismus und die Aufarbeitung der „weißen Flecken“ in der Geschichte gefordert, wobei einzelne Historiker eine selbstkritische Wertung der zurückliegenden Forschungsarbeit vornahmen.

Während der Begriff „Stalinismus“ bis Oktober 1989 bei den DDR-Historikern verpönt war, wendet man sich jetzt den stalinistischen Säuberungen zu, obwohl wissenschaftlich tragfähige Definitionen des „Stalinismus“ noch fehlen. Repressionen und Säuberungen in der DDR, die Geschichte des deutschen Kommunismus und die Politik der KPD gegenüber der SPD sowie die Einschätzung wichtiger Ereignisse der DDR-Geschichte bezeichnen stichwortartig andere historische Hypothesen, die einer Aufarbeitung bedürfen. Die gegenwärtigen Diskussionen der DDR-Historiker zeigen Verunsicherung, aber auch den Willen, die Vergangenheit zu überwinden.

Kurt Müller: Ein historisches Dokument aus dem Jahre 1956. Brief an den DDR-Ministerpräsidenten Otto Grotewohl

Aus Politik und Zeitgeschichte, B 11/90, S. 16–29

Im März 1950 wurde Kurt Müller, damals 2. Vorsitzender der westdeutschen KPD, von der SED nach Ost-Berlin bestellt und dort sofort verhaftet. Er war der erste führende Kommunist, den das Ministerium für Staatssicherheit festnahm, um von ihm „Geständnisse“ für einen Schauprozess zu erpressen. Nach Verurteilung und Haft in der UdSSR konnte er 1955 in die Bundesrepublik zurückkehren. Kurt Müller schrieb am 31. Mai 1956 einen Brief an Otto Grotewohl, in dem er auf die Verbrechen des Ministeriums für Staatssicherheit und speziell des damaligen Staatssekretärs Erich Mielke hinwies. Dieses Dokument – das hier erstmalig veröffentlicht wird – zeigt in Einzelheiten die Vorbereitung eines Schauprozesses in der DDR und die stalinistischen Methoden der Staatssicherheit.

Georgi Verbeeck: Kontinuität und Wandel im DDR-Geschichtsbild

Aus Politik und Zeitgeschichte, B 11/90, S. 30–42

Die DDR-Historiker haben ihre Arbeit in Forschung und Lehre nicht im Sinne einer dem Methodenpluralismus verpflichteten Wissenschaftspraxis verstanden, sondern sich weitgehend an einem marxistischen Geschichtsverständnis orientiert. In einer dualistischen Sicht („Zwei-Linien-Konzeption“) wurde der historische Prozeß in eine „positiv-emanzipatorische“ und eine „negativ-regressive“ Traditionslinie aufgeteilt. Das Geschichtsbild in der DDR entwickelte sich im Spannungsfeld zwischen ideologischer Fixierung und fachwissenschaftlicher Differenzierung.

In der DDR-Historiographie verstärkte sich – insbesondere in den achtziger Jahren – unter dem Einfluß der „westlichen“ Geschichtswissenschaft die Tendenz, „sich der ganzen Geschichte zu stellen“ und dabei auch neue methodologische Ansätze aufzunehmen. Die Trennlinie besteht dabei weniger in der Darstellung der Realien, sondern vielmehr im Hinblick auf Differenzen in der Interpretation. Der „real existierende Sozialismus“ und die „sozialistische deutsche Nation“ bildeten zentrale Rahmenbedingungen für das Geschichtsbild in der DDR. Nach dem politischen Umbruch vom Herbst 1989 ist eine kritische Standortbestimmung und Neuorientierung der DDR-Geschichtswissenschaft zu erwarten, bei der sie ihre bisherige herrschaftslegitimierende Funktion in Frage stellen muß.

Jan Foitzik: Die Sowjetische Militäradministration in Deutschland. Organisation und Wirkungsfelder in der SBZ 1945–1949

Aus Politik und Zeitgeschichte, B 11/90, S. 43–51

Die Sowjetische Militäradministration in Deutschland (SMAD) schuf von 1945 bis 1949 nicht nur die Rahmenbedingungen, sondern bestimmte mit Hilfe radikaler administrativer Akte weitgehend auch die innere Ausgestaltung der politischen, wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Strukturen in der SBZ. Für den Umwandlungsprozeß in eine „volksdemokratische“ Ordnung hatte die Unterstützung der SMAD durch die KPD/SED eine grundlegende Bedeutung. Die Instrumentalisierung der politischen Parteien in der SBZ hatte bereits im Sommer 1945 mit der Formierung des „Parteienblocks“ begonnen und erreichte mit der Bildung der SED im April 1946 eine wichtige Zwischenstufe. Unter direkter Mitwirkung der SMAD wurde die SED zur stellvertretenden Hegemonialmacht zunächst im Parteiengefüge und schließlich im gesamten politischen System entwickelt. Auf diese Weise wurden deutsche demokratische Traditionen in der politischen Entwicklung gegenüber stalinistischen Strukturen sehr rasch zurückgedrängt.

Wolfgang Zank: Die Gesellschaftspolitik der KPD/SED 1945–1949

Aus Politik und Zeitgeschichte, B 11/90, S. 52–62

Trotz moderater und demokratischer Rhetorik ging die remigrierte KPD-Führung unmittelbar nach Kriegsende mit Unterstützung der sowjetischen Besatzungsmacht zielstrebig daran, der eigenen Partei eine beherrschende Position in den neuformierten Verwaltungen der SBZ zu verschaffen. Einschneidende gesellschaftspolitische Maßnahmen – wie die Enteignung des Großgrundbesitzes, die Umverteilung des Bodens an landarme Bauern und Überführung von Industriebetrieben in Volkseigentum – hatten in der Bevölkerung durchaus Zustimmung gefunden.

Die Besatzungsmacht hielt den staatspolitischen Aufbau ihrer Zone lange Zeit in der Schwebe, weil sie sich vermutlich gesamtdeutsche Lösungen offenhalten wollte. Im Frühjahr 1948 wurde jedoch eine deutliche Tendenz zur Anlehnung an das Sowjetsystem erkennbar. Die Initiativen zum Aufbau starker Zentralinstanzen gipfelten in der Übertragung weitreichender Kompetenzen an die Deutsche Wirtschaftskommission (DWK) 1948. Auch im Bereich von Justiz, Polizei und Volksbildung wurde die zentrale administrative Kontrolle ausgeweitet. Folgen waren eine Kommandowirtschaft, ein üppig wuchernder Bürokratismus, niedrige Arbeitsmoral und das Ende realer Mitbestimmungsmöglichkeiten für die Belegschaften.